

Nr. **16**

16.- 22. April 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

**MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

KATYN:
Dokumente
sagen aus



**GEDANKEN
ZUR
OSTERWOCHE**



Zeichnung: Garif Bassyrow (*Fragment*)



Lothar de Maiziere:
Antlitz des künftigen
Deutschland
S.8

Tragödie
in Tbilissi.
Ein Jahr danach
S.28



LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

UdSSR L. Mletschin NIEMAND WILL NACHGEBEN 5

SUMME KLEINER ALS DIE SUMMANDEN 7

EXKLUSIV FÜR DIE NZ

Lothar de Maiziere: DEUTSCHLANDSEINHEIT – ELEMENT DER EINHEIT EUROPAS 8

UdSSR – USA

A. Kortunow, S. Fedorenko DURCH DEN VERTRAG BESSER. ABER WIE WEITER? 10

EXKLUSIV FÜR DIE NZ Chan Young Bang NEUE SPIELREGELN 12

KATASTROPHEN A. Poljuchow TOD UNTER BILLIGFLAGGE 13

WIR UND DIE WELT G. Sidorowa SAFARI UND MIRAGEN DER

ZUSAMMENARBEIT 14

STAAT PALÄSTINA D. Sgerski NABIL AMR: EINFACHE ANTWORTEN

AUF KOMPLIZIERTE FRAGEN 18

CHINA J. Bashanow VERÄNDERUNGEN 20

IDEEN UND ERFAHRUNGEN

N. Garkuscha LEHREN DES „LEISEN PARLAMENTS“ 23

NZ-STANDPUNKT V. Kremenjuk HISTORISCHE PARALLELE 25

NZ-DISKUSSIONSCLUB A. Pankin DAS VATERLAND IN GEFAHR? 26

POLEMIK

A. Pionpjanski DIE „EISERNE HAND“ UND DIE EREIGNISSE

VON TBILISSI 28

RECHTSSTAAT

S. Kowaljow KOMMT DAS KGB AUS DEM UNTERGRUND? 31

FRAUEN-LOGIKT. Iwanowa WIE MAN

EINE BLÜHENDE GESICHTSFARBE ERHÄLT 33

ZEITGESCHICHTE V. Parsadanowa, J. Sorja KATYN 34

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

K. Mannheim IDEOLOGIE UND UTOPIE 40

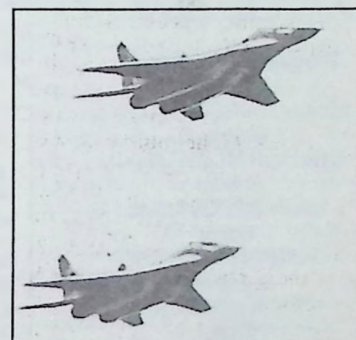
STANDPUNKT DES JURISTEN

J. Feofanow ÖFFENTLICHE VERHANDLUNG 43

RELIGION T. Tschernowa GEDANKEN ZUR OSTERWOCHE 46

POST MORTEM

L. Besymenski DER MANN, DEN WIR NICHT KANNTEN 48



UdSSR – Afrika:
Miragen der
Zusammenarbeit
S.14

Titelbild: Dmitri Borko

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär).
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.
Chefredakteur).
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur).
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSCHESKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.
Chefredakteur).
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

HZ-Korrespondenten:
Algier

Michail CHROBOSTOW;
Belgrad

Gennadi SYSSOJEW;
Berlin

Michail PODWIGIN;
Bonn

Nikita SHOLKWER;
Bukarest

Sergej SWIRIN;
Delhi

Sergej IRODOW;
Havanna

Vitali SOBOLEW;
London

Sergej BABUSSENKO;
Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;
Managua

Juri KUDIMOW;
New York

Jewgeni ANDRIANOW;
Prag

Kim KOSTENKO;
Rom

Pawel NEGOIZA;
Stockholm

Alexander POLJUCHOW;
Tokio

Wladimir
OWSJANNIKOW;

Warschau
Rudolf BORECKI;

Wien
Anatoli KOWRIGIN

Auslandsredaktionen:

Prag, „Nova doba“
Vladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

■ Ich habe in der NZ gelesen, daß die Moskauer Managementschule beim Moskauer Stadtkomitee des Komsomol Sponsor einer Umfrage für das Gallup-Institut war. Dabei wurde das Wissensniveau von Menschen in verschiedenen Ländern über den zweiten Weltkrieg getestet. Die Analyse hat ergeben, daß die Briten zu denen gehören, die am meisten über diesen Krieg wissen. Das wundert mich. Meinen eigenen Erfahrungen zufolge – ich halte Vorträge und schreibe zu diesem Thema – haben die Briten nur eine geringe Vorstellung vom politischen Verlauf dieses Krieges. Nur wenige wissen, darüber wird auch sehr wenig geschrieben, daß die Völker der UdSSR und die Rote Armee die Hauptlast des Krieges trugen. Viele wissen nicht, warum die Eröffnung der zweiten Front so lange hinausgezögert

wurde. In den einschlägigen Büchern, die in der öffentlichen Bibliothek meines Wohnbezirks stehen, wird die Ostfront nur nebenbei erwähnt. Darin werden hauptsächlich die Prüfungen geschildert, die die Briten zu bestehen hatten, ihre Siege, der Krieg im Atlantik, in Frankreich und in Nordafrika, die Schlacht bei Dünkirchen und die Landung in der Normandie. Dann kann man vielleicht ein paar Seiten oder ein kleines Kapitel finden, die von „kleinen Gefechten“ an der sowjetisch-deutschen Front berichten. Die meisten britischen Schulbücher stellen die Ereignisse des Krieges im selben Licht dar...

Brian Mitchell
London, Großbritannien

■ Wenn ich Ihre Zeitschrift aufschlage, suche ich als erstes nach den Beiträgen von

Tatjana Iwanowa. Ich denke, daß die Themen, die darin angesprochen werden, heute zu den aktuellsten gehören. Ganz besonders trifft das auf das Thema der internationalen Beziehungen zu. Mir scheint, daß Tatjana Iwanowa, wenn sie von der komplizierten Situation spricht, die in unserer Gesellschaft (in Armenien und Aserbaidschan, im Baltikum und in Georgien) entstanden ist, jeden Satz, jedes Wort genau abwägt. Patriotismus besteht doch nicht darin, die Ausschließlichkeit des eigenen Volkes herauszuschreien...

V. Smirnow
Wolgograd, RSFSR

■ Voller Trauer sehe ich, wie sich Ihre Zeitschrift in ein Sprachrohr antinationaler Kräfte verwandelt hat und unverblümt die Ideen hausbackener Radikalität sowie frischge-

„Eine Sicherheit, die wir nicht brauchen“

■ Wir betrachten es als unsere staatsbürgerliche Pflicht, die prinzipielle Position zu unterstützen, die der Unterausschuß für Wissenschaft bei seiner Einschätzung der Tätigkeit der Obersten Attestationskommission (OAK) bezog. Darüber wurde im Fernsehen, im Beitrag „OAK im Licht von Glasnost“ („Iswestija“ vom 23. Februar 1990) des wissenschaftlichen Beobachters B. Konowalow und im Artikel „Eine Sicherheit, die wir nicht brauchen“ (NZ 10/90) des Vorsitzenden des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur und Erziehung, des Volksdeputierten und Akademiemitglieds J. Ryshow berichtet.

Wir halten es für angebracht, die Fragen, die in den genannten Publikationen aufgeworfen wurden, aufgrund ihrer Wichtigkeit und der unaufschiebbaren Notwendigkeit im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zu diskutieren.

Besonders beunruhigt sind wir über die extensive Entwicklung der Wissenschaft, die Jagd nach Quantität auf Kosten der Qualität bei der Ausbildung wissenschaftlicher Kader. Der vom Ministerrat der UdSSR Ende vorigen Jahres gefaßte Beschluß über die Bildung eines Sonderrates, dem das Recht verliehen wird, wissenschaftliche Titel ohne Verteidigung von Dissertationen, ohne Vorlegen wissenschaftlicher Referate, ohne Ablegen von Promotionsprüfungen, ohne die Begutachtung durch Expertenräte der OAK zu vergeben, wird sich sicher nicht förderlich auf die Entwicklung der Wissenschaft in unserem Land auswirken. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die vom Ministerrat der UdSSR bestätigte „Verordnung über die Verleihung von wissenschaftlichen Graden und der Zuerkennung von Titeln“ nicht dem Geist der Zeit und den Veränderungen entsprechen, die durch die Prozesse der Perestroika in unserer Gesellschaft ausgelöst wurden. Davon zeugen auch viele Meinungen, die in den Massenmedien bei der Erörterung des Projektes der genannten Verordnung geäußert wurden.

Allein schon die Tatsache, daß das Projekt dieser

Verordnung ohne vorherige Besprechung und Abstimmung mit dem Ausschuß des Obersten Sowjets der UdSSR für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur und Erziehung bestätigt wurde, löst Verwunderung aus. Wir erachten es für rechtmäßig, die Veränderungen im System der Ausbildung wissenschaftlicher Kader, einschließlich der Zuerkennung und Verleihung wissenschaftlicher Titel und Grade, der Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu unterstellen. Die Verbindung zwischen OAK und Ministerrat ist zu beseitigen. Die OAK muß aus ihrer Subordination unter das administrative Kommandosystem herausgelöst werden.

Wir äußern die Hoffnung, daß das allgemeine Streben nach Besserung der Lage im Bereich der Wissenschaft reale Resultate bei einer aktiven Beteiligung der Öffentlichkeit und entsprechenden Regierungsbeschlüssen zeitigt, die normale Bedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit im Land schaffen, das Abwandern von Wissenschaftlern in andere Zweige der Volkswirtschaft verhindern und die Zahl der emigrierenden Wissenschaftler mindern.

A. Janschin, Akademiemitglied, Volksdeputierter der UdSSR, **W. Awdujewski**, Akademiemitglied, **B. Rauschenbach**, Akademiemitglied, **N. Moissejew**, Akademiemitglied, **W. Mischin**, Akademiemitglied, **B. Sokolow**, Akademiemitglied, **G. Arbatow**, Akademiemitglied, Volksdeputierter der UdSSR, **S. Awerinzew**, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, Volksdeputierter der UdSSR, **A. Sobtschak**, Volksdeputierter der UdSSR, **I. Saslawski**, Volksdeputierter der UdSSR, **G. Popow**, Volksdeputierter der UdSSR, **J. Gajer**, Volksdeputierte der UdSSR, **J. Stscherbak**, Volksdeputierter der UdSSR, **J. Tschernitschenko**, Volksdeputierter der UdSSR, **S. Stankewitsch**, Volksdeputierter der UdSSR, **T. Saslawskaja**, Akademiemitglied, Volksdeputierte der UdSSR, **V. Logunow**, Volksdeputierter der UdSSR

Wieviel zahlt der Westen Ihren Autoren?

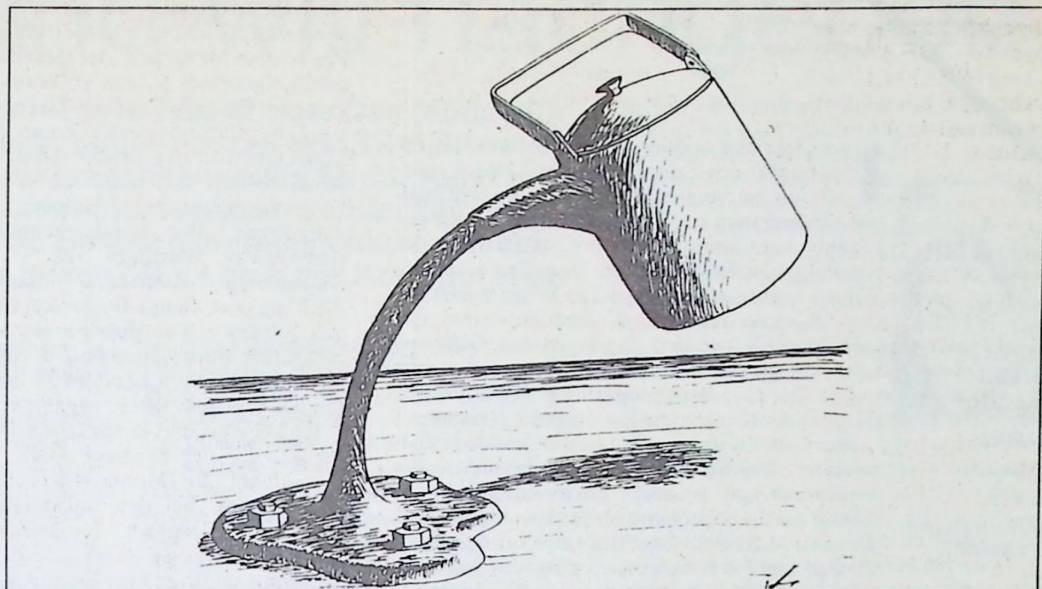
Freiwillige Rücktritte wird es nicht mehr geben
Ein Kind hinter Gittern

backener „Westler“ verbreitet, die Rußland en gros und en detail an die Japaner verschachern wollen. Besonders tut sich hierbei Tatjana Iwanowa hervor. Ihre Beiträge sind eine einzige Kriecherei vor den „Demokratien“. Sie sind voller Haß gegenüber allem Russischen und haben offen den Kampf gegen die Wiedergeburt Rußlands auf die Fahnen geschrieben.

Es wird eine neue Zeit kommen – ohne Gänsefüßchen –, und man wird Ihnen diese Verachtung Rußlands und seines Volkes heimzahlen.

D. Tschernyschewski
Saratow, RSFSR

■ Eben habe ich in der NZ 10/90 die Beiträge über die acht ehemaligen 1. Sekretäre von Gebietskomitees der KPdSU gelesen. Allein anhand der von Ihnen aufgezählten Tatsachen müßte man jeden Zweiten davon vor Gericht stellen. Aber alle diese Personen sind pensioniert, sicher mit hohen Renten. Vier davon sogar vorzeitig. Da stellt sich doch die Frage: Wie lange soll das so weitergehen? Da werden sich doch all diese „Leiter“ solange an ihre Amtssessel klammern, bis sie die Gewißheit haben, daß sie zu jeder Zeit in den „wohlverdienten Ruhestand“ treten können. Und wenn sie diesen Schock



Zeichnung: Arkadi Gurski

überwunden haben, werden wir umsonst auf freiwillige Rücktritte warten...

J. Mordwinowa, Sekretärin
Omsk, RSFSR

■ Kürzlich zeigte man im Fernsehen den Dokumentarfilm von Gerz Frank „Es waren einmal sieben Simeons“. Zum Schluß war eine Frau zu sehen, die mit einem Neugeborenen auf dem Arm durch Gefängnis Korridore geht. Das ist viel schrecklicher als alle vorangegangenen Ereignisse: Versuch einer Flugzeugentführung durch die Familie Owetschkin, kollektiver Selbstmord von mehr als der Hälfte der Teilnehmer dieses terroristischen Anschlags, fürchterliche Inkompetenz der Dienststellen, die versuchten, die Verbrecher unschädlich zu machen, Tod der Passagiere aufgrund des man-

gelnden Könnens der „Retter“, ja selbst schrecklicher als die Forderung aufgebrachter Bürger, die überlebenden Owetschkins in Stücke zu reißen. Ein Neugeborenes in einer Haftanstalt – das ist ein Ergebnis der in unserem Land geltenden Gesetze, nicht in Stalins Lagern und Gefängnissen, sondern hier und heute.

Kann es etwas Unmenschlicheres geben als einen Säugling hinter Gittern? Die Mütter wurden verurteilt, aber die Kinder sind doch unschuldig! Es ist die Pflicht des Staates, nicht zuzulassen, daß Kleinkinder eingesperrt werden.

In der Rechtspraxis kann Gnadengesuchen stattgegeben, Haftstrafen in Verbannung, administrative Aufsicht, Vormundschaft usw. umgewandelt werden. Dieses Problem muß gesetzlich gelöst werden. Es darf keine neugeborenen Häftlinge geben.

J. Sacharowa
Moskau

■ Mir scheint, die Autoren Ihrer Zeitschrift bekommen bald keine Luft mehr vor Freude über das, was in Osteuropa geschieht. Sie freuen sich darüber, daß in Rumänien „Demokraten“ die Macht übernommen haben, daß man in der DDR und der Tschechoslowakei keine Kommunisten einstellt, daß antirussische und antisowjetische Stimmen laut werden. Ich bin davon überzeugt, daß die Ereignisse in diesen Ländern eine Zeitbombe sind. Wollen Sie vielleicht, daß auch die Sowjetunion mit ausgestreckter Hand nach

Westen zieht? Solange es das KGB, das Innenministerium und die Sowjetarmee gibt, wird die UdSSR eine der stärksten Mächte sein. Sie sollten sich nicht so für diese ganzen Volksfronten begeistern! Fragen Sie doch mal das Volk, ob es freies Unternehmertum, private Fabriken und Handelshäuser will!

Es wäre interessant zu erfahren, wieviel Ihnen der Westen für diese Artikel zahlt.

A. Makarow
Orjol, RSFSR

■ Ich möchte mich zu Ihrem Beitrag „Klare Antwort auf komplizierte Fragen“ (NZ 5/90) äußern. Dort heißt es u. a.: „Die neuen Gesetze, die in den baltischen Republiken verabschiedet wurden, geben nur Bürgern, welche die Sprache der gegebenen Republik beherrschen, das Recht, bestimmte Ämter zu bekleiden.“ Und das soll angeblich ungerecht sein, weil doch die Verfassung allen Bürgern die gleichen Rechte zusichert.

Ich möchte der verehrten Redaktion die Frage stellen: Könnte einer, gleichgültig ob Litauer, Georgier oder Moldauer, in der RSFSR eine leitende Stellung bekleiden, wenn er der russischen Sprache nicht mächtig ist? Mir ist kein derartiges Beispiel bekannt. Ich möchte lediglich daran erinnern, daß in Litauen Litauisch und in Rußland Russisch die offizielle Sprache ist.

Robertas Zukauskas
Vilnius, Litauische SSR

Zusammengestellt von
T. Tschernowa

„Fata Morgana zum Anfassen“

■ Die Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Moskau hat die Ehre, Ihnen die Dankbarkeit und Anerkennung des Ministeriums für Information und Kultur unseres Landes für die objektiven und inhaltsreichen Artikel „Fata Morgana zum Anfassen“ auszusprechen, die in den Heften 1-3/90 Ihrer Zeitschrift erschienen sind.

Diese Beiträge, die auf einer realistischen und objektiven Betrachtungsweise und Wertung der Errungenschaften verschiedener Seiten des Lebens in den VAE beruhen, stellen einen wichtigen Beitrag Ihrer Zeitschrift bei der Information der Sowjetbürger über die Lebensweise und die Errungenschaften des befreundeten Volkes der VAE dar, was seinerseits die Eröffnung neuer Bereiche der Zusammenarbeit und die Entwicklung bilateraler Beziehungen begünstigt und unser aller Interesse entspricht, der Sache der Freundschaft und des Friedens in der ganzen Welt zu dienen.

Wir bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß Ihre Zeitschrift auch künftig dieser edlen Mission treu bleibt.

Hochachtungsvoll

Nasser Salman al-Abbodi, Botschafter



MARINA RACHMANOWA,
stellvertretende
Vorsitzende
des
Ausschusses
des
Obersten
Sowjets
der UdSSR für
Frauenfragen,
Schutz der
Familie, der
Mutterschaft
und der
Kindheit

Im Obersten Sowjet der UdSSR wurde die Botschaft des Präsidenten der UdSSR erörtert, in der vorgeschlagen wurde, vordringliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen, zum Schutz der Mutterschaft und der Kindheit, zur Festigung der Familie zu prüfen. Warum wurde eine so wichtige Frage weder auf den Kongressen der Volksdeputierten der UdSSR noch auf den Tagungen des Obersten Sowjets erörtert? Die meisten Deputierten hatten ja in ihre Wahlprogramme Hilfe für die Frauen, die Kinder, die Familie aufgenommen.

Die Lage in diesem Bereich ist wirklich alarmierend. Die Beschäftigung der Frauen in der Volkswirtschaft ist nicht durch entsprechende soziale und ökonomische Maßnahmen und durch die entsprechenden Rechtsnormen untermauert. Zudem war die Politik unseres Landes jahrzehntelang auf Hilfe nur für Mütter und Kinder orientiert, ganz zu schweigen davon, daß sich dies oft nur auf große Erklärungen beschränkte. Doch gerade die Familie, ihr Wohlergehen braucht die Hilfe des Staates. Wichtigster Bestandteil dieses Wohlergehens ist die Gesundheit. Millionen unserer Mitbürger aber werden mit einem niedrigen Stand der medizinischen Hilfe, mit schlechter Ausrüstung der Geburts- und Kinderkliniken mit Geräten und Instrumenten, mit einer unzureichenden Finanzierung der medizinischen Programme konfrontiert.

Die Gesundheit von Kindern, Frauen und der Familie ist ein Barometer für das Wohlergehen und den Fortschritt der Gesellschaft. Und daß der Oberste Sowjet einen Beschluß zu dieser Frage faßte, hat nicht nur einen rein medizinischen, sozialen oder ökonomischen Aspekt, sondern auch politische Bedeutung.



BO HI PAK,
Präsident
der
World
Mass Media
Association,
Präsident
der
„Washington
Times“ Corp.

Die Veranstaltung der Konferenz „Die Rolle der Massenmedien bei der Umgestaltung der internationalen Beziehungen“ in Moskau ist ein sehr bewegendes Moment. Es ist die erste derartige Konferenz, an der unsere Vereinigung in Ihrem Land teilnimmt. Ihre Sponsoren sind neben uns die Presseagentur Nowosti, der Oberste Rat für den Weltfrieden und die Vereinigung für die Einheit Lateinamerikas. Auf der Konferenz sind mehr als 40 ehemalige Staatschefs und Premierminister vertreten sowie mehr als 300 namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, ferner Journalisten aus 40 Ländern der Erde.

Die World Mass Media Association wurde 1978 von Ehrwürdigen Sun Myung Moon gegründet. Wir haben bereits zehn Jahreskonferenzen in verschiedenen Hauptstädten durchgeführt, und das ist die elfte. Die Rolle der Presse bei der Information der Öffentlichkeit und der Herausbildung der öffentlichen Meinung kann heute nicht hoch genug eingeschätzt werden. Und dabei darf sie von niemandem gestört, von niemandem herumkommandiert oder Beschränkungen ausgesetzt werden. Die Presse muß völlig

frei sein – doch nicht frei von Verantwortung. Ohne Selbstdisziplin, ohne feste Prinzipien, ohne absolute Ehrlichkeit und Gerechtigkeit kann die Presse dem Menschen, der Gesellschaft oder gar dem Leben eines ganzen Volkes großen Schaden zufügen. Deshalb ist es ein Ziel unserer Vereinigung, bei internationalen Foren die Arbeit der Massenmedien zu erörtern, damit sie der Gesellschaft helfen, sich weiter zu vervollkommen. Ein anderes Ziel der Vereinigung ist es, den Journalisten zu helfen, Länder kennenzulernen, wo sich etwas Wichtiges tut – Afghanistan, Deutschland, Südafrika... –, die Menschen und die Lage dort, damit die Artikel tiefeschürfender, gehaltvoller und aufrichtiger sind. Dafür werden alljährlich Informationsreisen von Journalisten aus verschiedenen Ländern zu den Brennpunkten des Weltgeschehens organisiert.

Ich habe großen Respekt vor der sowjetischen Presse, vor der enormen Rolle, die sie dabei gespielt hat, die Demokratie in Ihrem Land voranzubringen, bei der Entwicklung von Perestroika und Glasnost. Man kann sagen, daß die sowjetische Presse in den letzten Jahren zur Lokomotive Ihrer Gesellschaft wurde. Für alle Teilnehmer unserer Konferenz wird es sehr interessant und nützlich sein, diese Rolle zu studieren.

Eine Sitzung des Präsidialrates fand statt, der die Lage in und um die Litauische SSR behandelte. Alle Reden waren von Sorge um das Schicksal der Völker dieser baltischen Republik, um das Schicksal der Perestroika in unserem Land, um das Schicksal der Prozesse der Erneuerung der sowjetischen Föderation durchdrungen. Es wurde konstatiert, daß die Antwort des Obersten Sowjets der Litauischen SSR auf die Botschaft des Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow unbefriedigend ist. Die Antwort geht davon aus, daß Litauen sich für unabhängig erklärt hat und entsprechend seine politischen Beziehungen gestaltet. Eine solche Position schafft Schwierigkeiten für die Republik selbst wie für unsere gesamte Union.

Die Mitglieder des Präsidialrates kamen zu dem Schluß, daß weitere Maßnahmen wirtschaftlicher, politischer und anderer Art ergriffen werden müssen, um die Verfassung der UdSSR und die Interessen der sowjetischen Bürger sowohl in der Republik selbst als auch im Land insgesamt zu schützen.

Die Atmosphäre der Sitzung war von Zurückhaltung gekennzeichnet. Es wurde betont: Wir wollen keinen Streit mit dem litauischen Volk, wir wollen, daß das litauische Volk die Vorteile des verfassungsmäßigen Weges zur Lösung der entstehenden Probleme und den verhängnisvollen Charakter jener, gelinde gesagt, krampfhaften Handlungen des Obersten Sowjets von Litauen versteht. In der kurzen Zeit seit dem 10. März wurden an die 80 Gesetze, Erlasse und Verwaltungsakte verabschiedet, die in direktem Widerspruch zur Verfassung der UdSSR stehen. Das ist ein Weg der Konfrontation, und er ist unannehmbar.

Es wurde betont, daß der Präsident der UdSSR ausreichende, umfassende Vollmachten besitzt, um die Verfassung der UdSSR und die Rechte der Bürger in Litauen zu schützen.



ARKADI MASLENNIKOW,
Pressesekretär
des Präsidenten
der UdSSR

Niemand will nachgeben

Das in Moskau verabschiedete Gesetz über den Modus für den Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR zieht einen Schlußstrich unter einen langanhaltenden Streit: Kann man Unionsrepubliken aus dem Staatsverband entlassen oder nicht? Eröffnet das neue Gesetz eine Möglichkeit, um die Situation in Litauen zu klären? Die Logik der Konfrontation kann allzuweit führen

Das Recht auf Selbstbestimmung wurde ebenso wie viele andere Rechte und Freiheiten, die in der Verfassung verankert sind, fast immer nur als schöne, doch abstrakte Formel aufgefaßt. Kaum jemand meinte ernstlich, daß einer Unionsrepublik der Austritt erlaubt würde. Auch folgende interessante Formel tauchte auf: Die Selbstbestimmung des Volkes besteht nicht darin, aus der Union auszutreten, sondern darin, sich im Rahmen der Union zu verwirklichen. Eben deshalb gab es nie eine juristisch verankerte Antwort auf die Frage, was denn zu tun sei, wenn eine Republik die Frage des Austritts aus der UdSSR aufwirft. Jetzt gibt es ein Gesetz, gibt es eine Prozedur. Eröffnet das neue Gesetz eine Perspektive, die Situation mit Litauen zu regeln? Eben das bewegt uns am stärksten.

„Nein“, erklärt man in Vilnius. Das neue Gesetz gelte nicht für Litauen, da es nie der UdSSR beigetreten, sondern okkupiert worden sei, und deshalb könne z. B. ein Referendum durchgeführt werden, doch nicht um die Absicht der Bewohner der Republik zu klären, aus der UdSSR auszutreten, sondern um zu ermitteln, ob sie sich nicht der sowjetischen Förderung anschließen wollten... Die Abgeordneten in Vilnius gehen davon aus, daß die Republik im Sommer 1940 gewaltsam der UdSSR angeschlossen wurde und viele Staaten diesen Anschluß de jure niemals anerkannt haben. Diese Haltung scheint dem neugewählten Obersten Sowjet der Republik juristisch stichhaltig und unbestreitbar zu sein. Doch bezeichnend ist, daß die gleichen Staaten, die die Ereignisse von 1940 nicht anerkannt haben, es nicht eilig haben, Litauens Abtrennung anzuerkennen. Was steht dahinter? Will man Gorbatschow keine Hindernisse in den Weg legen? Zweifellos hat der Westen seine Position formuliert: „Gewisse Elemente innerhalb der UdSSR wollen die Ereignisse in Litauen ausnutzen, um große Probleme für Gorbatschow zu schaffen, doch wir werden ihnen dabei nicht helfen.“ Das zeugt von einem realistischen Verständnis dessen, wie kompliziert und verwirrend die Lage ist.

Selbst diejenigen, die meinen, Stalin habe im Sommer 1940 die drei baltischen Republiken einverleibt, verstehen, wie unterschiedlich interpretierbar die nachfolgenden Ereignisse sind: Wurde auf dem Territorium Estlands, Lettlands und Litauens etwa ein besonderes, ein Besatzungsregime

errichtet? Wurden den Bürgern der drei Unionsrepubliken etwa die Rechte vorenthalten, die die Bewohner der anderen Unionsrepubliken haben? Natürlich haben Esten, Letten und Litauer schwer gelitten, doch haben etwa die anderen Völker ein sorgloses Leben führen können? Die Menschen in anderen Landesteilen können durchaus zu Recht sagen, daß ihnen Schlimmeres widerfuhr: Sollte man da die lautstarke und solche Assoziationen weckende Formel von einem „Besatzungsregime“ verwenden? Hätten sie etwa unter einem Besatzungsregime freie Wahlen durchführen und die Entscheidung über ihre staatliche Souveränität treffen können? Das, was die Balten durchmachten, war das gemeinsame Schicksal der Völker der Sowjetunion.

Die Litauer wollen ein solches Los nicht? Das ist ihr gutes Recht. Das neue Gesetz erlaubt es, ihren Willen nicht in Erklärungen, sondern in praktisches Handeln umzusetzen. Natürlich sind manche unzufrieden mit dem Gesetz: Der Prozeß des Austritts kann fünf Jahre dauern. Doch kann man etwa an einem Tag austreten? Im Sommer 1940, vor einem



Meeting vor dem Sitz von Litauens Oberstem Sowjet
Foto aus: „Echo Litwy“

halben Jahrhundert, wurden die drei Republiken, wie man die damaligen Handlungen Moskaus auch bewertet, nicht in Kolonien verwandelt, wohin Truppen entsandt werden, wo eine Kolonialverwaltung eingesetzt wird und sich die Wirtschaft nicht weiter entwickelt. Nein, es begann ein Prozeß der Integration der drei Republiken in die Volkswirtschaft des Landes, begleitet unter anderem von gewissen Immigrationsprozessen. All diese Entscheidungen kann man anzweifeln, kann sie ablehnen, doch sie wurden gefaßt und jahrzehntelang umgesetzt. Ob gut oder schlecht, ist eine andere Frage, doch 50 Jahre lang entwickelt sich unser Land als einheitlicher Mechanismus: Die Amputation eines wichtigen Organs müßte zumindest gut vorbereitet und mit geschickten Händen ausgeführt werden. Am 11. März in Vilnius aber geschah fast das genaue Gegenteil.

Die Entscheidung über die Abtrennung brachte alle in eine schwierige Lage. Litauen erlangte nicht die Selbständigkeit – und ohne Moskaus Zustimmung wird es sie nicht erringen. Moskau hat genug Möglichkeiten dafür: Kurz gesagt, ohne seine Erlaubnis wird Litauen kein unabhängiger Staat werden, wie viele Gesetze sein Oberster Sowjet auch verabschieden mag. Die Zeit arbeitet nicht für Vilnius: Rußland reagiert recht empfindlich auf Meldungen, daß die russischsprachige Bevölkerung Litauens leidet, und so erhält die Politik des Zentrums zusätzliche Unterstützung. Die nervliche Belastung aber, der die Litauer zunehmend ausgesetzt sind, kann sich auch gegen Vitautas Landsbergis wenden. Die Menschen mögen keine Politiker, die es nicht verstehen, ihre Ziele zu erreichen.

Das vom Obersten Sowjet der UdSSR verabschiedete Gesetz arbeitet ebenfalls für Moskau: Was kann man jetzt, da es eine parlamentarisch sanktionierte Prozedur für den Austritt gibt, der Führung des Landes noch vorwerfen? Und in den Stimmen, die uns aus Vilnius erreichen, beginnen, wenn auch vorsichtig, neue Töne anzuklingen: Die Erringung der Unabhängigkeit sei kein momentaner Akt, sondern ein Prozeß. Statt Verhandlungen taucht das unklarere Wort „Konsultationen“ auf ... doch das reicht nicht, um normale Arbeitsbeziehungen zu Moskau wiederherzustellen. In Vilnius muß man endlich begreifen: Wie berauschend auch die Luft der Freiheit und wie entzückend die im Parlamentsgebäude verbrachten Nächte, gefüllt mit der Bestätigung von Ministern und der Annahme von Erklärungen, auch sein mögen – Moskau wird sich zu Verhandlungen mit Litauen als einem ausländischen Staat nicht bereithalten. Das ist verständlich: Verführe man so, würde morgen mit der gleichen Leichtigkeit eine weitere Gruppe von Deputierten in einer anderen Hauptstadt einer Unionsrepublik die Unabhängigkeit erklären – und dann würde die Union tatsächlich auseinanderbrechen und die Pere-

stroika beendet sein. In Vilnius muß man die Forderungen der rauen Wirklichkeit verstehen.

Die einzige Grundlage für Verhandlungen sei, erläuterte Alexander Jakowlew, Mitglied des Präsidialrates, die Rückkehr zur Situation vor dem 11. März. Doch kann man zur Situation vor dem 11. März zurückkehren und eine für Moskau annehmbare Formel vorschlagen, ohne eigene Erklärungen zurückzunehmen? In Vilnius gibt es so viele kluge Köpfe, deren juristische Weitsicht und Rednerkunst unser Land bereits auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR erlebte. Jetzt schreiben sie wie die Saporoscher Kosaken ständig Briefe an diverse „türkische Sultane“. Wenn sie doch von dieser interessanten Beschäftigung lassen und die Notwendigkeit, eine Formel des Einvernehmens mit Moskau zu erarbeiten, akzeptieren würden... Sie werden das tun müssen, doch besser wäre es, das bald zu tun. Eine Verzögerung ist gefährlich, die Logik der Konfrontation hat ihre eigenen Gesetze, und eine solche Konfrontation kann weiter gehen, als das wer auch immer möchte. Dann wird ein Rückzug schon sehr schwer sein...

Welche Fragen sollten erörtert werden? Die politischen und strategischen Interessen der Sowjetunion in Litauen. Ob es um Militärstützpunkte, um die fortgesetzte Präsenz von Einheiten der Sowjetarmee auf

litauischem Boden, um die Schaffung einer entmilitarisierten Zone dort oder um die Erklärung der Neutralität geht – man muß begreifen, daß die Interessen der UdSSR keineswegs als unbedeutend angesehen werden können. Das liegt im Interesse von Vilnius – zumindest, um die Kreise zu beruhigen, die meinen, der Austritt der Republik werde die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion untergraben, und deshalb dürfe man auf keinen Fall zustimmen... Gegenseitige wirtschaftliche Ansprüche und die Bedingungen künftiger Handelsbeziehungen sind wohl ein relativ leicht zu lösender Aspekt. Mit konkreten Zahlen ist es immer einfacher... Die Stellung der russischsprachigen Minderheit, Garantien für ihre Rechte – das ist eine Frage, die fast unlösbar scheint. Wie kann man Menschen helfen, die ihre Heimatorte nicht verlassen wollen, doch die gleichzeitig auch nicht Bürger der Litauischen Republik werden wollen?

In der RSFSR hat sich eine gewisse Differenzierung, was die Ereignisse in Litauen angeht, vollzogen. Die Führer des „nationalpatriotischen Blocks“ demonstrieren ihre Solidarität mit der russischsprachigen Bevölkerung. Amüsant zu beobachten, daß zu leidenschaftlichen Internationalisten – nur mit Blick auf das Baltikum – Leute wurden, die bei sich zu Hause „Internationalismus“ als Schimpfwort betrachten und

verlangen, mit den Fremden aufzuräumen. Gegen die Priorität der „Stammnation“ in Litauen wandten sich jene, die bei sich zu Hause verlangen, die „Zugereisten“ in ihren Rechten zu beschränken... Eine solche Metamorphose zeigt, was für Schmierenpolitiker die „Nationalpatrioten“ sind, die nach ihrer vernichtenden Niederlage bei den Wahlen in der Russischen Föderation einfach nicht wissen, woraus sie Kapital schlagen können. Der demokratische Flügel der russischen Gesellschaft aber wendet sich auf Meetings in Moskau und Leningrad gegen den Druck auf Litauen. Doch in Vilnius sollte man sich diesbezüglich keine Illusionen machen. Die grundsätzliche Bereitschaft, den Willen des litauischen Volkes zu respektieren, bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der nationalen Minderheiten in der Republik. Daß diese Menschen sich jetzt als Bürger zweiter Klasse empfinden – bislang moralisch und nicht juristisch – ist eine Schande für Litauen. Die Hinweise darauf, daß sie Okkupanten seien, sind nicht stichhaltig. Polen, Belorussen und Russen sind in ihrer Mehrheit Nachkommen von Menschen, die jahrhundertlang in Litauen lebten. Diejenigen aber, die erst nach dem Krieg oder später gekommen sind, können absolut nicht verantwortlich gemacht werden für die Sünden jener Moskauer Planer, die im Baltikum eine industrielle Basis mit

Summe kleiner als die Summanden

Welche Rolle spielen im Baltikum die kommunistischen Parteien, von denen es jetzt doppelt soviel gibt?

Die Kommunistische Partei Lettlands hat sich ebenfalls gespalten. Oder, genauer gesagt, von ihr haben sich diejenigen abgespalten, die eine unabhängige Partei aufbauen (vor allem Letten, die auch so weniger als 40 Prozent der Parteimitglieder stellen). Übrigens war ein solcher Ausgang des 25. Parteitages der KP-Lettlands unschwer vorherzusehen – und das nicht nur in Analogie zu den kommunistischen Parteien Litauens und Estlands. Bereits im Februar war in Riga eine Konferenz von Kommunisten zusammengekommen, die den Beschluß des ZK der KPdSU(B) vom 8. Oktober 1940 über die Einbeziehung der KPL in die KPdSU(B) für ungesetzlich erklärte. Die Beziehungen zur KPdSU? Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher, gleichberechtigter Grundlage. Ideologische Prinzipien? Die Ersetzung der kommunistischen Ideologie durch eine Konzeption des demokratischen Sozialismus, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, völlige Freiwilligkeit bei der Bildung der Union, der Verzicht auf den demokratischen Zentralismus. Die Verbündeten? Die eigenständige KP Litauens und die „Demokratische Plattform“ in der KPdSU – mit letzterer ist man bereit zusammenzuarbeiten, um die radikale Perestroika in der UdSSR voranzubringen.

Die Polarisierung der Kräfte in der KP Lett-

lands wurde deutlich auf dem Januar-Plenum des ZK der KPL, als gesagt wurde: Die jetzigen Ereignisse können nicht ohne Berücksichtigung des Jahres 1959 verstanden werden, als der aus Moskau in die Republik entsandte Arvid Pelse im Grunde die Partei zerschlug. Im vergangenen Jahr rissen Studenten von der Hausmauer einer Rigaer Hochschule die Gedenktafel herunter, die dort zu Ehren des Arvid Pelse, eines langjährigen Mitstreiters von Breshnew und Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, angebracht war, und warfen sie in die Daugava. Das Pelse-Denkmal, das, wie es die Tradition verlangte, noch zu seinen Lebzeiten errichtet wurde – nach der Verleihung der zweiten Goldenen Hammer- und Sichelmedaille –, steht nach wie vor unweit des Sitzes des ZK der KP Lettlands, und möglicherweise deshalb meinen viele Einwohner der Republik, daß die Partei zu öffentlicher Reue nicht bereit ist.

Jene Kommunisten und ganze Parteiorganisationen, die eine völlig neue Partei konstituieren wollen, unabhängig in jeder Hinsicht – politisch, organisatorisch und finanziell –, unterstützten die Idee eines Austritts aus der KPdSU. Den entgegengesetzten Flügel bildeten jene, die schon seit langem den Rücktritt der führenden Vertreter der Partei und der Republik verlangten, sie „Separatisten“, „Spalter“ und „Nationalisten“ nannten und

daraufhin des Dogmatismus bezichtigt wurden. In diesem Flügel haben sich die Traditionalisten zusammengefunden, die die Bewahrung der früheren Beziehungen zu Moskau verlangen; ihr organisatorisches Zentrum ist das Rigaer Stadtkomitee der KPdSU unter Führung von Arnolds Klaučens und das Stadtexekutivkomitee von Riga, das bis vor kurzem von Alfreds Rubiks geleitet wurde. Er wurde nach dem Parteitag zum Führer der Partei, die auf der Plattform der KPdSU blieb.

Anatoli Gorbunow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR, schlug gleich einen „dritten Weg“ vor: ein eigenes Statut und ein eigenes Programm zu erarbeiten und sich von ihnen leiten zu lassen – und dann soll doch die KPdSU entscheiden, ob sie eine solche Partei unter ihre Fittiche nehmen will.

Die „Traditionalisten“, die für die Bewahrung des Bestehenden eintreten, haben die Letten von sich abgestoßen, da sie die Idee der staatlichen Souveränität Lettlands anzweifeln. Die Verfechter der „Unabhängigkeit“ aber können nicht mit der Unterstützung der Nichtletten (und das ist gut die Hälfte der Bevölkerung der Republik) rechnen, die besorgt sind über die Aussicht, eines Morgens in der Lettischen Republik aufzuwachen. Der „dritte Weg“ formulierte eine Plattform des Einvernehmens, doch sie wurde nicht akzeptiert. Und den Tagungssaal des 25. Parteitages verließ – im Unterschied zu dem, was in Vilnius und in Tallinn geschah – eine andere Minderheit, die eine eigenständige Partei bilden will.

aus anderen Landesteilen herbeigehtolten Arbeitskräften schaffen wollten.

Die Menschenrechte sind unteilbar. Vilnius, das die russischsprachige Bevölkerung von sich abstößt, riskiert, die Sympathien und die Unterstützung der demokratischen Kreise zu verlieren. „Wir haben nicht vor, sie zu diskriminieren“ – dieses Versprechen reicht nicht aus. Nötig sind reale Garantien. Keinerlei Garantien für die Rechte der nationalen Minderheiten können der Stammnation irgendwie Abbruch tun. Und je eher das geschehen wird, desto besser. Man sollte die Einschätzung der Lage, die westliche Analytiker gaben, nicht vergessen: „Es gibt Elemente, die große Probleme für Gorbatschow schaffen wollen...“

Warum also schließen die Perestroika und die Entscheidungen der Abgeordneten in Vilnius einander aus?

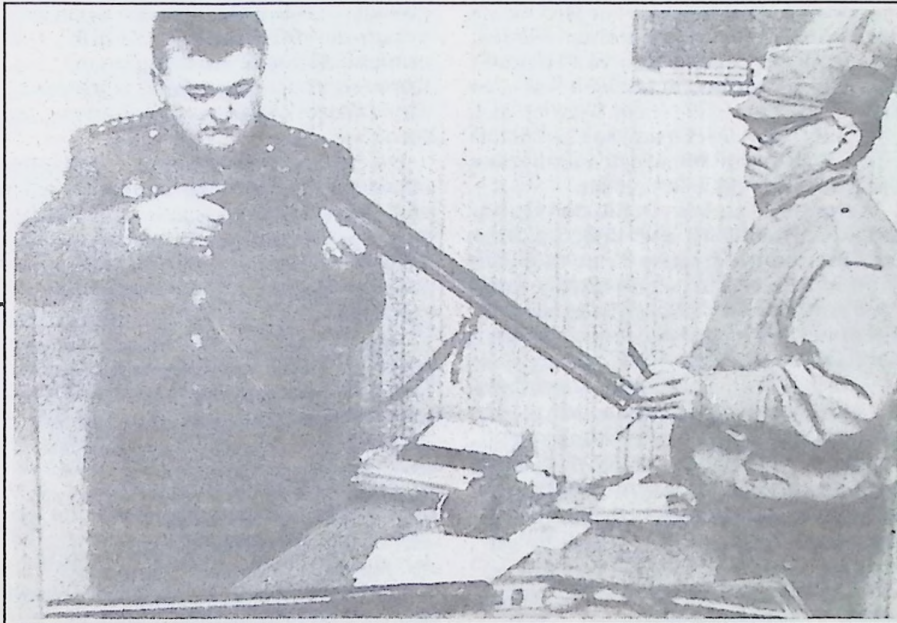
Weil die Gegner einer Erneuerung unseres Landes die Situation in Litauen ausnutzen

können, um der Führung die Schuld daran zu geben, daß das Land auseinanderbricht. Auf dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU wurde bereits der Vorwurf erhoben, daß der „osteuropäische Block“ auseinanderbricht. Das bezogen auf das eigene Land ist ein schrecklicherer Vorwurf. Wer ihn erhebt? Die Führer des rechtskonservativen Blocks, die ihr hohes Parteiamt erfolgreich mit imperialem Denken verbinden. Stellen sie eine Gefahr dar? Ja, eine nicht geringe Gefahr, obwohl ihnen jede Etappe der Herausbildung demokratischer Strukturen der Gesellschaft den Boden unter den Füßen fortzieht. Kann man ihre Meinung ignorieren? Ein Realpolitiker wird eine ungeschützte Flanke nicht einem solchen Schlag aussetzen, und das um so mehr, da die Lage in Litauen in den Hauptstädten einiger anderer Unionsrepubliken aufmerksam verfolgt wird: Der Ausgang dieses Kampfes wird auch ihre Strategie bestimmen.

Einflußreiche politische Kräfte wollen die Litauer um jeden Preis an einem Austritt hindern. Ihnen geht es dabei nicht um die Litauer selbst, um den Wunsch dieses Volkes, Selbständigkeit zu erlangen, und um den den Abgeordneten Litauens gegebenen Auftrag zur Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit der Republik. Sie sind sehr zufrieden damit, daß die litauischen Abgeordneten nicht sonderlich geschickt, nicht sonderlich diplomatisch verfahren, als sie sich den Gesetzen der Realpolitik entziehen wollten. Diese Kräfte meinen, das „Gerede von der Unabhängigkeit“ sei von „Extremisten“ provoziert, und deshalb sei eine Abtrennung kein Diskussionsthema. Diese Kräfte wollen Litauen am Austritt hindern und werden alles tun, um die Aufnahme von Kontakten zwischen Moskau und Vilnius zu verhindern. Doch wozu wird das führen?

Die Folgen der unvernünftigen Schritte, die in dieser Situation unternommen wurden, können alle spüren – nicht nur in Moskau und in Vilnius. Ebendeshalb ist es wichtig, Entscheidungen zu vermeiden, die durch ihre Einfachheit bestechen, ob nun Flugblätter aus Militärhubschraubern abzuwerfen oder lautstarke Strafpredigten zu halten. Effektiv werden nicht effektive Operationen sein, sondern nur ein sinnvolles Handeln.

Leonid Mletschin



Laut Erlaß des UdSSR-Präsidenten werden in Litauen Jagdwaffen abgeliefert

Foto aus: „International Herald Tribune“ (Paris)

Jetzt wird in Lettland ebenso wie in Litauen und in Estland der Kampf um die Stimmen der Kommunisten beginnen. Zumindest das eine kann man mit Bestimmtheit sagen: Die Summe der Mitglieder beider Parteien wird geringer sein als die Mitgliederstärke der früheren KP Lettlands. Eine nicht geringe Zahl von Parteibuchinhabern wird sich letztlich keiner der beiden kommunistischen Parteien anschließen... Wird das die politische Landschaft der Republik verändern? So gut wie nicht. Die kommunistischen Parteien in den baltischen Republiken sind auch so schon lange nicht mehr die „führende und lenkende Kraft“. Bei den Republikwahlen in Lettland interessierte sich der Wähler nicht für die Mitgliedschaft seines Kandidaten in der KPL, sondern für die Zugehörigkeit zur Volksfront, zur Internationalistischen Front, zu den Grünen, den Sozialdemokraten, dem Verband der Landwirte, zur Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Lettlands... Jede dieser politischen Vereinigungen hat ein klares Programm: Da weiß man, wofür man stimmt. Doch die kommunistische Partei? Hier gibt es nicht ein

Programm, sondern mindestens drei... In allen drei baltischen Republiken gehen die kommunistischen Parteien nacheinander in die Opposition. Die Gründe dafür sind allgemein bekannt: Die Möglichkeit, offen die eigenen politischen Ansichten zum Ausdruck zu bringen, förderte zugleich zutage, daß unter den Mitgliedern der kommunistischen Partei die unterschiedlichsten Meinungen herrschen. Die Notwendigkeit aber, auf die für die baltischen Republiken entscheidende Frage nach der staatlichen Selbständigkeit eine Antwort zu geben, ließ die Spaltung endgültig werden. Jetzt gibt es im Baltikum sechs kommunistische Parteien – drei eigenständige und drei auf der Plattform der KPdSU. Die Entwicklung der eigenständigen kommunistischen Parteien wird, wie mir scheint, noch weiter gehen – zumindest, um die völlige Trennung von der Vergangenheit und von der parallelen kommunistischen Partei zu demonstrieren. Es ist durchaus möglich, daß sie schon bald ihren Namen ändern und sich sozialistische Parteien nennen werden.

Die Parteien, die Treue zu den früheren Prin-

zipien bewahren, haben im Baltikum keine schlechten Chancen, da sie den Kampf gegen eine Loslösung von der UdSSR leiten. Die KP Litauens auf der Plattform der KPdSU, die bei den Republikwahlen nur vier Abgeordnete ins Parlament bringen konnte, sollte sich nach dem Beschluß des Obersten Sowjets der Republik über die staatliche Unabhängigkeit für die russischsprachige Bevölkerung und für Moskau als sehr notwendig erweisen. Und während die eigenständige KP Litauens im heutigen politischen Kampf fast nicht auffällt, steht die parallele Partei im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Partei auf der Plattform der KPdSU führt einen Kampf gegen Landsbergis' Mehrheit im Obersten Sowjet und die Regierung Prunskene. Eine ähnliche Rolle werden die entsprechenden kommunistischen Parteien möglicherweise in Estland und Lettland spielen und Gegner eines Austritts aus der UdSSR um sich vereinen. Diese neue politische Mission wird es ihnen erlauben, sich in der politischen Arena zu behaupten und die soziale (oder eher nationale) Basis für die Unterstützung unter der russischsprachigen Bevölkerung schaffen. Doch einige Litauer meinen, daß die kommunistische Partei (auf der Plattform der KPdSU) zu einer „Fünften Kolonne“ des Zentrums geworden ist; und das wird im Ergebnis zu einer starken Zunahme anti-kommunistischer Stimmung bei Esten, Letten und Litauern führen. Erstes Opfer dieser Stimmungen werden die eigenständigen kommunistischen Parteien sein, die der Illoyalität und des mangelnden Patriotismus verdächtigt werden. Versuche aber, das Gegenteil zu beweisen (durch Änderung des Namens, des Programms, durch die Absage an eine Zusammenarbeit mit der KPdSU) können überhaupt dazu führen, daß man die kommunistische Bewegung in der Region schon ganz als Quantité négligeable wird ansehen können.

Lothar de Maiziere:

Deutschlands Einheit – Element der Einheit Europas

Der neue Ministerpräsident der DDR antwortet auf Fragen des Korrespondenten unserer Zeitschrift Michail PODWIGIN



Den Sieg bei der Volkskammerwahl in der DDR hat nach Meinung vieler Beobachter die westdeutsche Mark errungen. Erwarten die DDR-Bürger „goldene Zeiten“? Wie schätzen Sie, Herr Ministerpräsident, die heutige Lage in der DDR ein und welche Aufgaben betrachten Sie als vorrangig für Ihre Regierung?

Die Ergebnisse der Volkskammerwahl zeigen, wie groß die Sehnsucht der Bürger der DDR nach der Einheit des Vaterlandes ist. In dieser Sehnsucht steckt auch die verständliche Erwartung, endlich Anteil zu bekommen an Lebensniveau und Lebensqualität der Bundesrepublik. Daß sie dafür hart arbeiten müssen, ist den meisten bewußt. Aber sie wissen auch, daß sich jetzt Leistung endlich wieder lohnen wird. Es werden keine goldenen Zeiten, sondern endlich wieder normale Zeiten sein. Die heutige Lage in der DDR ist auf beinahe allen Gebieten unnormal. Denn jetzt treten die materiellen und moralischen Schäden ans Tageslicht, die in 40 Jahren wirtschaftlicher und ideologischer Mißwirtschaft produziert worden sind. Die neue Regierung hat zwei wesentliche Aufgaben: erstens unser Land notdürftig in Ordnung zu bringen, zweitens mit der Regierung der BRD einen Weg zur Vereinigung auszuarbeiten, der weder den Bürgern der beiden deutschen Staaten Schäden zufügt, noch die Nachbarn Deutschlands belastet.

Gleich nach der Wahl haben Sie angedeutet, daß Sie die Absicht haben, den CDU-Abgeordneten von Westberlin Herrn E. Pieroth in die neue DDR-Regierung als Wirtschaftsminister aufzunehmen. Was wäre der Grund dafür? Bedeutet das etwa, daß Sie in der DDR keinen kompetenten Politiker sehen, der die Wirtschaft im Lande verbessern könnte?

Es wird gut sein, gerade für die Wirtschaftspolitik

Fachleute zu haben, die eine sozial abgesicherte und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft nicht nur aus der Literatur, sondern aus eigener praktischer Erfahrung kennen. Die richtige Umstellung der DDR-Wirtschaft und ihre Paßfähigkeit mit der Wirtschaft der BRD kann nur von Experten gewährleistet werden, die durch die Kombination von Herkunft und jetziger Position auf beiden Seiten zu Hause sind. So wird es zum Beispiel auch gut sein, wenn Fachleute aus der DDR eine Tätigkeit im Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik aufnehmen.

Welche Rolle messen Sie den Oppositionsparteien in der Volkskammer bei, die die Interessen eines ziemlich großen Teils der DDR-Bevölkerung vertreten? Sehen Sie Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit diesen Parteien im Parlament?

Wir streben eine breite Koalitionsregierung an, die die Interessen der großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung vertritt, und wir hoffen, daß es mit der verbleibenden Opposition keine Konfrontation, sondern einen konstruktiven Dialog gibt. Wir haben keinen Bedarf an weiteren Wortgefechten und Beschuldigungen, sondern an der gemeinsamen Arbeit für eine vernünftige, friedliche Zukunft.

Auf einer Pressekonferenz gleich nach der Volkskammerwahl haben Sie in Ihrer Antwort auf meine Frage gesagt, daß Sie den Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR eine entscheidende Bedeutung beimessen. Könnten Sie, Herr Ministerpräsident, diese Worte etwas ausführlicher erläutern?

Die Sowjetunion ist unser Hauptpartner im Warschauer Vertrag. Unseren Weg zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem müssen wir gemeinsam beziehungsweise in Abstimmung miteinander gehen. Die Sowjetunion ist unser hauptsächlichster bisheriger Handelspartner. Die angestrebte Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik muß diese Tatsache berücksichtigen. Mit der Sowjetunion verbindet uns eine zugleich tragische und dramatische gemeinsame Geschichte. Wir werden erst jetzt merken, wie tief durch sie die Sowjetunion, die Kulturen ihrer Völker, ihre Geschichte, ihre Leistungen und ihre Leiden von uns aufgenommen worden sind. Ich glaube wir stehen vor der Möglichkeit und vor der Aufgabe, in der Bewältigung unserer Geschichte eine neue deutsch-sowjetische Freundschaft für das ganze deutsche Volk in Freiheit zu entwickeln. Ich bin sicher, daß es darauf auch eine positive Antwort aus der Sowjetunion geben wird.

Eine ganz wesentliche Hilfe für diese Entwicklungsmöglichkeiten ist die Politik Michail Gorbatschows. Er hat die Impulse der Weltgeschichte gebündelt, die die Befreiung der Völker Osteuropas und im Grunde der Welt von einem fehlerhaften Sozialismus-Modell in die Wege geleitet haben. Wir wissen, was wir ihm zu verdanken haben, und wir bieten den Völkern der Sowjetunion auf dieser Grundlage unsere freie Freundschaft an. Nur mit



Berlin. Am Brandenburger Tor

Foto: DdD/DPA

guten, vertrauensvollen Beziehungen zur Sowjetunion werden wir auf dem Wege zu einem friedlichen europäischen Haus vorankommen, in dem alle Bewohner gleichberechtigt sind und gemeinsam das Nötige für den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt tun.

Bekanntlich ist die DDR Mitglied des Warschauer Vertrages. Wie wird Ihre Regierung die Verpflichtungen betrachten, die aus der Mitgliedschaft in dieser Organisation resultieren?

Wir betrachten die Verpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag als Verpflichtungen zur Erhaltung und Festigung des Friedens. Dieser Aufgabe wollen wir gerecht werden, indem wir die politische Funktion des Warschauer Vertrages über seine militärische Funktion stellen. Die Lösung des Problems der Bündnisbeziehungen eines vereinten Deutschlands sehen wir nicht in einer Ausweitung der bisherigen militärischen NATO-Struktur, sondern in der Herstellung eines gesamt-europäischen Sicherheitssystems, das die bisherige Konfrontation der Bündnisse aufhebt.

Die DDR und die UdSSR sind durch enge außenwirtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden. Wie aussichtsreich ist für Sie diese Zusammenarbeit? Sehen Sie Möglichkeiten für eine großangelegte und aufeinander abgestimmte dreiseitige Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, der DDR und der Bundesrepublik sowie zwischen der UdSSR, der DDR und Westberlin?

Der europäische Integrationsprozeß verlangt von uns, daß wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Gebieten des vereinten Deutschlands und der Sowjetunion nicht einschränken, sondern erweitern. Da sich nicht nur in unserer, sondern auch in Ihrer Volkswirtschaft zur Zeit große Veränderungen vollziehen, hoffe ich auf das Entstehen vieler neuer Möglichkeiten. Wir haben nicht die Absicht, irgendeinen eisernen Vorhang von der Elbe an die Oder zu verlegen.

Was halten Sie, Herr Ministerpräsident, von der Erklärung der Sowjetregierung über Eigentumsverhältnisse in der DDR? Teilen Sie die Meinung, daß die nach dem zweiten Weltkrieg in der DDR entstandene Eigentumsordnung nicht in Frage gestellt werden darf?

Wir sind der Überzeugung, daß die Eigentumsordnung, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden ist, nicht aufgehoben werden darf. Wo damals Menschen unrecht getan worden ist, kann man dies heute nicht mit neuem Unrecht wiedergutmachen. Im übrigen stehen wir zu der antifaschistischen Verpflichtung unseres Staates. Wir ergänzen sie aber durch eine antistalinistische Verpflichtung. Darin steckt keine Feindseligkeit gegen die Sowjetunion. Die Völker der

Sowjetunion haben unter Stalin und seinem System nicht weniger gelitten als die Menschen in der DDR.

Die Annäherung von beiden deutschen Staaten auf dem Wege zur Einheit wird von manchen Ländern mit Besorgnis betrachtet. Was halten Sie in diesem Zusammenhang von der Idee, einen Friedensvertrag beziehungsweise ein ähnliches völkerrechtliches Dokument abzuschließen, damit dieses Kapitel der Weltgeschichte endlich geschlossen werden kann?

Wir hoffen, daß die Verhandlungen 2 + 4 und die KSZE-Gipfelkonferenz zu Vereinbarungen führen, die den Nachbarn Deutschlands ihre verständlichen Besorgnisse nehmen. Es kann eine gute Möglichkeit sein, diese Vereinbarungen in die Form eines Friedensvertrages zu fassen. Es ist die Pflicht der Deutschen, die Wiederherstellung ihres Staates so zu gestalten, daß deutlich wird, daß das deutsche Volk aus der Geschichte gelernt hat. Von deutschem Boden darf nur noch Frieden ausgehen. Die Einheit Deutschlands muß ein förderndes Element der Einheit Europas sein.

Manchmal hört man die Meinung, daß jetzt nach der Wahl die 2 + 4-Konferenz auf die Formel 1 + 4 reduziert werden kann. Hat die DDR eigene besondere Interessen, die sie selbständig am Verhandlungstisch verteidigen möchte?

Ich denke, es wird gut sein, wenn die DDR in diesen Verhandlungen mit ihrer eigenen Stimme spricht, selbst dann, wenn sich ihre Interessen nicht oder wenig von denen der BRD unterscheiden sollten. Wir bringen in diese Verhandlungen unsere Geschichte ein. Diese Aufgabe kann uns die BRD nicht abnehmen.

Herr Ministerpräsident, welche Vision haben Sie vom vereinigten Deutschland? Welchen Platz soll es in der internationalen Gemeinschaft einnehmen?

Das vereinigte Deutschland soll in der internationalen Gemeinschaft einen bescheidenen Platz einnehmen. Das ergibt sich aus unserer Geschichte. Es kann vielleicht eine Brückenfunktion zwischen Ost und West wahrnehmen, also statt der Mauer eine Brücke bauen. Auch dazu kann uns unsere Geschichte veranlassen. Vor allem aber sollte es seine eventuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Dienst der Lösung der großen Weltprobleme stellen. Internationale Gerechtigkeit, die Beseitigung des Hungers und die Bewältigung der ökologischen Herausforderung sind die wesentlichen Friedensaufgaben der Zukunft!

BERLIN

„NEUE ZEIT“

**Ein aktueller
Überblick
über das
neue Denken,
Glasnost
und
Perestroika**

In der DDR kann unsere Zeitschrift bei allen Postämtern abonniert werden. In der BRD, Österreich, Berlin (West), der Schweiz und anderen Ländern Westeuropas kann man die NZ bei allen Firmen, die in Geschäftsverbindungen mit V/O

„Meshdunarodnaja Kniga“ stehen, sowie in Buchhandlungen, in denen Literatur aus der Sowjetunion vertrieben wird, bestellen.

**Mit der
„Neuen Zeit“
auf der Höhe
der Zeit!**

Durch den Vertrag besser. Aber wie weiter?

Nach dem Ministertreffen in Washington

Bei aller Vielfalt der Fragen, die Eduard Schewardnadse und James Baker bei ihrem Treffen in Washington erörterten, standen Abrüstungsprobleme doch im Mittelpunkt. Das kann unterschiedlich beurteilt werden: als Zeugnis für die konsequenten Anstrengungen der sowjetischen und amerikanischen Politiker, den wichtigsten Mechanismus der Konfrontation in der Weltpolitik der Nachkriegszeit möglichst schnell abzubauen. Oder als Anzeichen eines bestimmten Konservatismus der beiden Seiten, die die Lösung anderer, für die künftigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht minder wichtiger Probleme vorläufig in den Hintergrund rücken.

Wie dem auch sei, das Treffen in Washington bestätigte wieder einmal, daß Abrüstungsfragen im Dialog UdSSR – USA gegenwärtig an zentraler Stelle stehen. Besonders hervorgehoben werden in diesem Rahmen die Verhandlungen über strategische Offensivwaffen. Gerade diese Verhandlungen sind seit Beginn der 70er Jahre eine Art Achse im bilateralen Verhältnis. An sie wurden direkt oder indirekt andere Aspekte der Beziehungen zwischen Moskau und Washington geknüpft. Fortschritte im strategischen Bereich ließen auch auf die allgemeine politische Atmosphäre in der Welt schließen.

Auch von diesem Standpunkt aus ist Schewardnadses US-Besuch ein großer Schritt vorwärts beim Ausbau der sowjetisch-amerikanischen Kooperation. Man gab den Verhandlungen in Genf einen neuen Impuls, man fand Lösungen für eine ganze Reihe konkreter Probleme. Jetzt zweifelt kaum noch jemand an der Möglichkeit, den Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen (START) in diesem Jahr zu unterzeichnen. Das wäre ein guter Ausklang der langjährigen Anstrengungen von Politikern, Diplomaten und Militärs beider Länder.

Der Vertrag und seine Kritiker

Aber nach Maßgabe dessen, wie der Vertrag immer festere Konturen annimmt,

zeigen sich nicht nur seine unbestreitbaren Vorzüge, sondern auch seine offensichtlichen Mängel. Schon heute kann man recht genau voraussagen, wer und wie ihn sowohl im US-Kongreß als auch im Obersten Sowjet der UdSSR kritisieren wird.

Anhänger einer einschneidenden Reduzierung der strategischen Rüstung und eines zügigen Übergangs zu einer kernwaffenfreien Welt werden natürlich mit den Ausmaßen der tatsächlichen Begrenzungen unzufrieden sein. Die Halbierung der strategischen Kräfte unserer beiden Länder ist das tatsächlich nicht. Bei den Trägern beläuft sich Reduzierung für die UdSSR auf ca. 35%, für die USA aber auf nur 20%. Was die Gefechtsköpfe betrifft, so ermöglicht es das koordinierte Berechnungssystem für strategische Bomber (ein Träger – ein Gefechtskopf), die Reduzierung auch hier minimal zu gestalten. Zweifellos wird die Erklärung abgegeben, der Vertrag sei eher dazu berufen, die Entwicklung der strategischen Kräfte der Seiten zu regulieren als dazu, dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten, eher dazu, die gegenseitige „Eindämmung“ zu festigen als auf sie zu verzichten.

Wirtschaftswissenschaftler werden zweifellos die Haltlosigkeit der Hoffnungen darauf zeigen, das künftige Abkommen würde uns hohe Ausgaben ersparen. Es geht nicht nur darum, daß die Vernichtung von Raketen, wie sich herausstellt, eine recht kostspielige Angelegenheit ist. Das Abkommen sieht einen faktischen Umbau der sowjetischen „strategischen Triade“ vor und bewegt die UdSSR dazu, neue strategische Bomber, landgestützte Raketen mit Einzelgefechtskopf zu bauen sowie die seegestützten Kernwaffen forciert zu erneuern.

Den Verhandlungspartnern selbst wird es möglicherweise leid tun, daß das neue Abkommen nicht komplexer und umfassender ist als etwa SALT II. In der Tat hat man aus dem ursprünglich geplanten Paket von Vereinbarungen Probleme der strategischen Verteidigung und der seegestützten Flügelraketen ausgeklammert. Mehr als bescheiden sind auch die Ergebnisse der Versuche, den qualitativen Wettlauf bei strategischen Waffen zu begrenzen.

Wer allerdings hinter allen Komplikationen und Problemen unserer Politik

immer nur den bösen Willen der Vereinigten Staaten wittert, wird versuchen, die in unserer Presse und im politischen Vokabular bestehende Meinung zu widerlegen, im Zuge der Verhandlungen hätten beide Seiten gleiche Zugeständnisse gemacht und ein Interessengleichgewicht erzielt. Gerechtigkeitshalber sei zugegeben, daß das Abkommen die strategischen Programme der USA weniger betreffen wird als die sowjetischen. Es ist so, daß sich die UdSSR die amerikanische „strategische Kultur“ aneignet, nicht umgekehrt.

Heißt das, daß das Abkommen nicht den sowjetischen Interessen entspricht? Keinesfalls! Ein solches Urteil wäre ungerecht gegenüber unserer politischen Führung, die viel Mut und Beharrlichkeit aufbrachte, um alte Methoden und Stereotypen abzubauen. Ungerecht wäre das auch gegenüber unseren Diplomaten, die in Moskau und Genf eine überaus komplizierte, viel Geduld erfordernde Arbeit leisteten.

Mit dem Vertrag werden wir es besser haben als ohne ihn. Er wird die Voraussagbarkeit des militärischen Aufbaus und die Informiertheit beider Seiten über die gegenseitigen Pläne erhöhen sowie neue Kontrollmechanismen in Gang setzen. Das neue Abkommen über strategische Fragen wird sich auch auf das politische Klima im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis günstig auswirken. Da jedoch der Vertrag verwundbar und in völlig natürlicher Weise unvollkommen ist, gilt es, seine Kritik in beiden Ländern schon heute in konstruktive Bahnen zu lenken und gemeinsam nach Prinzipien für weitere Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen zu suchen. Betrachtet man den gegenwärtigen Vertrag als Etappe, als ein Glied in der Kette früherer und künftiger Verträge, so entfallen viele Fragen von selbst.

Nach START II

Wie wir glauben, würde die Ratifizierung des Vertrags durch den Obersten Sowjet der UdSSR und den US-Kongreß einfacher und schneller verlaufen, wenn die Seiten noch vorher die Prinzipien weiterer Gespräche über die Reduzierung der strategischen Waffen und zumindest einen annähernden Rahmen künftiger Vereinbarungen (nach dem Beispiel der von Wladiwostok 1974) absprächen. Sie könnten die konsequente Beseitigung jener unvermeidlichen Mängel vorsehen, die der Vertrag aufweisen wird. Außerdem könnten die Seiten dann auf Versuche verzichten, um jeden Preis die im Vertrag vorgesehenen Höchstgrenzen zu erreichen, was zu einer größeren Zurückhaltung im militärischen Aufbau führen würde. Schließlich könnte eine solche „Willensäußerung“ die Positionen anderer Kernwaffenmächte beeinflussen, die sich in die nukleare

Abrüstung u. a. deshalb noch nicht einschalten, weil die UdSSR und die USA sich zu wirklich radikalen Begrenzungen nicht bereit fänden.

Neue Verhandlungen werden unter Bedingungen geführt werden, da der wachsende wirtschaftliche und innenpolitische Druck zugunsten einer radikalen Reduzierung von Kernwaffen damit einhergehen wird, daß die rein technischen Probleme der Verhandlungen zunehmen und sich die „nukleare Gleichung“ komplizieren werden, je mehr sich die UdSSR und die USA dem Niveau der nuklearen Drittländer nähern. Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts könnte eine der Seiten dazu verleiten, die qualitative Überlegenheit im strategischen Bereich anzustreben und sie mit einem Ruck zu erreichen. Die wachsende öffentliche Unzufriedenheit mit der Idee der „Eindämmung“ selbst aber wird die Frage nach den fundamentalen Prinzipien der nuklearen Strategie der UdSSR und der USA aufwerfen.

Was die Prinzipien künftiger Abkommen angeht, kann man sagen, daß sie, wenn auch nur in allgemeiner Form, schon vereinbart worden sind. Ihnen liegt die Idee einer zielgerichteten, stabilisierenden Umstrukturierung der strategischen Waffen beider Seiten zugrunde. Weitere tiefgehende Begrenzungen werden nicht mehr als Selbstzweck bzw. als „ein Ding in sich“ betrachtet, sie sind vielmehr ein natürliches Resultat der erwähnten stabilisierenden Umgestaltung der strategischen Konfrontation.

All das bestimmt gewisse Vorzüge voraus: die der mobilen Raketensysteme gegenüber den stationären, der Raketen mit Einzelgefechtsköpfen gegenüber den MARV-Raketen, der Mittel einer „langsamen Erwiderung“ (Bomber und Flügelraketen) gegenüber den Mitteln einer „schnellen Erwiderung“ (ballistische Raketen). Im Prinzip erkennen die Seiten die Notwendigkeit an, den qualitativen Wettlauf bei den Waffen einzuschränken und vertrauensbildende Maßnahmen im strategischen Bereich auszubauen.

Konkrete Ziele der späteren Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen (START II) könnten unserer Meinung nach wie folgt aussehen:

- Festsetzung einer Höchstgrenze von 6000 Einheiten für die Gesamtzahl der nuklearen Gefechts- und Sprengköpfe auf allen Arten der Trägermittel bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Begrenzung der Zahl der Trägermittel selbst;

- Festsetzung einer Höchstgrenze von 3000 Einheiten für die Gefechtsköpfe der bodengestütz-

ten ICBM und der SLBM bei gleichzeitigem Ausklammern der Gefechtsköpfe auf ballistischen Raketen mit Einzelgefechtskopf;

- Rückkehr zu den in SALT II enthaltenen Prinzipien der Berechnung von Gefechtsköpfen und zum Prinzip der „faktischen Nutzlast“ in bezug auf freifallende Gefechtsköpfe und Bomben, die auf strategischen Bombenflugzeugen stationiert sind;

- Verbot der Erprobung und Stationierung von Antisat-Systemen und ihren Komponenten, die das Funktionieren der Frühwarn-, Lenk- und Nachrichtensysteme stören könnten;

- eventuelle gemeinsame Überprüfung bzw. Aufgabe des Zusatzprotokolls von 1974 zum ABM-Vertrag von 1972 (wenn eine Vereinbarung zum vorausgehenden Punkt erzielt wird);

- Festsetzung einer Obergrenze für Abfangjäger der Luftverteidigung, die strategische Funktionen haben, in Höhe von 1000 Einheiten für jede Seite;

- Begrenzung der Zahl der Angriffs-U-Boote der Seiten auf 50 bis 100 Einheiten (bei möglicher Anlegung von „Schutzräumen“ für strategische U-Boote, wo die Mittel der U-Boot-Bekämpfung verboten wären);

- Erweiterung des Austausches von Angaben über Stand und Entwicklungsperspektiven der strategischen Waffenvorräte beider Seiten, über mittel- und langfristige Programme für die Erprobung und Stationierung von Systemen;

- Vereinbarung radikaler Begrenzungen (möglicherweise auch der vollen

Beseitigung) der taktischen nuklearen Systeme.

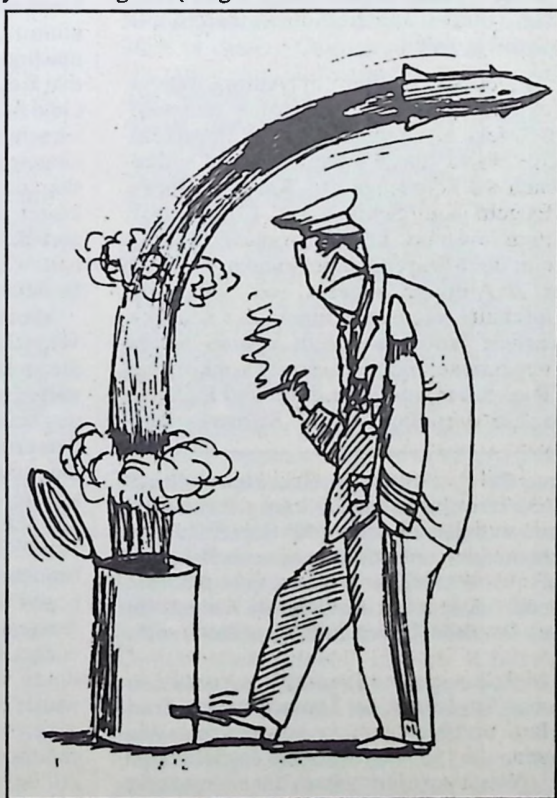
Eine „cold line“

Selbstverständlich muß es nicht so sein, daß alle aufgezählten Ziele gleichzeitig erreicht werden. In dieser Hinsicht kann man jenen Experten beipflichten, die meinen, START II werde kein „Paketabkommen“ nach dem Beispiel von SALT II oder START I sein, vielmehr ein Verhandlungsprozeß, in dessen Verlauf konkrete Fragen gelöst werden sollen, sobald Vereinbarungen heranreifen. Ein solcher Prozeß wird äußerlich nicht so effektiv sein wie ein komplexes Abkommen, dafür kann man mit einer größeren Konsequenz und einer geringeren Politisierung der Verhandlungen rechnen. Wichtig ist nur, daß auch noch so komplizierte und schmerzliche Fragen nicht auf die lange Bank geschoben werden, wie das in der Vergangenheit manchmal vorkam.

Der Übergang zu einer neuen Form der sowjetisch-amerikanischen strategischen Kooperation wird bedeutende Bemühungen erfordern, die schon über den eigentlichen START-Rahmen hinausgehen. Das Endziel solcher Bemühungen muß wohl darin bestehen, einen funktionierenden Mechanismus der Kontrolle über die Technologie im strategischen Bereich zu schaffen, der es ermöglicht, destabilisierende Tendenzen schon frühzeitig festzustellen und ihnen einen Riegel vorzuschieben.

Wahrscheinlich wäre an eine „cold line“ zwischen UdSSR und USA zu denken: eines ständigen bilateralen Forums von Militärs, technischen Experten und Diplomaten, die langfristige Entwicklungsperspektiven der strategischen Kräfte sowie die mögliche Einwirkung dieser oder jener technologischen Lösungen auf die strategische Stabilität erörtern würden. Offenbar muß dieses Forum außerhalb der START-Verhandlungen existieren: Sein Ziel wäre es, nicht ein System gegen ein anderes auszutauschen, sondern die Entwicklung der strategischen Kräfte beider Seiten zu koordinieren. Da die Menschen beiderseits der „cold line“ Systeme besprechen würden, die vorläufig nur auf dem Papier bestehen, fiel es ihnen leichter, sich dem Einfluß konjunkturbedingter politischer Erwägungen zu entziehen, die die START-Verhandlungen gewissermaßen deformieren.

Andrej Kortunow,
Sergej Fedorenko



Zeichnung: Viktor Bogorad

Neue Spielregeln

Unkonventionelle Sicht der Rolle der USA in der Welt

Chan Young Bang

Nach meiner Mitteilung im ZK der KPdSU, wo ich die Meinung über die abnehmende Rolle der USA in der Welt äußerte, wandten sich nicht wenige Menschen an mich, um ihre Zweifel an meinem Standpunkt anzumelden. Ihre Reaktion ist verständlich, man kann sich so etwas kaum vorstellen, hat doch der Wirtschaftserfolg die USA die letzten rd. 50 Jahre begleitet. Besonders schnell war der Aufschwung der US-Wirtschaft in der Atmosphäre der Teilung der Welt in zwei einander gegenüberstehende Blöcke. In letzter Zeit aber gehen die Wirtschaftsmacht der USA und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zurück. Warum?

Es gibt mehrere Gründe. Der ernsthafteste sind die Amerikaner selbst, die den Willen zur Führung, zur Steigerung der Macht der USA allmählich verlieren. Alles hängt nämlich von den Menschen ab. Die Amerikaner erhöhen ihr Bruttonationalprodukt um 3% im Jahr, während diese Kennziffer in Japan 5% und in der Republik Korea über 6% ausmacht. Warum haben die Amerikaner eine niedrigere Kennziffer? Das liegt am Verbrauch. Sie konsumieren, verausgaben, verschwenden zu viel. Wenn einer das Geld zurücklegt und spart, bildet er ein künftiges Vermögen, um später sein Geld zu investieren. Wenn einer investiert, erhöht er sein Vermögen.

Wenn aber eine ganze Gesellschaft kein Kapital akkumuliert, steht sie letzten Endes vor einem ernsthaften Problem: Zur Erweiterung der Produktion brauchen Firmen Investitionen, während die Gesellschaft nicht in der Lage ist, sie vorzunehmen. Also kommt es zum Zustrom von Auslandskapital, wie das jetzt in den



Zeichnung aus „Der Spiegel“ (BRD)

USA geschieht. Weil die Amerikaner ihr Kapital „vernaschen“, um das Ding einmal beim Namen zu nennen, wird das amerikanische Kapital in der US-Wirtschaft durch Auslandskapital ersetzt.

Außerdem haben die USA ein ständiges enormes Außenhandelsdefizit. Es beträgt weit über 100 Md. Dollar im Jahr, und die Tendenz ist steigend. Im Handel mit den USA hat Japan allein einen Aktivsaldo von 50 Md. Dollar. Japan investiert dieses Geld in die amerikanische Wirtschaft. Deshalb sind 30% aller Immobilien in den USA von den Japanern und anderen aufgekauft worden.

Die USA bleiben in Automobilbau, Textilindustrie und Elektronik technologisch zurück, deshalb wird der amerikanische Markt durch japanische und südkoreanische Fernsehgeräte, Kameras, Pkws, Textilien und Schuhe aus Taiwan usw. überschwemmt. Die Verbraucher können nicht über Warenmangel klagen, dennoch ist das etwas anderes, als wenn die Geschäfte mit Erzeugnissen der amerikanischen Industrie gefüllt wären. Solche Erzeugnisse sind nicht immer konkurrenzfähig, dabei sind die Löhne und Gehälter in US-Betrieben hoch. Selbstverständ-

lich sinkt der Profit, die Produktion entwickelt sich nicht.

Ein weiteres großes Problem der USA sind ihre Inlandsschulden. Die Amerikaner entrichten ihre Steuern nämlich nicht in angemessener Höhe. Sicherlich könnte der Kongreß ein Gesetz über die Steuererhöhung verabschieden, doch werden die amerikanischen Parlamentarier das nicht tun, weil auch sie dann mehr Steuern zahlen müßten. Die etatmäßigen Ausgaben sind sehr hoch, das Ergebnis ist ein chronisches Defizit des Bundeshaushalts. Das bedeutet, daß der Staat mehr ausgibt, als er an Steuern einnimmt. Folglich muß der Staat Schulden machen. Das ist eine durch und durch negative Erscheinung, weil der staatliche Sektor Geld beim privaten leiht, und dieser ist, wie ich schon erwähnte, bei seinen Investitionen eingeschränkt und auf die Hilfe des Auslandskapitals angewiesen. Das geliehene Geld kostet den Staat Zinsen. Um die Zinsen zurückzuzahlen, muß er noch mehr Geld leihen, wenn er die nötige Summe nicht durch Besteuerung zusammenbekommt.

Man sieht also, in welcher schwierigeren Wirtschafts- und Finanzlage die USA sind. Sie stehen unter wachsendem Druck ihrer wirtschaftlichen Konkurrenten. Folgendes sei noch hervorgehoben. Es mag auf den ersten Blick sonderbar scheinen, aber die sowjetische militärische Bedrohung spielte, ganz gleich, ob sie real oder imaginär war, eine für die USA sehr positive Rolle. Die anderen westlichen Länder brauchten die USA als Gegengewicht gegen die UdSSR und deren Einfluß, zur Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts. Sobald aber die Breshnew-Doktrin durch die Gorbatschow-Doktrin ersetzt wurde, hatten die westlichen Länder keine Angst mehr und sahen in den USA folgerichtig nicht mehr ihren Verteidiger. Die Allianz der westlichen Länder beruhte auf der Bedrohung, die von der Sowjetunion



Der Autor, Chan Young Bang, dürfte unseren Lesern nach seinem Interview im Heft 30/89 bekannt sein. Er trägt viel zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Korea und der UdSSR bei. Vor kurzem unterzeichnete er als Präsident der KORUS INT'L. Co. und der USKO Investment Enterprise Inc. ein Abkommen über den Bau eines Betriebs in Kasachstan (Kosten: 7,5 Mio. Dollar). Der Betrieb wird Einwegspritzen produzieren.

Chan Young Bang ist Politologe und Direktor des Instituts für asiatische und pazifische Studien an der Universität San Francisco. Nicht selten hält er Vorträge auch vor sowjetischen Wissenschaftlern und Fachleuten für internationale Beziehungen. Vor kurzem hielt er ein Referat vor Mitarbeitern der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU.

ausging. Wenn es keine Bedrohung gibt, gibt es auch keine Begründung dafür, die Allianz zu erhalten.

Gegenwärtig rückt etwa für Japan und die Republik Korea das Problem der kommerziellen Gegensätze mit den USA in den Vordergrund, und in der heutigen Situation werden beide Länder bestimmt nicht viel Federlesens machen. Zugleich gibt es heute eine reale Möglichkeit einer aktiven Zusammenarbeit mit der ressourcenreichen UdSSR und den ostasiatischen Ländern, die die modernsten Know-hows haben. Wenn es der UdSSR, Japan, der Republik Korea, Singapur, Taiwan und Hongkong gelingt, eine passende Formel für die Zusammenarbeit zu finden, könnten die Resultate ungemein produktiv werden. An diesem Abschnitt gibt es ein Vorankommen. Für die USA bedeutet diese Situation ein Zurückbleiben.

Wir treten jetzt in eine neue Welt ein. Die alten Spielregeln gelten nicht mehr. Die Konzeption des Gleichgewichts der Stärke wird durch eine andere Konzeption abgelöst. Auftrieb gaben die vom sowjetischen Spitzenpolitiker Gorbatschow initiierte Politik von Glasnost und Perestroika, die Philosophie des neuen Denkens. Im Ergebnis sind der Ostblock, der Warschauer Vertrag, faktisch schon zerfallen, ob Moskau das anerkennen will oder nicht. Demgemäß wird auch die NATO praktisch überflüssig. Wir müssen andere Möglichkeiten finden, um Frieden und Stabilität zu erhalten.

Die neuen Spielregeln sind auf gegenseitig nützlichen Beziehungen aufzubauen. Gorbatschow formulierte dieses Konzept in seiner Rede in Krasnojarsk. Dort wurde das Fundament gelegt, auf dem die UdSSR Beziehungen z. B. zu der nichtsozialistischen Republik Korea herstellen kann. Das ist eine sehr wichtige, grundsätzliche Veränderung im Handeln.

In der Welt wird eine neue Wirtschaftsordnung herrschen. Die Beziehungen zwischen den Ländern werden nur auf gegenseitigem Nutzen beruhen. Wie ich glaube, werden wir in naher Zukunft erleben, wie die Republik Korea und die westeuropäischen Länder den Abzug der US-Truppen von ihren Territorien verlangen. Die USA werden nicht mehr die erste Geige spielen...

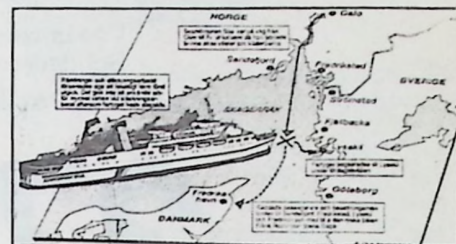
Tod unter Billigflagge

Die Skandinavier verstehen es, nicht nur gut zu arbeiten, sondern auch sich gut zu erholen. Auch der Freitagabend des 6. April, als sich Hunderte Norweger von Oslo nach Dänemark begeben wollten, um das Wochenende an Bord der „Scandinavian Star“ zu verbringen, Seeluft zu atmen, in der Disko zu tanzen, ihr Glück im Casino zu versuchen und natürlich den billigen Alkohol auf hoher See zu konsumieren, war da keine Ausnahme. Alles lief wie gewohnt, doch als auf dem Schiff endlich die nächtliche Stille Einzug gehalten hatte, brach plötzlich ein Brand aus. Ein Brandherd, dann ein zweiter, ein dritter...

Man versuchte, die Flammen zu löschen, doch sie breiteten sich schnell aus, und um 2.27 Uhr funkte der Kapitän auf dem normalen (!) Kanal, daß die Passagiere in die Rettungsboote gehen. SOS auf Sonderfrequenzen wurde nicht gesendet, und falsche Koordinaten des Schiffes wurden durchgegeben. Deshalb begannen nicht Hubschrauber des schwedischen Küstenschutzes die Fähre, die sich bereits in schwedischen Hoheitsgewässern des Skagerrak befand, zu suchen, sondern ein Torpedoboot der norwegischen Marine. Übrigens sollte dieser Fehler kaum Folgen haben – das gute Wetter, die eingespielte Arbeit der Rettungsdienste und die intensive Schifffahrt in diesen Gewässern ließen schnell Dutzende von Schiffen und Hubschraubern der „Scandinavian Star“ zu Hilfe zu eilen. Als sie, darunter ein sowjetischer Frachter, an die Rettung der Schiffbrüchigen gingen, wurden noch schwerere Fehler der Besatzung und der Reederei besitzend deutlich.

Es stellte sich heraus, daß das Schiff, das schon vier Tage zuvor (!) für den Einsatz auf der Linie Oslo – Frederikshavn eingetroffen war, die Kontrolle weder der norwegischen noch der dänischen Schiffsinspektion durchlaufen hatte. Das Schiff war aufgrund eines Papiers von den Bahamas, wo das Schiff, das der dänischen „DaNo-Linien“ gehört, aus steuerlichen Gründen registriert ist, für den Passagierverkehr zugelassen. Nur wenige Tage vor der Katastrophe war das Schiff von einer anderen Firma übernommen worden, und zuvor hatte es diverse Male seinen Namen geändert, war weiterverkauft worden. So sollte es mit Hilfe der Billigflagge der Kontrolle durch u. a. Steuer-, Schiffs- und Gewerkschaftsaufsicht in den Ländern Amerikas und Europas entzogen werden, wo die 1971 in Frankreich gebaute Fähre kursierte.

Die Folgen solchen Handelns wurden deutlich: Der Besatzung gelang es nicht,



Der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet“ entnahmen wir die Fahrtroute der Unglücksfähre

das Feuer unter Kontrolle zu bringen, ja sie brachte es nicht einmal fertig, das Brandwarnsystem für die Passagiere einzuschalten. Kein Wunder: Die von einem Hongkonger Vermittler angeheuerte, bunt zusammengewürfelte Besatzung (vor allem Portugiesen und Filipinos) hatte sich in den wenigen Tagen an Bord des großen Liners noch nicht richtig eingearbeitet, ja nicht einmal einen Probefeueralarm durchgeführt. Obwohl die meisten Reisenden Norweger waren, sprach von der Besatzung (abgesehen vom Kapitän und einigen Offizieren) nur ein... vietnamesischer Oberkellner Norwegisch. Die Neulinge wußten im Grunde gar nicht, wer ihr Arbeitgeber ist, von Tarifverträgen war überhaupt nicht die Rede gewesen. Die Schiffseigner konnten nicht einmal die genaue Zahl ihrer Mitarbeiter – 91? 94?

...Aus der in den schwedischen Hafen von Lysekil abgeschleppten ausgebrannten Fähre wurden vor meinen Augen an die 100 Tote geborgen. Manche waren nicht mehr zu identifizieren... Es heißt, über 150 Menschen seien umgekommen, doch die genauen Zahlen werden noch auf sich warten lassen: Auf dem Fährterminal in Oslo und im Büro der Reederei wurde die Passagierliste nicht entdeckt – merkwürdigerweise streifte der Computer...

Die Polizei von drei Ländern – den Norwegern und den Dänen schlossen sich die Schweden an – wird klären müssen, warum Vorschriften so massiv und so oft verletzt wurden, warum die Stahlschotten die Flammen nicht stoppten, warum... Die scharfe Kritik an den Schiffseignern wird offenbar zur Bestrafung der unmittelbar Schuldigen führen. Doch nicht weniger wichtig ist es zu klären, ob der Brand und seine Folgen nur das Ergebnis von Fehlern beim Schiffsbetrieb waren oder ob, wie viele meinen, Brandstiftung der eigentliche Grund der Tragödie war...

Alexander Poljuchow

NZ-Korrespondent
LYSEKIL – STOCKHOLM

Safari

UND MIRAGEN DER ZUSAMMENARBEIT

Von unserer
Sonderkorrespondentin
Galina Sidorowa

37

„Wir kommen zu spät“, meinten meine Gesprächspartner aus dem Außenministerium der UdSSR betrübt. Nein, unsere Maschine landete an den Bestimmungszielen in Afrika genau zur festgesetzten Zeit. Wir kommen zu spät nach Afrika, was die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu den meisten seiner Staaten angeht. Wir kommen zu spät gerade in jene Länder, denen wir jahrelang halfen: mit Waffen, politischen Ratschlägen und materiellen Ressourcen. Können wir noch die Zeit einholen?“

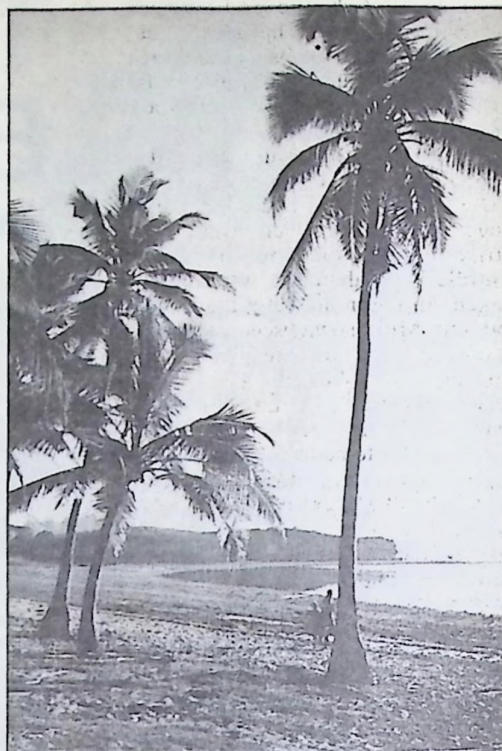
Stunden in der Luft, ein Kaleidoskop von Ländern, Spitzenpolitikern, unglaublichen Landschaften der Wüste, der Savanne und der wundersamen Wälder. Aus all dem trat das Antlitz jenes Afrikas hervor, das die UdSSR erst vor

kurzem mehr oder weniger ihren eigenen ideologischen Dogmen anzupassen versuchte. Bei dieser ungewöhnlichen Safari hatte ich die einzigartige Möglichkeit festzustellen: Je genauer ein Land unseren Dogmen folgte, desto trauriger war das Bild, das sich uns bot.

Bei seinem ersten Afrika-Besuch weilte der sowjetische Außenminister und das Mitglied des Präsidiumsrates in Angola, Sambia, Namibia, Simbabwe, Mocambique, Tansania und Nigeria. Von allen zahlreichen und komplizierten regionalen, politischen und wirtschaftlichen Problemen, die während des Aufenthalts Eduard Schewardnadses südlich der Sahara zur Sprache kamen, interessierte mich besonders die Wirksamkeit der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit diesen Staaten.

Erst vor kurzem brauchte sich ein führender Staatsmann zum Marxismus-Leninismus zu bekennen, und schon ergoß sich über ihn der Segen aus der Hand Moskaus. Im laufenden Jahr belief sich die Wirtschaftshilfe der UdSSR für andere Länder auf 12 Md. Rubel, was 1,4% des Bruttonationalprodukts ausmacht. Diese Kennziffer ist bedingt wie alle unsere Preise, läßt jedoch das Verhältnis zwischen der Wirtschaftshilfe und dem Bruttonationalprodukt bei uns und anderen Ländern vergleichen: In der Sowjetunion ist dieses Verhältnis dreimal so hoch wie in der BRD, 3,5mal so hoch wie in Großbritannien und fast sechsmal so hoch wie in den USA.

Die Sowjetunion schuf ein bestimmtes Schema der Beziehungen zu den Entwicklungsländern und brachte es ihnen in gewissem Sinne bei, unsere Schuldner zu sein. Was soll jetzt erfolgen: Sollen wir auf unsere Beziehungen zur Dritten Welt verzichten und uns auf unsere eigenen Probleme konzentrieren? Die Schulden erlassen? Ihre Tilgung verlangen? Wie sind die Beziehungen zu den – in diesem Fall afrikanischen – Entwicklungsländern umzugestalten, damit sie für beide Seiten von Vorteil sind? Wie sind die Partner von der gegenseitigen Notwendigkeit einer solchen Reform zu überzeugen? Es gibt keine eindeutige Antwort auf diese Fragen. Auch der sowjetische Außenminister hatte diese Antwort nicht. Er reiste nach Afrika, um optimale Lösungen zu finden.



Devisenfreie Zinsen

Vor der Abreise versuchte ich zu klären, woraus sich die veröffentlichten Angaben über die Schulden dieses oder jenes Afrikalandes gegenüber der UdSSR zusammensetzen. Wie sich später erwies, deckten sie sich nicht überall mit Zahlen, die an Ort und Stelle erhalten wurden. In Moskau konnte ich nur erfahren, daß dies in den meisten Fällen Schulden für militärische oder, wie wir sie schamhaft nennen, spezielle Lieferungen sind.

Nach Angaben aus westlichen Quellen (andere liegen immer noch nicht vor) entfallen auf die Sowjetunion 32% der militärischen Lieferungen an die Länder der Dritten Welt, der sowjetische Waffenexport macht 28% des weltweiten aus (gegenüber unserem Anteil am weltweiten Export von 5%). In den 80er Jahren exportierte die UdSSR im Schnitt 25% ihrer jährlichen Rüstungsproduktion. Man muß natürlich in Betracht ziehen, daß die Exportpreise für Waffen weit über den Inlandspreisen liegen und daß ein Teil der exportierten Waffen veralteten Musters sind, die man sowieso hätte abschreiben und vernichten müssen. Dennoch nehmen die Schulden verschiedener Staaten für Waffenlieferungen in letzter Zeit zu, und der Lieblingssatz unserer Militärs „Wir geben dem Land Devisen“ löst immer mehr Zweifel aus. Ich versuchte, mir darüber Klarheit zu verschaffen, wer und wie verantwortungsvolle Beschlüsse faßt, was und an wen zu verkaufen sei, aber das war ein Sich-im-Kreis-drehen. Die eine verantwortungsbewußte Telefonstimme schickte mich an eine andere. Genannt wurde bald die Haupt-Ingenieurverwaltung des inzwischen aufgelösten Staatlichen Komitees für Wirtschaftsbeziehungen, bald das Verteidigungsministerium oder „die höchste politische Führung“, bald

schließlich die entsprechende Abteilung des vor kurzem eingesetzten Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen. Nur Armeegeneral Schabanow, stellvertretender Verteidigungsminister, drückte sich militärisch kurz aus: Sein Amt „treibe keinen Handel, es liefert nur Experten-schätzungen“.

An Ort und Stelle war alles greifbarer, besonders in Angola.

Die Hauptstadt eines der größten Empfänger der sowjetischen Militärhilfe in Afrika empfing uns mit der feuchten Schwüle des nahen Ozeans, zahlreichen jungen Männern in gefleckter Uniform und mit MPis sowjetischer Provenienz, leeren Auslagen und dem Fehlen des Wassers im Hotel. Ausfall von Strom- und Wasserversorgung ist für die Einwohner von Luanda eine gewohnte Angelegenheit, beide Systeme wurden noch von Portugiesen gebaut und müssen heute entweder regelmäßig überholt oder ausgewechselt werden. Hinzu kommen nicht seltene Diversionen von UNITA-Truppen.

Jeden Freitag werden Lebensmittel auf Marken verteilt. Bekommt jemand Besuch, etwa Verwandte aus einem ausgehungerten Dorf, so geht man auf den Markt und tauscht die erhaltenen Nahrungsmittel (hauptsächlich importierte Konserven) gegen Dinge, die für die Angolaner gewohnter sind und für mehr Menschen reichen. Die Hilfe, die ins Land kommt, wird nicht selten einfach geklaut. Die Bindungen zwischen Stadt und Land sowie zwischen einzelnen Gebieten sind zerrissen, was das Schieberunwesen begünstigt. Auf dem Markt kann man alles kaufen, von MPi bis Zahnbürste.

Die Mercedes der führenden Politiker und einige Luxushotels, die von westlichen Firmen gebaut wurden und jetzt leer stehen, weil Touristen nicht kommen, bilden einen traurigen Kontrast zu der Stadt, die auf der Hut liegt, in der aber trotz allem der einstige Liebreiz einer Perle des Südatlantik nicht zu verkennen ist. Woh-

nungen werden faktisch nicht gebaut. Die Menschen errichten sich Lehmhütten, die gleich beim ersten Regen auseinanderfließen.

Man erklärt hier alle Schwierigkeiten mit dem Krieg. Am meisten frappte mich die Gleichgültigkeit, mit der viele Angolaner diese Schwierigkeiten hinnehmen. Auf den Krieg führt man auch die Notwendigkeit der sowjetischen Waffenlieferungen und der Kreditstundung zurück.

Angolas Regierung sucht nach Wegen zu Verhandlungen mit der bewaffneten oppositionellen UNITA-Gruppe, um die langjährige Krise zu überwinden. Die Regelung in Namibia, die Veränderungen im Süden Afrikas und der Abzug der kubanischen Truppen aus Angola begünstigen eine nationale Aussöhnung. Die Situation bleibt jedoch schwierig, zumal beide Seiten sich ihre Zukunft unterschiedlich vorstellen: Die MPLA will die einzige Partei bleiben und arbeitet entsprechend darauf hin, daß die UNITA aufgelöst werde und man in einigen Jahren im Lande alternative Wahlen abhalten könne. Die UNITA dagegen und ihr Vorsitzender Jonas Savimbi gedenken, mit der herrschenden MPLA in einem gleichberechtigten Wahlkampf zu rivalisieren.

In der Situation, die sich verändert, muß die Frage der sowjetischen Waffenlieferungen nach Angola umgedacht werden. Die Verbindlichkeiten aus diesen Lieferungen bilden den Großteil der 4-Md.-Schuld der angolanischen Regierung (gerechnet in Valutarubeln) bei der UdSSR. Das eine Militärabkommen zieht ein anderes nach sich: Hat man Flugzeuge geliefert, brauchen die Flugzeuge Bomben... Angola erhält Munition aus Bulgarien, die Nachrichtenmittel jedoch aus Frankreich und Großbritannien; die sind teurer, dafür zuverlässiger.

Nach verschiedenen Schätzungen sind gegenwärtig in Angola 600 bis 1000 sowjetische Militärberater und technische Spe-

zialisten eingesetzt. Sie nehmen an Kampfoperationen nicht teil, ihre Zahl geht zurück. Die Angolaner wollen jedoch nicht, daß sie ganz aus dem Land gehen, vor allem nicht die technischen Kräfte, weil die angolanische Armee hauptsächlich mit sowjetischen Waffen ausgerüstet ist.

„Wozu brauchen sie unsere MiGs?“

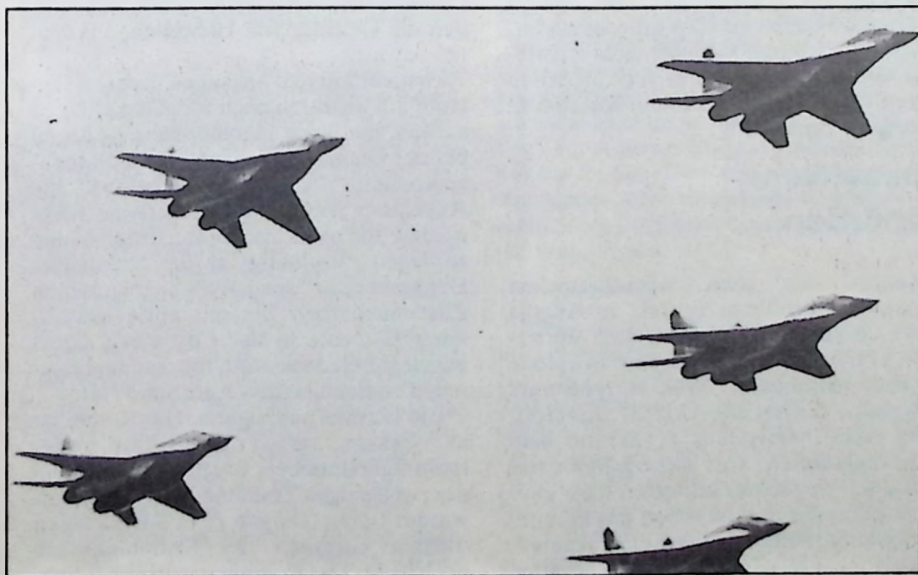
Die UdSSR liefert Waffen auch an Länder, die, wie man meinen sollte, längst keinen Krieg mehr führen. Eine kleine Anzahl unserer Militärfachleute bleibt vorläufig dort. Vor kurzem besuchte eine sowjetische Militärdelegation Tansania. Von den 310 Mio Valutarubeln – so hoch sind Tansanias Schulden bei der UdSSR – entfallen nur 10% auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ich fragte Eduard Schewardnadse, ob bei seinen Gesprächen mit afrikanischen Spitzenpolitikern die Rede davon war, angesichts der steigenden Schulden die Militärlieferungen einzuschränken.

E. Schewardnadse. Man möchte die Politik natürlich nicht auf militärischer Zusammenarbeit aufbauen. Dennoch sollte man jetzt wahrscheinlich noch nicht an ihre sofortige Einschränkung denken. Wir müssen mit unseren Partnern einen Dialog über die defensive Hinlänglichkeit führen. Wieviel Rüstung braucht jedes Land? Wenn wir davon sprechen, hören sie doch auf uns. Auch sie verstehen, daß man nicht ewig Krieg führen kann. Kein einziger Staat ist dem gewachsen. Angola hat 20 Md. Dollar, Mocambique 16 Md. Dollar für den Krieg ausgegeben. Gegenwärtig wird in der ganzen süd-afrikanischen Region die Kriegsbedrohung beseitigt, die RSA demokratisiert sich, die natürliche Kriegsgefahr wird gemindert. Es wäre jedoch unfair, jede Zusammenarbeit im militärischen Bereich über Nacht aufzugeben. Alle Technik veraltet, neue Lieferungen tun not. In welchen Ausmaßen? Das muß beim Dialog entschieden werden. Schon zeichnen sich die Möglichkeiten der Rückzahlung einiger Schulden ab. Neue Formen der Zusammenarbeit, die auch den Militärs passend erscheinen, entstehen.

NZ. Manchmal hört man die Meinung, so schlecht sei es nicht, Waffen gegen harte Währung zu verkaufen. Nehmen wir an, daß man uns für unsere Waffen zahlen wird. Was wäre in letzter Instanz vorteilhafter: Valuta heute oder eine Instabilität, die die Waffenlieferungen an Spannungsherde unabhängig von unseren Absichten reproduzieren?

E. Sch. Man muß jetzt vieles überprüfen. Alle militärischen Lieferungen kontrollieren und sehen, welches Land wieviel verkauft, wie man es mit dem Waffenhandel im allgemeinen halten muß. Wir haben diese Frage in der UNO gestellt; sie wird diskutiert. Vorläufig aber sehen wir uns



Mit MiGs nach Afrika?

Foto aus der Broschüre „Sowjetische Militärmacht“ (U.S.A.)

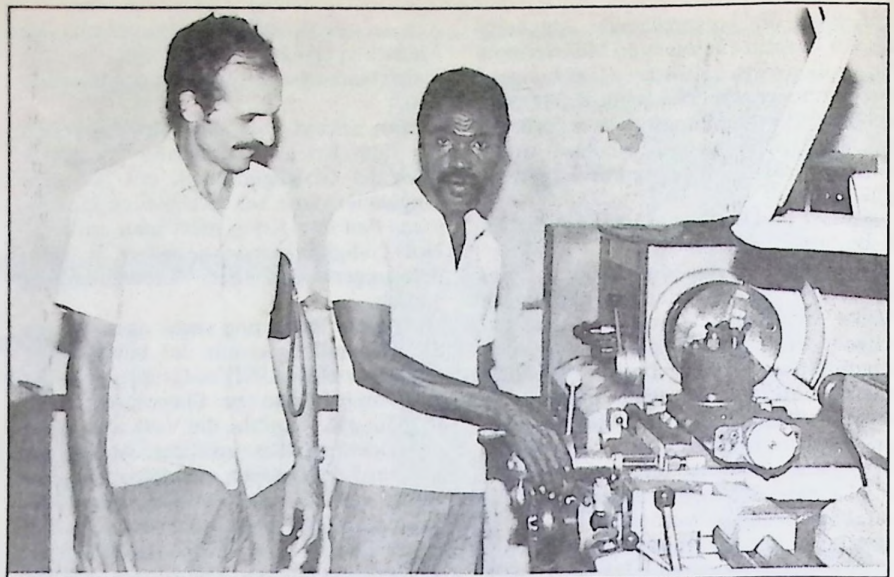
der Tatsache gegenüber, daß der Waffenhandel weitergeht und daß wir daran teilnehmen.

NZ. Wird dieses Problem bei den sowjetisch-amerikanischen Treffen berührt, seit die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Fragen einer Einschränkung des Waffenhandels amerikanischerseits Ende der 70er Jahre abgebrochen wurden?

E. Sch. Doch. Wir und die Amerikaner haben die volle gegenseitige Verständigung darüber, was die Einschränkung der Übergabe der Raketenbautechnologie und der Technologie einiger anderer Waffen anbelangt. Leider gibt es noch den Markt konventioneller Rüstung. Die Ausmaße dieses Handels und der Waffenbedarf werden, wie ich glaube, nach Maßgabe dessen, wie Konfliktherde beseitigt werden, zurückgehen. Dazu trägt auch der sich abzeichnende Übergang von der Zusammenarbeit zum Zusammenwirken in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bei...

Mir fiel da jedoch auch folgendes ein. Die namibische Regelung, ein Beispiel des internationalen Zusammenwirkens und guten Willens verschiedener Staaten, kostete die Weltgemeinschaft 400 Mio Dollar. Objektiv trug auch die sowjetische Militärhilfe an die „Frontstaaten“ dazu bei, daß Namibia seine Unabhängigkeit erlangte. Dennoch läßt mir die Frage keine Ruhe: Wäre es politisch und wirtschaftlich nicht rationeller, gemeinsam mit den Amerikanern schon heute die Lieferungen nach Angola einzuschränken? Bis 1988 wurde Angola real durch die RSA bedroht und war Invasionen ausgesetzt. Damals hatten die sowjetische Waffenhilfe und die Präsenz unserer Militärberater eine Begründung: Wir halfen der legitimen Regierung eines befreundeten Landes, die Aggression abzuwehren. Heute aber? Meines Erachtens gleicht die Situation in Angola zunehmend dem Kampf zwischen den Führern von zwei politischen Gruppierungen, in dem die Interessen des Volkes in den Hintergrund treten. Eine Situation entsteht, in der sowohl die UdSSR als auch die USA in einen innerangolanischen Konflikt einbezogen sind und sich in der Lage von Menschen sehen, die direkt oder indirekt an einem Bruderkrieg teilnehmen. Übrigens ist es bis heute nicht ganz einfach, den sowjetischen Militärberatern in Angola ihre Reisen ins Gebiet der Kampfhandlungen auszuweisen. Sie wenden etwa ein, die Leute, die sie berieten, begäben sich an die Hauptkampflinie, und der betreffende Berater müsse mit, sonst fühle er sich als Feigling.

Ein Bekannter von mir, ein Diplomat in Moskau, fragte rhetorisch, wozu das kleine afrikanische Land X MiG-29-Maschinen brauche. Nun, wohl dazu, wozu etwa Großbritannien sein unabhängiges nukleares Eindämmungspotential braucht. Viele Spitzenpolitiker verbinden das Prestige ihres Staates, gleich, ob er groß oder klein ist, immer noch mit Kriegs-



Symbole der Zusammenarbeit: Bis vor kurzem verbarg sich dahinter der wirkliche „Effekt“ der sowjetischen Wirtschaftspolitik in Afrika

Foto: TASS

technikbesitz und haben von der Idee der defensiven Hinlänglichkeit eine sehr vage Vorstellung. Mitte der 80er Jahre verausgabten die Länder südlich der Sahara 10% ihrer Haushaltseinnahmen für militärische Zwecke. Nicht nur die komplizierte militärpolitische Situation in diesem Teil des Kontinents war dafür verantwortlich.

Ebendeshalb müssen meiner Meinung nach die größten Lieferstaaten die Initiative zur Einschränkung des Rüstungsmarkts ergreifen. Zudem sind die Wege der Waffen unergründlich. Immer häufiger geraten sie in die Hände von Kräften, gegen die sie bestimmt waren, oder in die Hände von Terroristen.

Früher war der Rüstungsexport ein Bestandteil unserer durch die Konfrontation geprägten Weltsicht. Heute kontrastiert sie zunehmend mit den konkreten Schritten der UdSSR zur Beseitigung des Faktors Gewalt aus der Politik. Selbst kommerzielle Vorteile aus dem Absatz veralteter Waffen zu Exportpreisen können, denke ich, die Verluste nicht aufwiegen, die wir wegen der in verschiedenen Teilen der Welt andauernden Instabilität hinnehmen müssen.

Unsachliche Behörden...

Kehren wir zum wirtschaftlichen Aspekt des Problems zurück. In Angola hörte ich von einem sowjetischen Vertreter: „Die haben uns durch ihre Schulden an sich gebunden.“ Was ist gemeint? Einerseits verliert die UdSSR die Hoffnung nicht, wenigstens etwas von dem zurückzuerhalten, was diese Länder uns schulden. Wegen der schweren Lage einiger unserer Partner ist schon das kompliziert genug. Andererseits gibt es Staaten, von denen wir sehr wohl etwas erhalten können. Freilich muß man nachdenken,

wie man das praktisch und sachlich anpackt.

Hier die Meinung Eduard Schewardnadses: „Man muß die Wissenschaft der wirtschaftlichen Zusammenarbeit studieren. Bei uns herrschen noch alte Methoden vor. Das betrifft hochgradig unsere Botschaften und sonstigen Vertretungen.“

Das kriegszerstörte, aber an Naturressourcen außerordentlich reiche Angola zeigt mehr Klugheit als sein „großer Bruder“. Der wichtigste Handelspartner Angolas sind die USA, die einzige westliche Großmacht, die keine diplomatischen Beziehungen zu ihm unterhält. Man könnte beinahe sagen, sein größter „politischer Gegner“. Die USA kaufen 75% des angolanischen Erdöls, und die Republik bezieht 90% ihres Devisenerlöses gerade aus diesem Export. Amerikanische Firmen gewinnen den größeren Teil des Erdöls in Angola auf den Ölfeldern von Cabinda. Bis in die letzte Zeit hinein wurden die Ölfelder von kubanischen Soldaten bewacht.

Erst vor kurzem begannen unsere Fachleute aus Jakutien nach Möglichkeiten zu suchen, mit ihren angolanischen Kollegen bei der Diamantengewinnung zusammenzuarbeiten. Außerdem scheinen die Angolaner Wert auf die sowjetische Technologie für nicht erschöpfte Erdölsonden zu legen. Vorläufig ist das sichtbarste Denkmal der sowjetisch-angolanischen Zusammenarbeit die mit Hilfe sowjetischer Bauleute in der City von Luanda angelegte Gedenkstätte für den angolanischen Nationalhelden Agostinho Neto.

Ein Beispiel aus Nigeria. Das Kombinat in Ajaokuta, das bei den heutigen sowjetisch-nigerianischen Gesprächen Symbol der zweiseitigen Zusammenarbeit genannt wurde. In der Tat gab es in Afrika einen solchen Giganten der Hüttenindustrie noch nicht. Das Kombinat wird seit 10 Jahren gebaut. Heute arbeiten in Ajaokuta

beinahe 2500 sowjetische Fachleute. Der weitaus größere Teil der Schulden Nigerias bei der UdSSR, die sich, wie ich in Lagos erfahren konnte, auf 200 Mio Valutarubel belaufen, entfällt auf das Bauvorhaben von Ajaokuta. Zudem wird der Stahl in diesem Kombinat aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gerade billig sein, und schon bald wird man sich der Frage gegenübersehen, wer ihn kaufen werde.

Sambia und Simbabwe verfügen über einzigartige Möglichkeiten für die Zusammenarbeit, die der sowjetische Außenminister „ein noch brachliegendes Feld“ nannte. Simbabwe hat in den 10 Jahren seiner Unabhängigkeit die sehr hohe Kultur der Agrarproduktion erhalten und gefestigt. Mehrere Tausend Farmer decken faktisch seinen ganzen Lebensmittelbedarf. Deshalb war es kein Zufall, daß Schewardnades Amskollege Shamuyarira unterwegs aus Kadoma nach Harare, wo der sowjetische Minister von Simbawwes Präsident Mugabe empfangen worden war, vorschlug, eine Farm in der Nähe zu besuchen: hohe Maishektarerträge, rassige Kühe, rationelle Arbeitsorganisation und gute Einkünfte.

Da mußte ich an Tansania und an die mit sowjetischer Hilfe und mit der nötigen Technik versorgten mustergültigen Staatsgüter denken: zwei altersschwache Agrargiganten, deren Produktivität niedriger ist als in den nahen Kleinbetrieben.

Gerade die tansanischen Eindrücke stimmten mich jedoch optimistischer.

...und tüchtige Geschäftsleute

Wladimir Klimow, der sowjetische Direktor des Gemeinschaftsunternehmens Tanmot Trucking, sagt mir nüchtern: „Man muß nach Afrika mit einem Geschäftsplan, einem kommerziellen Vorhaben kommen.“ Er versucht immer wieder, seinen Wagen aus einem der unzähligen Löchern, aus denen die tansanischen Straßen bestehen, hinauszumanövrieren. „Wohltätigkeit wirkt sowohl auf sie als auch auf uns demoralisierend.“

Der sowjetische Betrieb Mosawtotrans und ein tansanischer Geschäftsmann haben ein Joint Venture gegründet. Die tansanische Seite brachte ihr Kapital in der Landeswährung bei. Die sowjetische Seite lieferte Garageneinrichtungen. Die Tanmot hat inzwischen die ersten 25 sowjetische MAS-Lastkraftwagen auf Kredit (gegen Valuta) erworben. Entgegen vielen pessimistischen Prognosen funktioniert die Tanmot. Sie befördert Frachten vom Hafen von Daressalam in Länder, die keinen Zutritt zum Indischen Ozean haben: nach Malawi, Sambia, Zaire, Burundi, Uganda. Die Firma besteht seit Monaten, und die ersten Valutabeträge zur Tilgung des Kredits werden schon auf ihr Konto überwiesen.

Welche Probleme hat die Tanmot? Klimow verweist auf den für die Tansanier typischen Bürokratismus bei der Ausfertigung von Dokumenten für die Frachten und auf die schlechten Straßen, von denen in

der Regenzeit eigentlich nur eine übrig bleibt. Wir wissen, daß ein Sowjetbürger sich aus solchen Schwierigkeiten nichts macht. Außerdem sagt er, er habe zum erstenmal gefühlt, was Konkurrenz sei. Selbstverständlich sind die MAS-Lastautos in Tansania nicht so populär wie die dort üblichen Mercedes-Großlaster. Wichtig ist jedoch, daß man von den sowjetischen Lkws überhaupt etwas erfahren hat.

Klimow hofft, schon in einem oder zwei Jahren Gewinn zu erzielen, und denkt an die Zukunft; gegenwärtig verhandelt seine Firma mit der Baltischen Hochseereederei und den Autowerken Belawto-MAS über die Gründung eines neuen Betriebs, was die Transportrouten bedeutend verlängern wird. In der Tanmot gehört der sowjetischen Seite ein bescheidenes Drittel des Kapitals, für die künftige Firma ist das Fifty-Fifty-Verhältnis vorgesehen.

„In Tansania werden demnächst Investitionsgesetze verabschiedet“, erzählte mir der sowjetische Direktor noch. „Am wichtigsten ist, erst einmal Zutritt zu ihrem Markt zu bekommen und in Prioritätszweigen zu investieren.“

Nach Meinung von Fachleuten kann Tansania ihre Produktion nur erweitern, wenn das Land Transportmöglichkeiten und einen Beförderungsweg für seine Frachten haben wird. Anders ausgedrückt fördert die Finanzierung der Infrastruktur die Erweiterung der Produktion, und sowjetische Geschäftsleute werden sich Zutritt zu dem heute zwischen einheimischen und westlichen Firmen aufgeteilten tansanischen Tee- und Kaffeemarkt verschaffen sowie die Märkte anderer für den sowjetischen Verbraucher interessanter Waren erschließen.

„Eine Methode, die Schulden hereinzubekommen, besteht darin“, sagte mir Eduard Schewardnadse nach meinem Gespräch mit Wladimir Klimow, „in Landeswährung in einem aussichtsreichen Vorhaben zu investieren, damit die Schulden allmählich abgetragen werden. Das ist eine Antwort auf die Frage, ob wir mit Entwicklungsländern zusammenarbeiten sollen oder nicht. Wir verlieren viel davon, daß wir nicht zu arbeiten wissen. Sobald jedoch unternehmungslustige und lebhaft interessierte Menschen kommen, findet sich in der Regel auch ein Ausweg. Es geht schließlich nicht nur um die Schulden. Es geht darum, heute wenigstens nicht zu spät zu kommen und endlich eine effektive Zusammenarbeit in die Wege zu leiten.“

* * *

Viele afrikanische Staatsmänner erinnern sich dankbar daran, daß unsere Hilfe für die Entwicklungswelt oft zur rechten Zeit kam. Ich glaube aber, daß wir mit derselben Hilfe bei vielen Staaten die Verbrauchermentalität in bezug auf Unabhängigkeit und Freiheit gefördert und so großen Schaden angerichtet haben. Wie war die Wirtschaft effektiv und leistungsfähig zu organisieren? Da wir diese Aufgabe bei uns nicht lösten, konnten wir sie natürlich auch nicht in anderen Ländern bewältigen.

Die Reformen in der sowjetischen Wirtschaft und Politik lassen die Entwicklungsländer uns mit neuen Augen sehen. Sie zeigen Interesse, zugleich die Befürchtung, daß wir uns von ihnen abwenden, und die Hoffnung, daß die Zusammenarbeit als Folge der sowjetischen Reformen wirksamer sein könnte.

Ich hatte ein aufschlußreiches Gespräch mit Abubakar Alhaji, Staatsminister für Finanzen und Wirtschaftsplanung Nigerias.

Alhaji. Davon, was in der Sowjetunion vor sich geht, hängt sehr vieles in der Welt ab, auch in Afrika.

NZ. Im Obersten Sowjet der UdSSR wird immer wieder gefordert, das Geld nicht für die Hilfe an andere Länder, für andere Aufgaben in der Welt zweckentfremdet zu verausgaben, uns vielmehr mit unseren inneren Problemen zu befassen. Macht Sie das unruhig?

Alhaji. Oft höre ich von Nigerianern, wir hätten Burkina-Fasso und den Kapverden nicht mit Nahrungsmitteln und Kraftfahrzeugen helfen sollen, weil wir doch selbst an diesen Problemen laborieren. Aber ein Politiker muß sich darauf verstehen, einen größeren Überblick zu haben und mehr Weitsicht zu zeigen. Außerdem darf er nicht vergessen, daß die Sicherheit des eigenen Landes von der Sicherheit der Nachbarn abhängt...

Die Frage nach Schulden, nach Militär- und Wirtschaftshilfe bildet einen Bestandteil auch unserer Beziehungen zur Außenwelt, darunter zu jenem Teil dieser Welt, der heute die überwiegende Mehrheit der Menschheit ausmacht. Was soll die UdSSR unternehmen? Sich in ihre Schwierigkeiten hineinknien oder die Welt doch ebenfalls sehen?

Meiner Meinung nach wäre die goldene Mitte der einzige Ausweg, man muß unsere äußeren und inneren Verpflichtungen so miteinander verbinden, daß sie allen Beteiligten Nutzen bringen. Der Oberste Sowjet könnte hier eine entscheidende Rolle spielen, wenn er die Hilfsprogramme kritisch analysiert und sich das Recht erkämpft, sie später nicht bloß im allgemeinen, sondern in allen Einzelheiten zu bestätigen – was die Mitglieder des US-Kongresses längst tun.

Vor unserer Ankunft in Tansania hatten die Amerikaner diesem Land 80 Mio Dollar Schulden erlassen. Eine Geste, die einer Großmacht würdig ist. Die Sowjetunion darf sich heute nur dann eine so großzügige Geste erlauben, wenn sie das mit dem Sinn fürs Geschäftliche verbindet. Davon sprachen auch beredt die Miragen der Zusammenarbeit, die uns inmitten der grüngelben Hügel Afrikas verfolgten.

LUANDA – LUSAKA –
WINDHOEK – HARARE –
MAPUTU – DARESSALAM –
LAGOS – MOSKAU

Einfache Antworten auf komplizierte Fragen

Bevor der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter des Staates Palästina in der Sowjetunion, **Nabil Amr**, dem Korrespondenten der „Neuen Zeit“, **Dmitri Sgerski**, dieses Interview gab, sagte er: „Ich ziehe unbequeme Fragen vor. Ich bin bereit, sie auf der Stelle zu beantworten.“

Ich glaube, daß friedliche Verhandlungen zwischen der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Israelis für eine gerechte Lösung des Palästina-Problems unumgänglich sind. In der arabischen Welt ist die Losung „Zionisten raus aus den besetzten Gebieten!“ sehr populär. Wird daher auch die Palästinensische Befreiungsorganisation von Israel den unverzüglichen Rückzug aus allen besetzten Gebieten verlangen, oder wird sie einer Übergangsperiode zustimmen?

Da die Lage in den besetzten Gebieten sehr ernst ist, sollten die Friedensverhandlungen zwischen den Führungen der PLO und Israels so schnell wie möglich beginnen. Der palästinensisch-israelische Dialog wäre dann der Auftakt zu Verhandlungen über eine umfassende Regelung des arabisch-israelischen Konflikts. Wir halten eine internationale Konferenz für die geeignetste Verhandlungsform. An ihr sollten alle arabischen Länder, die israelische Seite und die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen teilnehmen.

Wir fordern keineswegs die unverzügliche Realisierung aller unserer Ziele, Rechte und Hoffnungen. Wir haben ein vollständiges Szenarium zur Lösung des Problems ausgearbeitet und vorgelegt. Warum kann es nicht so gelöst werden wie in Namibia? Warum sollte man nicht unter Mitwirkung der Vereinten Nationen, die auch die Garantien einer solchen Regelung gewährleisten würde, das gleiche erreichen können?

107 Staaten haben den Staat Palästina anerkannt. Warum hat das palästinensische Volk also nicht die Möglichkeit, sein Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen

und einen eigenen Staat im Westjordanland und im Gazastreifen zu gründen?

Unsere Devise ist: Zwei Völker, zwei Staaten und normale friedliche Beziehungen zwischen ihnen bei gleichen Rechten und Pflichten.

Soviel ich weiß, will die palästinensische Organisation „Saiqa“ die Existenz Israels auf gar keinen Fall erkennen. Auch andere palästinensische Organisationen streben die Vernichtung Israels an. Nach der Gründung des Staates Palästina in den heute besetzten Gebieten würden auch diese Organisationen zurückkehren und könnten gegen den Nachbarn Krieg beginnen. Welchen Ausweg sehen Sie aus dieser Situation? Denn für die zionistischen Falken liegt die Lösung des Problems in der Eroberung und endgültigen Annexion des arabischen Palästina.

Eine unumstößliche Wahrheit ist: Der einzige rechtmäßige Vertreter der Palästinenser ist die PLO. Daher darf man die Position unserer Organisation nicht vom Standpunkt einzelner kleiner Schichten oder Gesellschaftsgruppen betrachten. Das palästinensische Volk zählt ungefähr 5 Millionen Menschen. Es ist über die ganze Welt verstreut, darunter auch über die arabischen Länder. In dieser Situation können Gruppen entstehen, die extremistische Positionen vertreten. Wenn man aber den Fall Palästina realistisch und praktisch betrachtet, so muß man erkennen, daß die PLO tatsächlich dieses Volk repräsentiert. Sie ist die stärkste Organisation, hat die größte Autorität, ist berechtigt, im Namen der Palästinenser aufzutreten, Vereinbarungen zu unterzeichnen und ihre Einhaltung zu überwachen.

Ich glaube nicht, daß einzelne Organisationen und Gruppen, die sich irgendwo in anderen arabischen Ländern oder wo auch immer gebildet haben, in der Lage sind,

unsere friedlichen Bestrebungen umzukehren, die nur von der Unentschlossenheit oder der starren Haltung Israels behindert werden.

Droht aber dem Staat Palästina auf seinem Gebiet nicht eine andere Gefahr, nämlich der Einfall islamischer Fundamentalisten? Unter den Jugendlichen in den besetzten Gebieten, die ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen, genießen sie nach der PLO die meiste Popularität, im Gazastreifen aber nehmen sie beinahe schon den ersten Platz ein. Ich denke, daß die in Palästina eingedrungenen Gruppen der „Hezbollah“ unter ihnen einen günstigen Nährboden finden für die gewaltsame Durchsetzung ihrer Doktrinen. Wie stellt sich für Sie die Lösung solcher Probleme dar?

Ich denke, die Tätigkeit und der Einfluß islamischer Fundamentalisten in Palästina werden übertrieben. Außerdem scheint mir, daß hier ein Mißverständnis über die Art der Beziehungen zwischen den fundamentalistischen Organisationen und der PLO existiert. Haben Sie doch die Frage so gestellt, daß so etwas wie ein Widerstreit zwischen der PLO und diesen islamischen Bewegungen dabei herauskommt. Im Kampf gegen die andauernde Okkupation und für die Gründung eines eigenen unabhängigen Staates existieren zugleich die verschiedensten patriotischen Gruppierungen.

Nein, ich sehe keinen Grund für die Entfesselung eines islamischen Extremismus im politischen Leben der Palästinenser, weder jetzt noch in Zukunft. Wissen Sie warum? Erstens sind fast ein Viertel aller Palästinenser Christen. Dazu haben wir einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz hochgebildeter Leute, von hochqualifizierten Spezialisten bis zu Akademikern. Es gibt viele Intellektuelle, Kulturschaffende usw. Das ist schon eine Garantie dafür, daß keinerlei Willkür die Palästinenser beherrschen kann.

Wir haben einen Kurs auf friedliche Beilegung des Problems eingeschlagen. Er findet seinen Ausdruck in den Resolutionen des Palästinensischen Nationalrates, der die Vertreter aller patriotischen Kräfte unseres Landes umfaßt, auch die islamischen Gruppierungen.

1947 wurde Jerusalem von den Vereinten Nationen zu einer Stadt mit besonderem internationalem Status erklärt, obwohl diese Stadt inmitten arabischer Gebiete liegt. Israel hat gleich nach seiner Gründung diesen Status Jerusalems anerkannt. Entgegen der Entscheidung der Vereinten Nationen machte Israel nach einigen Kriegen die Heilige Stadt zu seiner „ewigen und unteilbaren Hauptstadt“. Die

Vereinigten Staaten haben unlängst ihre Unterstützung für eine solche Aktion Israels bekräftigt. Die palästinensischen Araber sehen Jerusalem als ihre Hauptstadt an. Auseinandersetzungen um den Status von Jerusalem sind also nicht zu vermeiden. Wie stellen Sie sich die endgültige Lösung der Frage vor?

Wir Palästinenser betrachten El Quds (Jerusalem) tatsächlich als die Hauptstadt unseres arabischen Staates. Moslems, Juden und Christen betrachten El Quds als ihre geistige Hauptstadt oder als einen Pilgerort dieser drei Religionen. Israel hat die Stadt zu seiner ewigen und unteilbaren Hauptstadt erklärt. In den Vereinigten Staaten fanden sich Leute, die diese Entscheidung Israels unterstützen. Allerdings hat Israel hier einen einseitigen Vorstoß unternommen. Alle Probleme, die mit dem arabisch-israelischen Konflikt zusammenhängen, auch der Status von El Quds, müssen in den voraussichtlichen Verhandlungen über eine umfassende Regelung erörtert werden. Ich bin davon überzeugt, daß es keine internationale Anerkennung von El Quds als „ewiger Hauptstadt“ Israels geben wird. Sogar die Vereinigten Staaten können dies nicht offiziell tun. Das, was im Kongreß dazu geäußert wurde, stellt noch keine offizielle politische Entscheidung Washingtons dar.

Die Eroberung von El Quds 1967 ist ebenso wie die der übrigen arabischen Gebiete nichts anderes als eine Okkupation, die nach internationalem Recht so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden muß. Was den endgültigen Status betrifft, so soll er auf einer internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Seiten, einschließlich der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, bestimmt werden. Als Palästinenser bestehen wir aber trotzdem darauf, daß El Quds Hauptstadt unseres arabischen Staates sein soll.

Nun zu einer aktuelleren Frage, nämlich zur verhältnismäßig starken Auswanderung von Juden aus der Sowjetunion. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, die, ohne internationales Recht zu verletzen, eine Ansiedelung der aus der Sowjetunion ausgewanderten Juden in den besetzten Gebieten verhindern würden?

Diese Frage ist wirklich höchst aktuell. Meiner Meinung nach ist sie die wichtigste. Die massenhafte Auswanderung von Juden aus der Sowjetunion rief heftige, zeitweise sogar äußerst scharfe Reaktionen nicht nur in arabischen Kreisen, sondern in der ganzen Welt hervor.

Die PLO war von Anfang an zusammen mit ihrem Freund, der Sowjetunion, entschlossen, folgende Seiten des Problems zu erörtern. Erstens, ihre Gefährlichkeit für den Friedensprozeß. Verste-

hen Sie bitte, zu dem Zeitpunkt, an dem wir unsere Friedensinitiative beginnen und die ganze Welt sie unterstützt und sogar Druck auf Israel und die Vereinigten Staaten ausübt, um den Prozeß zu beschleunigen, fängt plötzlich die massenhafte Auswanderung nach Israel an. Natürlich verlieh das der israelischen Führung neue Kräfte, und sie verhärtete ihre Positionen.

Wir haben mit unseren sowjetischen Freunden über die in einer solchen Wendung der Dinge liegende Gefahr und über die Gefahr der Emigration für die Israel benachbarten arabischen Länder und die Palästinenser selbst geredet. Denn Itzhak Shamir hat erklärt, daß für die Ansiedlung sowjetischer Juden die Wiederbelebung der Idee von „Großisrael“ nötig sei. Und das bedeutet die endgültige Annexion der palästinensischen Gebiete und eine Expansion unter dem Vorwand der Übervölkerung auf Kosten der Gebiete Jordaniens, Syriens und des Libanon.

Die Behandlung des Emigrationsproblems durch Israel zeugt von seiner Absicht, einen Keil zwischen die Sowjetunion und ihre arabischen Freunde zu treiben und Zwietracht zu säen.

Natürlich hat die UdSSR in der gegebenen Frage die Initiative ergriffen und setzte sie auf die Tagesordnung des UNO-Sicherheitsrates. Es ging dort um das Verbot der Ansiedelung von Emigranten in den besetzten Gebieten. Die UdSSR hat von 1967, d.h. von Anfang an, die israelischen Siedlungen in den arabischen Gebieten als ungesetzlich betrachtet. Wichtig war außerdem die sowjetische Initiative zur Schaffung eines internationalen Kontroll- und Inspektionsorgans zur Verhinderung der gesetzwidrigen Ansiedlung von Emigranten.

Allerdings kann die UdSSR in dieser Hinsicht noch vieles unternehmen. Sie könnte die Bürger jüdischer Nationalität mit der wahren Lage der Dinge mehr vertraut machen. Denn es würde sich lohnen, den ausreisewilligen Bürgern klarzumachen, was sie erwartet.

Es stimmt nicht, daß in der Sowjetunion der Antisemitismus zunimmt. Ich lebe in diesem Land und habe zu den verschiedensten Gesellschaftskreisen Kontakt. Antisemitismus tritt nur in Äußerungen von Leuten auf, die wollen, daß die Juden die Sowjetunion verlassen. Über die Vorbereitung von Pogromen ist mir nichts bekannt. Allerdings wurden sie für möglich gehalten, aber ereignet hat sich nichts dergleichen.

Ich meine, daß die Juden, die die UdSSR verlassen wollen, wissen sollten, daß sie ganz und gar nicht das goldene Leben erwartet, das ihnen vorgegaukelt wird. Für Shamir sind sie nur Kanonenfutter für künftige Kriege. Sie sollen wissen, daß sie, wenn man sie in den besetz-

ten Gebieten ansiedelt, auf palästinensischem Gebiet leben und als Soldaten für die Ermordung aufständischer Palästinenser benutzt werden. Außerdem sollten sie von der riesigen Inflation in Israel wissen, davon, daß die Prokopfverschuldung Israels die höchste in der ganzen Welt ist. Und sie sollen wissen, daß die orientalischen Juden, die Sefarden, gegen die Neuansiedler demonstrieren. Sie wollen zuerst ihre eigenen Probleme lösen, bevor man etwas für die Neuankömmlinge tut.

Nein, das Volk in der Sowjetunion empfindet nicht den Haß gegenüber den Juden, von dem so viel die Rede ist. Die Juden sind hier allen anderen völlig gleichgestellt. Ich erkläre hiermit, daß die sowjetischen Juden keinerlei feindselige Empfindungen gegenüber den Palästinensern hegen. Zu vielen von ihnen unterhalte ich die denkbar besten freundschaftlichen Beziehungen. Für die nächste Zeit planen wir sogar, soweit es uns direkt betrifft, einen ernsthaften Dialog zur Lage der Juden und der Emigration. Für die Zukunft sehe ich gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen Palästinensern und Juden voraus. Wir haben genug von den Kriegen. Wir Palästinenser haben mehr als genug unter ihnen gelitten. Aber für eine friedliche Zukunft des jüdischen und arabischen Volkes sind wir bereit, alles zu vergessen. Ich würde mir wünschen, daß die sowjetischen Juden nicht das Material für ungute zionistische Absichten abgeben, sondern eine Stütze des Friedens werden.

Außerdem würde ich mir wünschen, daß Ihre Zeitschrift zum Forum unseres Dialogs mit den Juden wird. Dies wäre dem Frieden im Nahen Osten sehr dienlich.

Die letzte Frage. Stellen wir uns einmal vor, daß alle Konfliktsituationen zwischen den beiden Staaten in Palästina geschlichtet sind. Wie sollen Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen ihnen aussehen? Ich meine die Wirtschaftsbeziehungen, die Streitkräfte, den Zoll, die Währungsbeziehungen, die Wasserressourcen, den Handel usw.

Gestatten Sie, daß wir uns zuerst einmal um die Beendigung der Kriege bemühen. Und darum, Garantien für dauerhafte friedliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu schaffen. Alles weitere ist dann nur noch Kleinarbeit. Lassen Sie uns damit beginnen, was im Augenblick konkret getan werden kann. Wir werden unser friedliches Zusammenleben Stein für Stein errichten und nicht den Ereignissen vorauseilen.

Zum Abschluß möchte ich noch dem Redaktionskollegium Ihrer bekannten Zeitschrift, die überall im Ausland gelesen wird, meinen Dank aussprechen für ihre vernünftige Einstellung zu unseren Problemen und für die Aufmerksamkeit und das Verständnis der gerechten Sache des palästinensischen Volkes.

VERÄNDERUNGEN



Nachdem diese Aufnahme entstand, ist viel passiert in China, in der UdSSR, in der Welt. Die Begegnung zwischen Michail Gorbatschow und Deng Xiaoping am 16. Mai 1989 in Peking symbolisiert die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen

Jewgeni Bashanow

Dr. phil. habil., Historiker

Die Welt von heute macht eine stürmische Entwicklung durch. Die alte internationale Ordnung droht aus den Fugen zu geraten. Die weltweit vor sich gehenden Prozesse sind vielfältig, widersprüchlich und zum Teil schmerzlich. China ist ein Beispiel dafür.

Ein knappes Jahr ist es her, daß im Mai 1989 Michail Gorbatschow und Deng Xiaoping, die beiden höchsten Repräsentanten der UdSSR und der VR China, in Peking zusammentrafen. Damit haben sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen normalisiert. Die Überwindung der langwierigen Konfrontation zwischen den beiden benachbarten Großmächten wurde zum wichtigsten Durchbruch in der Weltpolitik und eröffnete der Menschheit neue und angenehmere Perspektiven.

Für China war das Gipfeltreffen der krönende Abschluß jahrelanger Anstrengungen, die chinesische Außenpolitik zu ordnen und sie mit den Erfordernissen der chinesischen Modernisierung in völlige Übereinstimmung zu bringen.

Indem die VR China die Idee einer neuen politischen Weltordnung verkündete, die eine Entideologisierung zwischenstaatlicher Beziehungen und ihre Überführung auf die Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz vorsieht, schaffte sie es, mit den meisten Regierungen der Welt erfolgreich zu kooperieren. Man konnte China nur darum beneiden, wie es ihm gelang, sich mit ideologisch und politisch unterschiedlich geprägten Staaten, Bewegungen und Parteien nicht nur zu arrangieren, sondern gut zusammenzuarbeiten. Die guten Kontakte Pekings zu ausländischen Partnern und seine konstruktiven Positionen zu Fragen von Krieg und Frieden, anderen globalen Problemen sowie der Beilegung von regionalen Konflikten trugen insgesamt zum hohen internationalen Ansehen der VR China bei.

Drei Faktoren

Im Sommer 1989 jedoch änderte sich die Situation schlagartig. Am 4. Juni kamen auf dem Tiananmen-Platz in Peking infolge von Zusammenstößen zwi-

schen Truppen und Teilnehmern von Massendemonstrationen zahlreiche Jugendliche ums Leben. Das ZK der KP China und der Staatsrat der VR China erklärten, daß eine „abscheuliche konterrevolutionäre Rebellion“, organisiert von Gegnern des Sozialismus in und außerhalb von China, unterdrückt worden sei.

Im Ausland waren längst nicht alle mit dieser Interpretation der Ereignisse zufrieden. Die Vorfälle wurden als Abrechnung der Regierung mit der demokratischen Bewegung aufgefaßt. In den Augen von vielen, besonders im Westen, war die VR China damit von einem Vorreiter der Reformen wieder zu einem unberechenbaren Staat geworden. Panische Stimmen waren zu hören, daß China in die düstere Epoche der Kulturrevolution zurücksinke. Die USA und ihre Verbündeten bremsen den Ausbau ihrer chinesischen Verbindungen. Die Beziehungen der KP Chinas zu einer ganzen Reihe von kommunistischen Parteien versanken in Lethargie. In der Öffentlichkeit und den Regierungen ganz unterschiedlicher Länder, von Osteuropa bis Südostasien, schwanden die Sympathien für die chinesische Führung dahin.

Damit war das ganze außenpolitische System in Frage gestellt, das die chinesische Führung während der 80er Jahre so sorgfältig ausgearbeitet hatte. Das mußte sich auch auf die Haltung Pekings zu internationalen Angelegenheiten auswirken. Daneben treten zwei weitere Faktoren in Erscheinung, die neue Nuancen in die chinesische Außenpolitik hineinbringen werden.

Ein Faktor hängt ebenfalls mit den tragischen Ereignissen des letzten Jahres zusammen. Die Krise führte zur Entmachtung des Generalsekretärs des ZK der KP China Zhao Ziyang und anderer Befürworter eines forcierten Reformprozesses unter anderem auch auf politischem Gebiet. Heute haben Politiker das Sagen, die traditionellere Ansichten vertreten. Sie schlugen auch früher schon Alarm, als sich bürgerlicher Liberalismus in China breitmachte, und rufen dazu auf, das chinesische Volk vor geistiger Verschmutzung zu bewahren. Inzwischen schienen sich ihre schlimmsten Befürchtungen tatsächlich bestätigt zu haben: Der Westen hatte den Aufruhr provoziert und sogar noch Sanktionen verhängt, um die VR China zu zwingen, vom sozialistischen Weg abzuweichen. Wieder sah man in Peking die Quelle der ideologischen Gefahr im Kapitalismus. Man setzte die Frage auf die Tagesordnung, den außenpolitischen Kurs so zu korrigieren, daß der Weiterverbreitung aufweichenden Einflusses aus westlicher Richtung ein Riegel vorgeschoben werden konnte.

Der dritte Faktor, der die chinesische Politik beeinflussen wird, sind die dramatischen Veränderungen in Osteuropa und der sowjetische Umbauprozess. Möglicherweise hätte man derartige Neuigkeiten in Peking anders gewertet, wenn die Juni-Krise nicht dazwischengekommen wäre. Schließlich hat die chinesische Führung noch vor einem Jahr den Reformprozessen im Osten des europäischen Kontinents Beifall gezollt. Damals hatte allerdings auch noch niemand damit gerechnet, daß sie zum Zusammenbruch des herrschenden Regimes führen würden. Dabei geht es nicht einmal nur darum, sondern um Veränderungen in China selbst. Die gegenwärtige chinesische Führung hat Angst, daß die lawinenartig zuneh-

menden politischen Kataklysmen, die Ost-europa und die UdSSR erschüttern, sich bis nach China fortsetzen könnten. Die ideologische Gefahr wird in Peking nun also auch schon aus östlicher Richtung geortet.

Zurück zum Klassenkampf?

Es gibt keinen Zweifel: In der Politik der chinesischen Führung und in ihrem Herangehen an Kontakte zu ausländischen Partnern wird die ideologische Seite wieder eindeutig stärker gewichtet. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat man in Peking abgesehen, sobald jemand die Existenz von zwei verschiedenen sozialökonomischen Systemen ansprach. Wenn man das Thema überhaupt erwähnte, dann nur, um zu betonen, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht von Gesellschaftsordnungen und Ideologien abhängen, daß unterschiedlichen Systemen angehörende Länder fähig sind, erfolgreich zusammenzuarbeiten, daß im Gegensatz dazu homogene Staaten oftmals miteinander in Streit geraten und sich sogar bekämpfen.

Inzwischen greift man in der VR China auf den scheinbar längst archivierten Gedanken zurück, daß der Klassenkampf auf internationaler Ebene weitergeführt wird. Dort erklärt man, daß „der Imperialismus sich noch nie von seiner Feindseligkeit gegen das sozialistische System gelöst und seine strategische Linie, die Restaurierung des Kapitalismus, unverändert beibehalten habe“. Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KP Chinas Jiang Zemin zufolge würden antikomunistische Kräfte die Schwierigkeiten der sozialistischen Länder ausnutzen, um „Gerüchte in die Welt zu setzen, Konflikte zu schüren, Krawalle zu organisieren und ihre Wühlarbeit fortzusetzen“.

Wer geht aus diesem Kampf als Sieger hervor? Die chinesische Antwort klingt optimistisch: Die Welt tritt in den entscheidenden Abschnitt des Übergangs der Menschheit in das Reich der Freiheit ein, der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und die kommunistische Zukunft der Menschheit sind gewiß.

Bemerkenswert ist dabei, daß die klassenideologischen Ansichten die geopolitischen Konzeptionen, die in letzter Zeit in Peking vorherrschten, keineswegs entkräftet haben. Auch heute teilt die Führung der VR China die Länder der Welt in zwei Gruppen ein, nämlich die Supermächte UdSSR und USA und alle übrigen. Unlängst stellte der chinesische Außenminister Qian Qichen fest: „Seit Ende der 40er Jahre findet in der Welt ein Kampf zwischen den beiden Supermächten UdSSR und USA statt. Im Zusammenhang mit der Schwächung der beiden Supermächte gehören die Zeiten, da sie die Welt monopolisieren und auf internationaler Ebene selbstherr-

lich schalten und walten konnten, endgültig der Vergangenheit an. Den Supermächten wächst eine Sturmflut entgegen, welche die bipolare Struktur zerstört. Neue Kraftzentren treten auf und eine multipolare Struktur entsteht.“ Wie schon in der Vergangenheit sieht man auch heute in der VR China in eben diesen Tendenzen eine Garantie für die Festigung des Weltfriedens. Vom Standpunkt der chinesischen Politiker bleibt der Kampf gegen das Hegemoniestreben Langzeitaufgabe.

Insgesamt hat die chinesische internationale Strategie ungeachtet ihrer zunehmend ideologischen Motivierung im letzten Jahr keine grundlegenden Veränderungen erfahren. Sie ist im wesentlichen die alte geblieben: Gewährleistung der nationalen Sicherheit; Entwicklung Chinas zu einer hochentwickelten Großmacht; Abwehr eines Anschlags von außen auf das staatlich-ideologische System der VR China. Für die Verwirklichung dieser Ziele gelten grundlegende Bestimmungen:

1. China bekräftigt, daß es „seine unabhängige und selbständige Politik fortsetzt, sich auf keinen Fall auf irgendeinen Staat oder eine Gruppierung von Staaten verläßt und keine Allianzen oder strategischen Bündnisse mit irgendeiner Supermacht eingehen wird“. Staatsratsvorsitzender Li Peng betonte, man werde „alle Veränderungen in der Welt gelassen beobachten und immer einen eigenen Weg verfolgen“.

2. Peking schlägt allen Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und Ideologie vor, ihre gegenseitigen Beziehun-

gen auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten. Jiang Zemin formuliert die Position der VR China in diesem Zusammenhang so: „Wir setzen uns für eine neue internationale politische und Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz ein und dafür, daß kein Land der Welt sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischte und die Unabhängigkeit und Souveränität jedes Staates respektiert werden.“

3. Der Kurs der VR China auf Modernisierung, Reformen, Öffnung und enge Zusammenarbeit mit allen Staaten, die UdSSR und die USA eingeschlossen, wird unverändert festgeschrieben. Man hört den Gedanken, daß „die Strategie der Öffnung sich immer nachhaltiger in der Praxis durchsetzen wird“, denn es gebe keine Alternative dazu. Ohne Hilfe von außen könne China das Niveau hochentwickelter Staaten nicht erreichen.

Auch die aus der alten Epoche bekannten Einstellungen Pekings zu vielen aktuellen internationalen Problemen werden beibehalten. China erklärt, daß Frieden und Entwicklung die beiden wesentlichen Ziele seiner Außenpolitik seien. Peking überträgt die Verantwortung für den Abrüstungsprozeß zwar überwiegend der UdSSR und den USA, stellt aber auch selbst bestimmte Schritte in Aussicht: einen Abbau der Streitkräfte um 1 000 000 Mann, Konversion der Rüstungsindustrie und Verhandlungen mit Moskau, den Umfang der Streitkräfte auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenze zu reduzieren. China

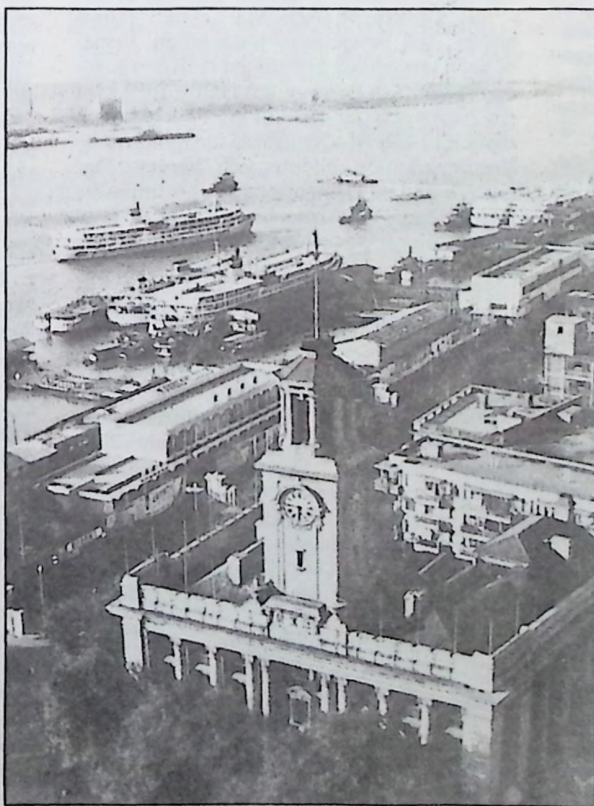
erklärt sich bereit, selbst atomar abzurüsten, sobald „die Supermächte Tests, Produktion und Stationierung aller Arten von Atomwaffen einstellen und anderen mit einer umfassenden konventionellen Abrüstung als gutes Beispiel vorangehen“. Wie auch früher spricht sich die chinesische Führung für eine friedliche Beilegung von Konfliktsituationen, eine größere Aufgeschlossenheit für Probleme des Umweltschutzes, des Gesundheitswesens, der Bevölkerungspolitik und der Ernährung aus. Die Positionen der VR China und der UdSSR fallen in vielen Bereichen zusammen. Seit Mitte der 80er Jahre stimmen die Delegierten beider Länder in der UNO bei 80 bis 90% der Fragen auf der Tagesordnung übereinstimmend ab.

Man sollte jedoch nicht darüber hinwegsehen, daß sich in letzter Zeit die chinesischen Positionen zu verschiedenen Problemen verändert haben.

Sehen wir uns die Politik der VR China in einigen konkreten Bereichen genauer an.

Das große Dreieck

Nach wie vor stehen die Beziehun-



Die Stadt Wuhan am Jangtsekiang hat eine wichtige Funktion für den chinesischen Außenhandel. Von hier werden Frachten nach Japan, Hongkong, Macao und Südostasien verschifft

gen im Rahmen des großen Dreiecks UdSSR – USA – VR China für die chinesische Führung im Zentrum der Aufmerksamkeit. Bei Politologen in der Sowjetunion und im Westen macht sich allerdings die Auffassung bemerkbar, daß es keinen Sinn mehr hat, von einem solchen Dreieck zu sprechen, denn die Welt von heute hat sich im „Revolutionenjahr“ 1989 allzu stark verändert. In China sieht man das anders. Das Thema Dreieck wird dort noch genau so ventiliert wie in der noch nicht allzu fernen Vergangenheit. Besonders deutlich ist die These zu hören, daß die VR China in den Beziehungen der Großmächte zueinander eine wichtige Funktion übernimmt.

Dazu muß man bemerken, daß die Konfiguration dieses hypothetischen Dreiecks inzwischen für die VR China längst nicht mehr die vorteilhafteste ist. Das chinesische Ideal besteht darin, zu den USA und zur UdSSR engere Kontakte zu unterhalten, als diese untereinander haben. In diesem Fall erhält die VR China die Möglichkeit, die Widersprüche unter den Supermächten auszunutzen und sie zu zwingen, um chinesisches Wohlwollen zu buhlen. In der ersten Hälfte der 80er Jahre hat sich die Situation auch nach diesem Drehbuch entwickelt. Dann aber setzte die sowjetisch-amerikanische Annäherung ein, und in der VR China begann man sich Sorgen zu machen. Um keine Abkühlung des Interesses an China zuzulassen, forcierte Peking die Normalisierung seiner Beziehungen zu Moskau und aktivierte gleichzeitig seine Verbindungen mit Washington. Dann aber geschah das Unvorhergesehene. Die Ereignisse vom Juni auf dem Platz des Himmlichen Friedens führten zu einer Lähmung der chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit. Der amerikanische Scheitel des großen Dreiecks verlagerte sich näher zur UdSSR und entfernte sich von China.

Wie reagiert man in Peking auf diese Ereignisse? Einerseits entspricht die Entspannung zwischen den Supermächten chinesischen Bedürfnissen. Sie trägt zur Festigung des Friedens und zur Abrüstung bei und schafft ein günstigeres Klima für die internationale Zusammenarbeit. Andererseits weckt die Annäherung zwischen Moskau und Washington in der chinesischen Hauptstadt Eifersucht und Befürchtungen, daß die Großmächte die VR China an den Rand der Weltpolitik drängen könnten und Entscheidungen treffen, die für China nicht annehmbar wären.

Ausdruck solcher Stimmungen sind die wortkargen Kommentare aus Peking über die Evolution des sowjetisch-amerikanischen Dialogs. Über die Ergebnisse der Unterredung zwischen Gorbatschow und Bush auf Malta erklärte ein Vertreter der chinesischen Regierung allenfalls: „Wir hoffen, daß die Ergebnisse dieses Treffens für Entspannung und Stabilität in der Welt förderlich sind und den Interessen dritter Länder keinen Abbruch tun.“ Weiterhin wurde in der chinesischen Presse gesagt, daß in der Dritten Welt die Unruhe zunehme über „geheime oder offene Absprachen der Großmächte, die eine Mißachtung der Interessen der Entwick-

lungsländer darstellen und ihnen Schaden zufügen könnten“.

Ähnliche Warnungen von seiten der VR China sind bislang noch vorwiegend präventiv gemeint. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt überwiegt in Peking die Auffassung, daß „die strategischen Ausgangsbedingungen der Supermächte unterschiedlich bleiben und einander nach wie vor widersprechen“. Wie behauptet wird, gehen die Vereinigten Staaten in die Offensive und sichern sich führende Positionen in der Welt, während die Sowjetunion sich überwiegend defensiv verhält. Diese Tendenz kann, so meint man in China, nicht lange anhalten. Die UdSSR wird nicht ewig Zugeständnisse machen und sich damit als Großmacht den Rang ablaufen lassen. Der Kampf zwischen den Supermächten gehe weiter, könne sich von Zeit zu Zeit auch verstärken.

Das möglicherweise wesentlichste Element des chinesischen Kurses im Rahmen des großen Dreiecks besteht in der Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen zu beiden Großmächten.

Beziehungen neuen Typs

Der Besuch von Michail Gorbatschow in der VR China bedeutete den Anbruch qualitativ neuer sowjetisch-chinesischer Beziehungen. Die Seiten vereinbarten, ihre gegenseitigen Verbindungen umfassend zu entwickeln, sie aber ausschließlich auf der Grundlage allgemein anerkannter Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufzubauen und bei der innen- und außenpolitischen Beschlussfassung voneinander unabhängig zu bleiben.

Die Gespräche vom Mai letzten Jahres haben den sowjetisch-chinesischen Beziehungen tatsächlich gewaltigen Auftrieb gegeben. Bereits in der zweiten Hälfte 1989 kam ein Austausch der ersten Parteidelegationen zustande. Ein Mechanismus für militärische Kommunikation bildete sich heraus. Der Austausch von Delegationen nahm intensive Formen an: Von Juni bis Dezember 1989 kamen über 100 gegenseitige Besuche auf der Ebene der stellvertretenden Minister und darüber zustande. Die Grenzverhandlungen wurden fortgesetzt, und die Gespräche über einen Abbau der Streitkräfte in grenznahen Regionen konnten anlaufen. Der Entwurf eines Langzeitprogramms für kommerzielle, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000 wurde paraphiert. Der sowjetisch-chinesische Warenumsatz hat 1989 die Rekordhöhe von 2,4 Milliarden Rubel erreicht. Der wissenschaftlich-technische Austausch erschließt sich mit dem Flugzeugbau, wozu auch Militär- und Raumflugzeuge gehören, neue Sphären.

Die Kontakte verlaufen in einer freundschaftlichen und wohlwollenden Atmosphäre. Es gibt keine wesentlichen Meinungsunterschiede und Reibungen zwischen den Regierungen unserer beiden Länder.

Gleichzeitig traten unmittelbar nach der Gorbatschow-Visite in der VR China einzelne Momente verstärkt in Erscheinung, welche die Atmosphäre der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zwar nicht trüben

können, die dem gegenseitigen Verständnis beider Seiten aber Grenzen setzen.

Damit ist gemeint, daß die ideologischen Positionen der KPdSU und der KP Chinas, die sich in den Jahren 1987 und 1988 einander angenähert hatten, wieder auseinandergehen. In dem Maße, wie die sowjetische Gesellschaft vom traditionellen Stalin- oder Breshnew-Modell abbrückt, werden sich auch die Differenzen vertiefen.

In führenden Kreisen der VR China ist die Auffassung zu hören, daß die KPdSU ihre politischen Reformen übereilt, daß sie anti-sozialistischen und nationalistischen Elementen Schwachstellen bietet und die Kontrolle über die Situation verliert. Weil die chinesische Regierung den negativen Einfluß des sowjetischen Beispiels auf die eigene Bevölkerung fürchtet, drosselt sie den Nachrichtenfluß aus der UdSSR und informiert nur noch selektiv, wobei das Schwergewicht nur noch auf die Positionen der KPdSU gelegt wird, die der Linie der KP Chinas entsprechen. In der VR China nimmt man inzwischen lieber davon Abstand, Umbauprozesse in der Sowjetunion öffentlich gutzuheißen.

Argwöhnisch beobachtet man in der VR China das sowjetische neue Denken, das im Frühjahr 1989 von der chinesischen Diplomatie noch in bedeutendem Maße geteilt worden war. Skeptisch sehen die Chinesen auch die Idee, daß allgemeinemenschliche Interessen vor Klasseninteressen kommen, den Bau eines gesamteuropäischen Hauses usw.

Damit hat sich die Einstellung zur UdSSR und zu ihrer Außenpolitik in offiziellen chinesischen Kreisen wieder verschlechtert. Das soll keinesfalls heißen, daß die sowjetisch-chinesischen Beziehungen, die sich eben erst normalisiert hatten, wieder in Gefahr sind. China will kein Zerwürfnis. Dieses würde der chinesischen Sicherheit schaden und die chinesischen Positionen gegenüber der Welt des Kapitals schwächen. Verstimmungen mit Moskau würden sich auch auf die Wirtschaftspläne Peking negativ auswirken. Außerdem weiß man in der chinesischen Hauptstadt nur zu gut, daß die Epoche der großen Polemik unwiederbringlich der Vergangenheit angehört. Es hat keinen Sinn, dogmatische Lanzen zu brechen. Das Schicksal dieser Gesellschaftsordnung hängt von der Geschlossenheit und den gemeinsamen Erfolgen der Länder ab, die dem sozialistischen Weg treu geblieben sind. Ein nicht zu unterschätzender Stabilitätsvorlauf der sowjetisch-chinesischen Beziehungen besteht auch noch in der überaus positiven Wertung, welche die Perestroika in weiten Bevölkerungsschichten der VR China nach wie vor genießt.

Für die UdSSR gilt, daß sie, obwohl ein Teil der sowjetischen Öffentlichkeit mit dem Vorgehen der chinesischen Militärs auf dem Tiananmen-Platz nicht einverstanden ist, hochgradig daran interessiert ist, zu einem großen Nachbarn freundschaftliche Verbindungen zu unterhalten.

(Schluß folgt)

Telefotos: TASS und Xinhua

Lehren des „leisen“ Parlaments

Abgeordneter des Folketings – ein Beruf?

Nach einem Besuch einer Tagung des dänischen Parlaments, des Folketing, äußerte sich ein Moskauer Journalist, ein Bekannter von mir, befremdet:

„Das sollen Debatten sein? Langweiliger Kram! Und fast die Hälfte der Plätze sind leer. Wofür bekommen die da bloß ihr Geld?“

Meinen Kollegen kann man durchaus verstehen. Von den Emotionen her hält die Atmosphäre bei den Anhörungen im Folketing, das nur eine Kammer hat, keinem Vergleich mit jener bei den Tagungen unseres Obersten Sowjets stand. Nicht umsonst wird es von Experten als eines der ruhigsten in der Welt bezeichnet. Der erste Eindruck von der „akademischen Gesetztheit“ trügt jedoch. Im Tagungszeitraum vom ersten Dienstag im Oktober bis zum Tag der Verfassung am 5. Juni des darauffolgenden Jahres wird hier intensiv gearbeitet. Das Ergebnis sind Dutzende Gesetzgebungsakte und vielzählige Resolutionen. Eine derartige Effektivität ist wirklich beeindruckend. Ich bat den Vorsitzenden des Folketings, den Professor für politische Wissenschaften und Abgeordneten von der Konservativen Volkspartei, Hans Peter Clausen, der früher Kultur-, Verkehrs- und Justizminister war, uns in einige Geheimnisse der dänischen Parlamentspraxis einzuweißen.

„Als das wichtigste demokratische System des Landes, wo seine Gesetze ‚gemacht‘ werden, muß das Parlament sich auch selbst von festen Regeln leiten lassen“, begann der Vorsitzende unser Gespräch. „Diese Regeln sind in der Satzung des Folketings fixiert, und ich als Präsident bin verpflichtet, ihre Einhaltung zu kontrollieren. Das betrifft vor allem die Parlamentsethik und -disziplin, die angemessene, sachliche Führung der Diskussionen. Sobald man politischen Leidenschaften freien Lauf läßt, geraten gesunder Menschenverstand und Konstruktivität ins Hintertreffen. Die Wähler

erwarten doch von uns keine Geräuscheffekte“.

Zur Ehre der Abgeordneten sei gesagt, daß selten jemand die Selbstkontrolle verliert. Ihre Zurückhaltung in den Auftritten ist kein Zeichen der Gleichgültigkeit, sondern der Sachlichkeit, der professionellen Kultur, ein Ergebnis von in Jahrzehnten entstandenen Traditionen, die persönliche Ausfälle, spontane Polemik, Konflikte, Obstruktionen und Zurufe aus dem Saal völlig ausschließen. Selbst kurze Anmerkungen können nur vom Rednerpult aus gemacht werden, und das keinesfalls außer der Reihe. Das hat schon seinen tieferen Sinn, weil die Emotionen auf dem Weg vom Sessel bis zum Rednerpult etwas abklingen und die Ansichten an Ausgewogenheit gewinnen. Für den ersten Auftritt eines Abgeordneten bei der Erörterung eines Gesetzentwurfes stehen ihm fünf Minuten zur Verfügung, für den zweiten – drei. Das setzt eine gute Vorbereitung, Konzentration und das Vermögen, in der kurzen Zeit das Wesentliche zu sagen, voraus. Übrigens wird dadurch in vielem die Autorität eines Abgeordneten im Kreis der Kollegen bestimmt. Selbst Minister dürfen nur 10–20 Minuten reden, und nur in Sonderfällen bis zu einer halben Stunde. Entsprechende Beschränkungen gibt es auch für den Premierminister und den Vorsitzenden des Folketing. Das verhindert, daß aus einer gesetzgebenden Versammlung eine

Quatschbude wird. Es ist ebenfalls wichtig, daß nicht ein Gesetzentwurf, nicht eine Resolution, nicht eine Änderung diskutiert wird, bevor sie nicht gedruckt, unter die Abgeordneten verteilt, von jenen studiert und vom Standpunkt der Parteiinteressen und der Übereinstimmung mit der Verfassung bewertet worden sind, wofür genügend Zeit eingeräumt wird. Darin sehen wir die Garantie dafür, daß wir keine übereilten Beschlüsse fassen, die wir später bedauern müßten.“

Wie stehen Sie zu dem „Phänomen“ der leeren Sessel im Parlament?

Das sollte nicht verwundern, denn bei den Anhörungen sind nur die Abgeordneten anwesend, die unmittelbar mit den diskutierten Fragen zu tun haben. Die wichtigste Arbeit wird in den 24 ständigen Ausschüssen geleistet. In ihren geschlossenen Tagungen werden Details der Gesetzentwürfe erörtert und abgestimmt, Formulierungen präzisiert. Hier können die Abgeordneten übrigens freier und emotionaler auftreten, als bei den gemeinsamen Tagungen, sich von Experten beraten lassen.

Parallel dazu wird in den Fraktionen der Parteien gearbeitet, wo neue Gesetzentwürfe, Resolutionen und Änderungen formuliert sowie die Positionen für die Debatten abgestimmt werden. Oft sind Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien notwendig, darunter auch nach dem Koalitionsprinzip. Somit ist die abschließende Anhörung eines Gesetzentwurfes das Ergebnis einer großen kollektiven Arbeit, obwohl nicht alle unbedingt mit ihm einverstanden sind. Ob das Gesetz verabschiedet wird oder nicht, entscheidet die Abstimmung mit einfacher Mehrheit. In diesem Moment müssen im Parlament nicht weniger als zwei Drittel der 179 Abgeordneten anwesend sein. Dieses Quorum wird obligatorisch abgesichert. Wenn Abgeordnete wegen Krankheit fehlen oder mit einer Delegation irgendwohin fahren, nimmt ein entsprechend proportionaler Teil der Opposition ebenfalls nicht an der Abstimmung teil. Diese Gentlemen-Abmachung verhindert die Entstehung einer künstlichen Mehrheit. Was die „Bummelei“ angeht, so geschieht



Eine „Fabrik der Gesetzgebung“ – das dänische Parlament

das recht selten. Außer unangenehmen Erklärungen stellt die Fraktion der Partei des Bummelanten einen Vertreter zur Verfügung. Ihm entstehen überdies dadurch finanzielle Einbußen.

Die Parlamentsentscheidungen werden mehrheitlich gefaßt. Hat denn aber die Mehrheit immer recht? In Dänemark gibt es doch schon seit vielen Jahren eine Koalitionsregierung der Parlamentsminderheit...

Die Besonderheit des Folketings besteht darin, daß hier acht Parteien vertreten sind sowie Abgeordnete von Grönland und den Färöer Inseln. Unter diesen Bedingungen muß die Regierung, die gegenwärtig aus Vertretern von drei Parteien besteht, wenn sie ihre Gesetzgebungsinitiativen realisieren will, die Unterstützung anderer Parteien suchen, überzeugen, Kompromisse eingehen. Gerade hier werden die demokratischen Grundsätze des Parlamentarismus verwirklicht. Das Monopolrecht auf Wahrheit in letzter Instanz wird durch eine Reihe anderer Parlamentsbestimmungen verhindert, die die Rechte der Minderheit festlegen. Zum Beispiel können zwei Fünftel der Abgeordneten die Vertagung der abschließenden Anhörung eines Gesetzentwurfs bis zur Klärung neuer Umstände verlangen. Ein Drittel der Folketingabgeordneten hat das Recht, ein Referendum zu einem schon gebilligten Gesetzentwurf zu fordern, der verworfen wird, wenn das Parlament dafür stimmt.

Gemäß den geltenden Bestimmungen kann eine Partei, die weniger als 10 Sitze im Parlament hat, keinen Anspruch auf die Teilnahme an den Parlamentsausschüssen erheben. Auch hier gibt es wieder eine Gentlemen-Absprache mit anderen Fraktionen, die es ihr dennoch ermöglicht. So wird auch der kleinsten Parteifraktion die Möglichkeit gegeben, ihre Ansichten in allen Parlamentsausschüssen vorzubringen und zu vertreten. Eine derartige Kombination von festen Satzungsregeln mit der offenen Willensbekundung auf breiter demokratischer Grundlage schafft meiner Ansicht nach optimale Bedingungen für eine vollwertige Teilnahme der Abgeordneten an der Gesetzgebung.

Wie wird in der Parlamentstätigkeit die öffentliche Meinung berücksichtigt?

Beginnen wir damit, daß jeder Abgeordnete verpflichtet ist, sich mindestens einmal in der Woche an einem festgelegten Tag mit seinen Wählern zu treffen. Dafür werden

die Ferien und die tagungsfreie Zeit genutzt.

Das Parlament besuchen häufig Vertreter von Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen und der Geschäftswelt, die ihre Meinung zu konkreten Fragen bei den Tagungen der Ausschüsse darlegen können. Einem ungeschriebenen Gesetz zufolge werden die Gäste von den Parlamentariern stehend begrüßt. Ihre Anmerkungen führen nicht selten zur Korrektur von Gesetzentwürfen, schaffen neue Situationen in der Stimmenverteilung. Außerdem verringert eine derartige Offenheit die Möglichkeiten einer „Lobby-Wirtschaft“ hinter den Kulissen.

Anlaß für die Einbringung von Gesetzentwürfen und Resolutionen sind oft Beiträge in der Presse, Demonstrationen, Ergebnisse von Meinungsumfragen, Briefe von Bürgern und Beschlüsse von Versammlungen der Öffentlichkeit. Die Abgeordneten reagieren darauf, indem sie Anfragen an die Regierung und einzelne Minister richten. Die Antwort muß innerhalb einer Woche gegeben werden. Dafür gibt es auch bestimmte Tage. Der Minister kann zur Rechenschaftslegung in den entsprechenden Parlamentsausschuß geladen werden. Wenn notwendig, werden überparteiliche Ausschüsse zur Untersuchung von konkreten Problemen gebildet. Im Ergebnis kann das Parlament den Rücktritt der Regierung und die Durchführung von Neuwahlen fordern.

Das Parlament und seine Ausschüsse dürfen sich jedoch nicht nur auf die Kritik beschränken, sie müssen auch selbst konstruktive Vorschläge zu dringenden Fragen einbringen. Für die gesellschaftliche Kontrolle der Tätigkeit von Politikern ist der Posten des Parlamentsombudsmannes besonders wichtig. Mein Vorgänger war z. B. gezwungen, zurückzutreten, weil der Ombudsmann bewiesen hatte, daß jener als Justizminister die Überprüfung der Angelegenheiten von Flüchtlingen aus Sri Lanka verschleppt hatte.

Außerdem orientiert sich jeder Abgeordnete an der Linie seiner jeweiligen Parteifraktion. Die Auftritte in den Debatten werden schon vorher mit den Kollegen abgestimmt und hier wird fast immer eine gemeinsame Position vertreten. So sieht es auch in der Abstimmungspraxis aus, außer in den Fällen, wenn es um Fragen des persönlichen Gewissens geht. Zum Beispiel, wenn über das Gesetz über die Transplantation von menschlichen Organen abge-

stimmt wird.

Ist Ihrer Meinung nach Abgeordneter ein Beruf?

Wenn es ein Beruf ist, dann einer auf Zeit und ein sehr riskanter. Die Wahrscheinlichkeit, bei den nächsten Wahlen eine Niederlage zu erleiden, ist immer gegeben. Dabei wird die Rückkehr an den früheren Arbeitsplatz nicht garantiert. Es wird allerdings für die Zeit der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle (maximal ein Jahr) eine Beihilfe gezahlt, aber die kann geringer ausfallen als der vorige Verdienst. Außerdem ist die Tätigkeit des Abgeordneten mit der Trennung von der Familie und häufigen Reisen verbunden. Das Gehalt entspricht dem eines Bürgermeisters einer mittleren Stadt. Es gibt zwar Zuschläge für das Mieten von Wohnraum während der Tagung, die Hotels in Kopenhagen sind jedoch teuer. Die Nominierung der eigenen Person für die Wahlen ist also oft eine reine Hamlet-Frage. Jedenfalls haben es Leute, die geschäftlich etwas erreicht haben, nicht sehr eilig, einen Abgeordnetensessel zu belegen. Unter den Abgeordneten gibt es dagegen eine große Zahl von Juristen, Lehrern, Journalisten und Wissenschaftlern, gutausgebildete Leute, junge und alte. Das schafft die Bedingungen für den Erfahrungsaustausch, die Weitergabe der Traditionen und die Zunahme des politischen Professionalismus. Im Ergebnis wird das Folketing zur Schule von Politikern und das ist ein Beruf für immer. Für diejenigen natürlich, die bereit sind, zu riskieren...

Herr Clausen, was halten Sie vom sowjetischen Parlament?

Wir begrüßen den aktiven Prozeß der demokratischen Veränderungen in der UdSSR, die die Praxis der sowjetischen Gesetzgebung günstig beeinflussen. Ohne das ist doch die Schaffung eines wirklichen Rechtsstaates nicht möglich. Jetzt eröffnen sich Perspektiven für eine effektive überparlamentarische Zusammenarbeit, wie sie früher undenkbar waren. Das bestätigte auch der kürzliche Besuch einer Gruppe von Volksdeputierten der UdSSR in Dänemark, die mit uns gemeinsam Lösungswege für grenzüberschreitende ökologische Probleme erörterte. In diesem Jahr ist ein Besuch von Vertretern unseres Folketings in der UdSSR geplant. Ich bin überzeugt, wir können allerhand voneinander lernen und gemeinsam darüber nachdenken, wie das gemeinsame Haus Europa zu errichten ist.

Nikolai Garkuscha
KOPENHAGEN

„NZ“ – INFORMATION AUS ERSTER HAND!

Historische Parallele

Den Historikern, die den Gang der Perestroika in der UdSSR verfolgen, kommt immer häufiger Deutschland Ende der 20er Anfang der 30er Jahre in den Sinn: Hochsaison der Demokratie, Gezänk zwischen den Linksparteien, erbitterte und gedemütigte Armee, hungernde Arbeiter...

Natürlich lassen sich die Bedingungen und Umstände in einem Land nicht mechanisch auf die Bedingungen und Umstände in einem anderen Land übertragen, ohne dabei die bestehenden Unterschiede zu berücksichtigen. Das ist richtig, aber...

...Aber dennoch dürfen wir nicht vor der Ähnlichkeit dieser Bedingungen und Umstände die Augen verschließen und müssen uns erinnern. Wie die Deutschen in den 20er Jahren erleben auch wir eine ungewohnte Periode der Demokratisierung der

Gesellschaft. Die Deutschen hatten ihrem Kaiser den Laufpaß gegeben und die Weimarer Republik errichtet, wir haben uns vom Sozialismus Stalinscher Prägung losgesagt und versuchen, eine freie Gesellschaft aufzubauen. Die Deutschen wurden aufgrund des Versailler Vertrages entmilitarisiert, wir haben selbst die Notwendigkeit der Schaffung einer Bürgergesellschaft erkannt. Versailles und die Nachkriegswirren hatten in Deutschland ein ökonomisches Chaos geschaffen, wir sind in eine schreckliche Wirtschaftskrise geraten. Hier wie da haben wir es mit einer Demokratisierung unter den Bedingungen eines ökonomischen Kollapses zu tun.

Mir scheint das sehr wichtig zu sein, weil allein schon die Demokratisierung, die Entmilitarisierung und die Entideologisierung der Gesellschaft sowie der Aufbau eines Rechtsstaates eine Masse Unzufriedener hervor-

bringt. Bei den Deutschen waren das in den 20er Jahren das Offizierskorps, die verunsicherten und verarmten Kleinbürger, die Jugend und die herabgewürdigten Veteranen des ersten Weltkrieges. Bei uns sind das die Funktionäre der Stagnationszeit, die ihren Halt verloren haben, die Bürokratie, die sich vor ernsthaften Veränderungen fürchtet, die Militärangehörigen, die entlassen werden sollen, die Arbeiter und Angestellten, deren Realeinkommen aufgrund der hohen Inflation schnell sinkt. Und je länger sich unsere Wirtschaftskrise hinzieht, desto größer wird die Zahl der Unzufriedenen, die das Grundübel, das ihre Not verursacht hat, in den Reformen und Veränderungen sieht.

Die Situation wird durch die wachsenden Reibungen zwischen unseren Linken noch verschärft. Ohne die Veränderungen richtig durchgesetzt und das alte System demontiert zu haben, um die Unumkehrbarkeit der Veränderungen zu gewährleisten, haben sie sich schon gespalten und ringen um die Gunst der Wähler. Die erfolgreiche Bremsung vieler Veränderungen durch jene, denen sie nicht passen, läßt sich hauptsächlich durch die Uneinigkeit der Linkskräfte erklären.

Auch das weckt Erinnerungen an das Deutschland der 20er Jahre. Damals gab es keine erbitterteren Gegner als Kommunisten und Sozialdemokraten. Ihre Bataillen, bei denen es um Fragen wie die „Reinheit“ des Marxismus und die „Prinzipientreue“ ging, zehrten an den Kräften der potentiellen Stützen der Demokratie, schwächten die Widerstandskraft des

gesellschaftlichen Organismus gegenüber den Bazillen der Diktatur. Eine der anziehendsten Losungen jener Zeit lautete „Recht und Ordnung“. Darauf recheneten die Nazis.

Während der 20er Jahre nahm man die Rechtskräfte, besonders den rechten Nationalismus, nicht ernst. Hitler und seine Partei wurde belächelt. Man erinnerte an den „Bierputsch“ in München und sagte das baldige Ende der Bewegung voraus.

Und der Westen betrachtete das ganze voller Gleichmut. Die Siegermächte des ersten Weltkrieges dachten eher daran, wie man noch mehr aus dem bezwungenen Feind herausholen und die eigene Wirtschaftskrise (1929 bis 1932) überwinden kann. Niemand verschwendete auch nur einen Gedanken daran, daß Deutschland in der Lage sein würde, binnen kürzester Frist unter der Führung einer starken nationalistischen Partei sein Militärpotential zu regenerieren und wiederum zum Krisenherd der Welt zu werden. Und dennoch passierte es.

Unsere rechten Nationalisten rufen ebenfalls weder im In- noch im Ausland größere Besorgnis hervor. Ihre Auftritte, Losungen und Programme lösen Skepsis, Spott, Verärgerung, aber keineswegs Besorgnis aus. Man ist der Ansicht, daß sie nur über ein schwaches Potential verfügen und mit keiner Verstärkung zu rechnen haben. Es wäre gut, wenn es so bliebe.

Der Nationalismus kann aber unter den Bedingungen der Armut zu einer Gefahr werden. Die Bürger eines beliebigen Landes, die sich nach einem ordentlichen Stück Fleisch, normalen Wohnverhältnissen und ordentlicher Kleidung sehnen, die über das „Gequatsche“ im Parlament enttäuscht sind, die wollen, daß wieder Ruhe und Ordnung auf den Straßen, Plätzen und nationalen Regionen einziehen, können in einem bestimmten Augenblick jenen Gehör schenken, die auf ihr Nationalgefühl anspielen, die zum Kampf für die Wiederherstellung der befleckten Ehre des Landes und des Volkes blasen und ihnen sofortige Erleichterungen versprechen, wenigstens durch die Vertreibung der „Fremden“.

In Deutschland ist es passiert. Der Preis dafür war schrecklich. Es wäre jedoch naiv, in einem demnächst wiedervereinten Deutschland eine neue Gefahr erkennen zu wollen. Die Gefahr liegt woanders, sie liegt hier, bei uns. Unsere Demokratie, die noch in den Windeln liegt, findet einfach keinen Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Bei uns verschlechtert sich die Wirtschaftslage von Jahr zu Jahr, worunter in erster Linie Millionen Arbeiter und Angestellte zu leiden haben. Bei uns nimmt die Kriminalität sprunghaft zu, flammen nationale Zwistigkeiten auf. Bei uns beginnt der rechte Nationalismus zu keimen, der imstande ist, das Land mit Lagern zu überziehen, „Siegeswaffen“ zu schmieden und die ganze Nation zu kasernieren.

Unser Gedächtnis sollte nicht nur um die an den Fronten Gefallenen und die unschuldig Repressierten trauern. Es muß zur Wachsamkeit gegenüber jenen Prozessen mahnen, die im Ausland und bei uns zu Hause vor sich gehen. In diesem Zusammenhang sollte man stets an die Gefahr des nationalistischen Bazillus denken, der Menschen in Tiere und Menschenmassen zu reißenden Rudeln degradiert.



Dr. phil. habil.

**Viktor
Kremenjuk**
Historiker

**Nationalismus
unter den
Bedingungen
der Armut
kann zu einer
Gefahr
werden**

Das Vaterland in Gefahr?

Was die erste öffentliche Expertise der Kriegsgefahr und der Tätigkeit der Streitkräfte der UdSSR zeigte

Sie wurde von der Zeitschrift „*Meschnarodnaja Shisn*“ (Internationales Leben) unter Mitarbeit des Fonds für Sozialprojekte der UdSSR, seiner Abteilung in Kasachstan und dem Institut für energietechnische Forschung und Konstruktion initiiert. Es wurde in der Form eines Rollenspiels von Experten durchgespielt, das von der Schule für Strategie des sozial-intellektuellen Managements (Rostow am Don) erarbeitet wurde.

Die Experten kamen Mitte Januar d. J. zusammen. In der Zeit, die seither vergangen ist, hat das Interesse der staatlichen Organe und der Öffentlichkeit an Sicherheitsproblemen deutlich zugenommen. Die Diskussionen werden immer schärfer, und der Kreis der angesprochenen Probleme immer größer. Meine Beobachtungen der Debatten lassen den Schluß zu, daß im realen Leben jetzt die Situationen entstehen, die im Rollenspiel modelliert wurden.

Gesellschaft en miniature

Welche Aufgaben hatten sich die Organisatoren gestellt? Vor allem, ein unabhängiges, d. h. ein außerhalb der staatlichen Strukturen angefertigtes Gutachten zu Fragen der Verteidigung und der Sicherheit zu erhalten. Formen und Methoden einer derartigen unabhängigen Expertise auszuprobieren. Dazu gehörten das Studium der öffentlichen Meinung, die Feststellung von Berührungspunkten und Differenzen zwischen den verschiedenen, in der Gesellschaft vorherrschenden Positionen zum gegebenen Problem sowie die Suche nach Wegen zu einem konstruktiven Zusammenwirken. Selbstverständlich sollten auch Wertungen von Experten in der Form eines Berichts dem Obersten Sowjet der UdSSR vorgelegt werden.

Davon ausgehend wurden die Teilnehmer ausgewählt. Man könnte sie in drei Kategorien einteilen. Da sind die Spezialisten, die vom Organisationskomitee persönlich eingeladen wurden (dazu gehörten die Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR Nikolai Nejland und Viktor Minin, der Volksdeputierte der UdSSR, Akademiemitglied Vitali Goldanski, die Politologen Sergej Blagowolin und Andrej Kortunow, der Konstrukteur und Energiewirtschaftler Jewgeni Adamow, die Generale Geli Batenin, Wladimir Dudnik, Nikita Tschaldymow). Die zweite Gruppe bestand aus denjenigen, die von offizieller Seite als Antwort auf unser Schreiben delegiert wurden (nur der Generalstab hielt es nicht für nötig, jemanden zu schicken, obwohl seine Mitarbeiter anwesend waren,

allerdings als Privatpersonen). Außerdem waren an dem Gutachten Vertreter des öffentlichen Lebens beteiligt. Hierzu muß etwas mehr gesagt werden. Wir bekamen eine Vielzahl von Briefen aus dem ganzen Land zum Artikel über die Vorbereitung der Expertise (NZ 46/89) von Offizieren, Journalisten, Ärzten, Ökologen, Pädagogen, Juristen, Ingenieuren und Vertretern von informellen Gruppen. Das war für mich eine Offenbarung, da gab es eine Menge wertvoller Ideen, die nicht von internationalen Erfahrungen inspiriert waren, sondern von unserem Leben, der eigenen Praxis. Wir sind allen Autoren der Briefe sehr dankbar, konnten aber nur ca. dreißig von ihnen einladen.

So wurde in etwa unsere Gesellschaft modelliert und die hier vorherrschenden Ansichten zu Sicherheitsproblemen.

Das Spiel sah folgendermaßen aus. Die Experten konnten selbst auswählen, ob sie in den von den Organisatoren vorgeschlagenen thematischen oder professionellen Gruppen arbeiten, neue Gruppen gründen oder im eigenen Namen auftreten wollten. In der ersten Tageshälfte erörterte jede Gruppe ein gemeinsames Thema von ihrem jeweiligen Standpunkt aus und bereitete einen Vortrag vor, der dann in der Plenarsitzung zur Diskussion gestellt wurde. Das Organisationskomitee legte keinerlei inhaltliche Definitionen fest, es wurde z. B. in keiner Weise bestimmt, was unter den Begriffen Kriegsgefahr oder Streitkräfte zu verstehen sei. Alles sollte sich aus dem Spiel selbst ergeben.

Expertise der Expertise

Das Spiel begann mit einem Zwischenfall. Gleich am ersten Tag stellte ein Leningrader Informeller, ein Fregattenkapitän, die Beschuldigung auf: Die Organisatoren haben schon vorher ein Abschlusdokument vorbereitet, das die offizielle Position des Verteidigungsministeriums widerspiegelt, das dann dem Obersten Sowjet „im Namen der Öffentlichkeit“ vorgelegt wird.

Diese Position verdeutlicht, obwohl in grobster Form, doch ziemlich treffsicher die bitteren Erfahrungen des Umgangs mit „denen da oben“ – Gleichgültigkeit, Betrug, Verfolgung für den Versuch, meist offensichtliche Dinge zu beweisen –, die Menschen zur Expertise mitbrachten, die keinerlei Leitungsfunktionen innehaben. Mit ihnen gingen ständig die Emotionen durch. Die offizielle Meinung, Position, Einrichtung wurden in Grund und Boden kritisiert, oft nur deshalb, weil sie „von oben“ kamen. Die Teilnehmer mit den Generalssternen riefen von Anfang an automatisch Feindseligkeit

hervor. Die Vereinigung „*Stschit*“ (Schild) veranstaltete spektakuläre Pressekonferenzen. Einige Reformer waren weniger bestrebt, ihre eigenen Ideen zu prüfen, als vielmehr zusätzliche Argumente für die a priori bei ihnen schon feststehenden Vorstellungen zu finden, um sozusagen die Entscheidung besser an die schon fertige Antwort anzupassen.

Extremismus gab es aber übrigens auch genug unter den professionellen Experten. Die Arbeit in den Gruppen, wo sich vorwiegend die offiziellen Vertreter konzentrierten, glich mehr einer Abstimmung zwischen den einzelnen Ressorts, über der immer der Schatten der Obrigkeit schwebte. Die Vertreter der höchsten Militärbehörden polemisierten, und das zeitweise in scharfer Form, mit den Diplomaten und Politologen. Die einen wie die anderen zeichneten sich jedoch durch ihr Unvermögen und auch das Desinteresse an einem Gespräch mit den Laien aus und daran, auf die naiven Fragen der einfachen Leute zu antworten, eben dieser, für deren Sicherheit zu kämpfen sie ihren Eid schwuren.

Sie hätten die Hilflosigkeit der Spezialisten sehen sollen, wenn sich zufällig oder dank den Spielleitern Möglichkeiten eröffneten, den Panzer der professionellen Beschränktheit aufzubrechen. Eine regelrechte Meuterei brach z. B. aus, als die Organisatoren versuchten, für die Erörterung das Thema „Konzeptionen und Systeme der öffentlichen Sicherheit“ vorzuschlagen. „Hier wird uns ein anderer Gegenstand des Gutachtens untergeschoben“, empörten sich einige. „Wir sind hier, um uns über die äußere Sicherheit zu unterhalten, man drängt uns aber ein ganz anderes Thema auf, das der inneren Sicherheit!“

Das war am 17. Januar. An der aserbaidshjanisch-armenischen Grenze wurde geschossen, zwei Tage darauf sollte das Militär in Baku einmarschieren, die Staatsgrenze wurde von innen her verletzt...

„Na hören Sie mal, was hat denn das mit dem Gutachten zu tun?“ wird wohl so mancher ganz gründliche Leser jetzt denken. „Die Experten müssen doch von den Emotionen abstrahieren, alle nebensächlichen Abhängigkeiten abschütteln, die persönlichen, politischen, ressortgebundenen, sie sollen den Gegenstand der Diskussion komplex bewerten.“ Alles richtig, sollte man aber den Spiegel dafür verantwortlich machen, daß er das wahre Gesicht zeigt?

Die Organisatoren haben bewußt nicht danach gestrebt, die Diskussionen in einen festen Rahmen zu pressen. Jeder Teilnehmer arbeitete ausgehend von seinen eigenen Vorstellungen darüber, was ein Gutachten ist. Es sieht allerdings so aus, als gäbe es in unserer Gesellschaft keine unabhängige, von politischer und ideologischer Konjunktur freie Expertenkultur im Bereich der Sicherheitspolitik. Ohne diese sind alle Erörterungen dazu verurteilt, Kampf der Glaubenssymbole zu bleiben. Solange die Gewährleistung der Sicherheit

ein Vorrecht der Behörden bleibt und die Öffentlichkeit aus diesem Prozeß ausgeschaltet ist, bleiben selbst die progressivsten Lösungen Halbmäßen, und indem man ein Problem löst, verschlimmern sich die anderen oder entstehen neue Probleme. Auch der Extremismus wird zunehmen, der ressortgebundene und der öffentliche. Das ist eine Schlußfolgerung aus unserem Spiel.

Das alles vermuteten die Organisatoren allerdings schon vorher. Eine andere Frage, ob es gelang, wenigstens etwas der Formierung wirklicher Expertenmethoden näherzukommen.

„Manchmal waren die Diskussionen ziemlich verwirrend, jedoch erstaunlich konstruktiv und bewirkten eine ernste Annäherung der Ansichten“, sagte abschließend der stellvertretende Direktor des Europa-Instituts der AdW der UdSSR Sergej Karaganow in einem Interview der Zeitung „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern). Mir schienen, viele Teilnehmer gingen in ähnlicher Stimmung auseinander, Militärs und Zivile, Formelle und Informelle.

Ich denke, das erfolgte in dem Maße, wie sich die Teilnehmer davon überzeugten, daß das „Präsidium“ niemanden an der Nase herumführt. Wir konnten, indem wir uns nicht in den Inhalt der Diskussionen mischten und davon absahen, die Antworten in das Schema der eigenen Vorstellungen zu pressen, die Diskussion schrittweise entpolitisieren und einen Sozialauftrag zu einem wirklich unabhängigen Gutachten formieren. Es erwies sich als überaus interessant, gewohnte Dinge von einem Standpunkt aus zu betrachten, von dessen Existenz die Teilnehmer früher oft nicht einmal etwas ahnten, die Logik selbst von unannehmbaren Positionen begreifen zu suchen, die Beschränktheit der eigenen Ansichten zu verstehen.

Im Ergebnis entstand ein Schlußdokument, das aus den Vorträgen der Arbeitsgruppen zusammengestellt wurde.

Dramatische Situation

Die Kriegsgefahr wächst, so interpretiere ich den Grundtenor der Diskussionen und Vorträge. Das widerspricht auch nicht der Schlußfolgerung aus dem Gutachten, daß die Kriegsgefahr in den letzten Jahren fast auf Null zurückgegangen ist.

Meiner Ansicht nach ist einfach die Hoffnungslosigkeit und Verbitterung des erwähnten Fregattenkapitäns eine viel realere Bedrohung der öffentlichen Sicherheit als die Invasion einer „NATO-Horde“. Nach Angaben, die der Kommentator der Zeitschrift „Das 20. Jahrhundert und der Frieden“ Simon Kordonski bei der Begutachtung anführte, sind immerhin 17 % der Befragten bei der Konstituierenden Versammlung der Vereinigung „Stschit“ der Meinung, daß unter den heutigen Bedingungen äußerste Maßnahmen, darunter auch gewaltsame, ein effektives Mittel der politischen Einflußnahme sein können.

Einer der wichtigsten Erfolge der Expertise ist wohl die Tatsache, daß hier eine ganze Reihe Kriegsgefahren und die Wechselwirkung zwischen ihnen, wenn auch nicht immer

analysiert, doch wenigstens genannt und beschrieben wurden. „Die Einteilung in äußere und innere Sicherheit ist von einem bestimmten Standpunkt aus relativ zu sehen. Es gibt die Bedrohung an sich“, heißt es in dem Vortrag, den S. Kordonski und der stellvertretende Abteilungsleiter der Hauptverwaltung für innere Truppen des Innenministeriums Wjatscheslaw Sirotkin vorbereiteten. Diese Gefahr wäre nicht nur mit dem Einsatz der Streitkräfte, sondern auch mit den vielfältigen Folgen der Kriegs- und Verteidigungstätigkeit im weiteren Sinne verbunden.

Tatsächlich, sind denn die politische Instabilität, der nationale Hader, das organisierte Verbrechen nicht zu einem Faktor geworden, der die Kriegsgefahr für unsere gesamte Gesellschaft und ihre einzelnen Gruppen und Mitglieder vergrößert? Tbilissi, Fergana, Abchasien, Armenien und Aserbaidshan, Duschanbe – immer häufiger werden die Streitkräfte (und nicht nur die staatlichen) zu einem politischen Argument. Ist es denn so schwer vorstellbar, daß, wenn wir dieser Tendenz nicht Einhalt gebieten, unser Land zu einem internationalen Unsicherheitsfaktor wird. Es besteht wohl kein Zweifel, daß der Westen dann uns gegenüber einen ganz anderen Ton anschlagen wird als jetzt.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Kriegsgefahr wurde bei der Begutachtung auch der Zustand unserer Armee untersucht.

Die Zwangsrekrutierung der Armee, der Formalismus in der Ausbildung und die Überforderung durch Wirtschaftsfragen, die Sklavenarbeit in den Bautrupps, Korruption, Diebstahl, die soziale Unsicherheit der Offiziere und ihrer Familien, die geringe Entlohnung, die Widersprüche zwischen dem Offizierskorps und der obersten Militärführung, der berüchtigte Terror der Altgeldenten, der schreckliche Formen annimmt, die Perspektive für Hundert-

tausende Wehrpflichtige, die nicht gerade vor Gesundheit strotzen, unter Kasernenbedingungen Invaliden zu werden...

Das alles sind keine Hirngespinnste von Pazifisten, und keine Propaganda, die darauf abzielt, das Ansehen der Armee zu untergraben. Das ist der Schmerz, den die einfachen Leute zur Expertise mitbrachten.

Bei der Begutachtung mußte man viele gewohnte Dinge mit neuen Augen betrachten. So wird oft behauptet, die Armee werde von Wehrpflichtigen, die im zivilen Leben mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren, verdorben. Ist es aber nicht verantwortungslos, Menschen mit krimineller Vergangenheit den Umgang mit der Waffe beizubringen? Sollte es wirklich die Aufgabe der Armee sein, Kader für das organisierte Verbrechen auszubilden? Haben nicht diejenigen, die jetzt in Armenien und Aserbaidshan aufeinander schießen, die Kriegskunst während des Militärdienstes erst richtig erlernt? Und die Entstehung des Waffenschwarzmarktes? Wie soll man berechnen, wieviel das die Gesellschaft kostet?

Die Armee ist aber nur ein Teil des Militärsystems. Die wachsende Kriegsgefahr ist auch durch die fehlende rechtliche Regelung für die Entscheidungsfällung über die Anwendung von Gewalt, ob im Ausland oder im Inland, bedingt. Vor diesem Hintergrund scheint die Frage, welche Armee wir brauchen, zweitrangig im Vergleich zur Frage, in wessen Händen sie sich befinden muß.

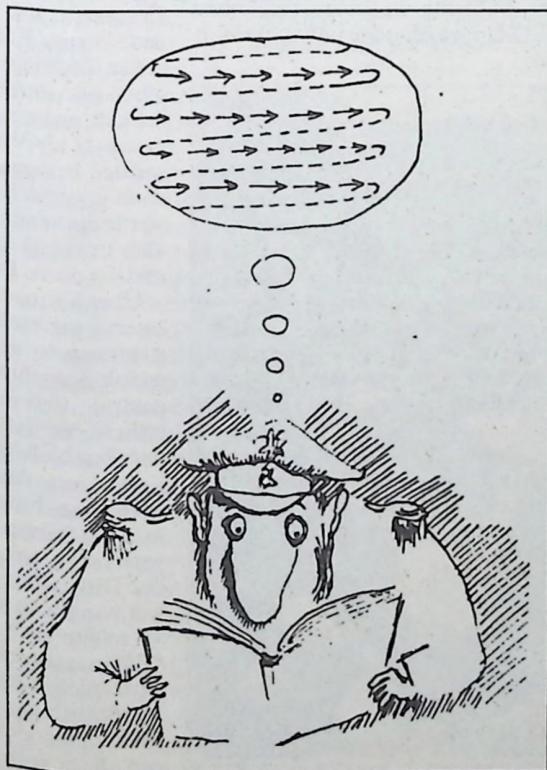
Die Unklarheit dieser Frage führt dann auch zu einer Gefahr, die mit der militärischen und Rüstungstätigkeit verbunden ist wie das absurde, durch nichts gerechtfertigte Geheimhaltungsregime. Dieses blockiert im Grunde jegliche ehrliche Versuche, Wege für die Gewährleistung einer wirklichen Sicherheit zu suchen...

Wie wir auch versuchten, vom rein militärischen Verständnis des Begriffs Sicherheit loszukommen, mußten wir immer wieder feststellen, daß in jeder beliebigen Bedrohung der sozialen, ökonomischen, politischen und ökologischen die militärische Komponente vorhanden ist. Bei sorgsamer Analyse der Arbeit kommt man zu dem paradoxen Schluß, daß die Gefahr für unsere Gesellschaft von dem bei uns entstandenen System der Gewährleistung der Sicherheit selbst ausgeht.

Das ist, ehrlich gesagt, eine dramatische und keineswegs triviale Situation. Ja, das Vaterland ist in Gefahr. Für uns gibt es aber keine einfachen bewährten Lösungen. Wenn das existierende Sicherheitssystem gefährlich ist, dann kann es hier nicht darum gehen, dieses endlos zu vervollkommen. Mehr noch sollten hier nicht Teilmaßnahmen, auch die progressivsten wie eine Armee reform mit Übergang zur Berufsarmee, helfen können.

Eine Transformation des gesamten Systems der öffentlichen Sicherheit ist notwendig, keine Perestroika, sondern eine tiefgreifende Umgestaltung unserer gesamten Gesellschaft. Diese Schlußfolgerung scheint mir das wichtigste Ergebnis der Expertise und gleichzeitig ein offener Ansatzpunkt für neue Ideen zu sein.

Alexej Pankin
Koordinator der Expertise



Zeichnung: Viktor Bogorad

Die „eiserne Hand“ und die Ereignisse von Tbilissi

Alexander Pumpjanski

In welchem Geist der Militärstaatsanwalt argumentierte

Merkwürdigerweise schien dieser Streit unbemerkt zu bleiben. Heutzutage gibt es ja mehr als genug Enthüllungen – man denke nur an die kleine Revolution im Leningrader Fernsehen, was gegen alle anerkannten Kriterien verstieß: gegen die Regeln der hierarchischen Unterordnung, die Ermahnungen des Ethik-Ausschusses des Obersten Sowjets der UdSSR sowie vielleicht auch gegen die Argumente des gesunden Menschenverstandes, um das Prinzip der Redefreiheit und eines völlig unbeschränkten Rechts der Öffentlichkeit auf freie Information durchzusetzen! Doch selbst in diesen stürmischen Zeiten ist der öffentliche Streit, in dem Eduard Schewardnadse dem Obersten Militärstaatsanwalt der UdSSR A. Katussew gegenübersteht, ein Streit, der ohne irgendwelche diplomatische Rücksichtnahme geführt wird, etwas nichts Alltägliches.

Eigentlich ist das überhaupt kein Streit. Es begann damit, daß „Ogonjok“-Korrespondent Leonid Pleschakow in einem Gespräch mit dem UdSSR-Außenminister auf die Ereignisse, die sich in der Nacht zum 9. April 1989 in Tbilissi abspielten, zu sprechen kam und ihm direkt die Frage stellte, was denn eigentlich in Tbilissi geschehen sei. Und warum? Hätte alles anders kommen können? Wie hätten Sie sich anstelle der georgischen Führung in jener tragischen Nacht verhalten? Schewardnadse nahm die Herausforderung an.



Derartiges wird nicht vergessen

Foto: Pawel Kassin

Er nannte die nächtliche Operation eine „Strafaktion gegen Demonstranten“ und „verurteilte“ sie. Eduard Schewardnadse verkündete das Prinzip: „Wenn keine Gefahr für Leben, Gesundheit und Würde der Bürger besteht, wenn Meetings und Demonstrationen die Grenzen des Gesetzes nicht überschreiten, muß man... ausschließlich mit politischen Mitteln handeln. Und das um so mehr..., wenn die Demonstranten zu einem Großteil Frauen und Kinder sind.“

Das Verhalten der Generale, die die Operation leiteten, ist ihm „unverständlich“. „Heutzutage reicht es für Militärs solchen Rangs einfach nicht, nur Befehlsempfänger zu sein“, sagte er, „sie müssen auch Politiker sein.“ Die Militärs müssen es verstehen, normale Beziehungen zur Bevölkerung zu unterhalten. Entsprechendes Unvermögen warf er General Rodionow, dem damaligen Oberbefehlshaber des Transkaukasischen Militärbezirks, vor.

Schewardnadse macht sich Sorgen über die Entfremdung zwischen Führung und Volk, zwischen Militärs und Volk. „Das muß überwunden werden“, sagte er, „sonst lassen sich auch in Zukunft Dummheiten wie die Entscheidung, Gewalt in Tbilissi einzusetzen, nicht vermeiden.“

Und er verwies auf den dichten Rauchvorhang von Lügen, die die tragischen Ereignisse umgaben. „Diejenigen, die die Operation leiteten, und diejenigen, die die Untersuchung durchführten, logen skrupellos“, sagte er. Sie logen über die Pionierspaten, über das Giftgas. Daß das eine wie das andere zum Einsatz kam, wurde nicht etwa am ersten Tag eingestanden, sondern erst, als man es schon nicht mehr abstreiten konnte. Die Öffentlichkeit und sogar sie, Schewardnadse und Rasmowski als Vertreter der Führung des Landes, wurden belogen. Alles wurde abgestritten. Und dann erklärte Schewardnadse wortwörtlich: „Ich werde nie verstehen, warum. Es ist doch klar, daß alles trotzdem ans Licht kommt. Man begriff das und log doch. Das ist furchtbar.“

Über Katussew ist nicht viel gesagt worden. Der Interviewer stellte die Frage, warum der Militärstaatsanwalt den Schlußfolgerungen des Sobtschak-Ausschusses in aller Öffentlichkeit entgegentrat, und Schewardnadse antwortete ihm: „Mir ist hier vieles unverständlich. Da nun einmal der Beschluß gefaßt wurde, den Ausschuß des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR anzuhören, brauchte man keine Koreferenten. Ist man mit Sobtschaks Schlußfolgerungen nicht einverstanden, soll man sich wie alle anderen auch in der Diskussion zu Wort melden. Katussew aber trat sozusagen als Ankläger auf. Ehrlich gesagt, ich mußte mich sehr zusammennehmen, um dem Militärstaatsanwalt bis zu Ende zu folgen. Er war entsetzlich inobjektiv, ich würde sagen, unehrlich. Menschlich gesehen, ist das einfach unerklärlich. Ebenso wie viele Argumente und Beschuldigungen, die er vorbrachte, nicht zu erklären, nicht zu beweisen sind.“

Und noch etwas. „Mit der strafrechtlichen Untersuchung dieses Verbrechens hätte man nicht die Militärstaatsanwaltschaft betrauen dürfen. Als Militärstaatsanwalt kann Genosse Katussew nicht objektiv bleiben... Ob er es will oder nicht – dienstliche Interessen zwingen ihn, entgegen den Fakten abzuwiegen.“

Wir wissen nicht, wie General Rodionow und andere Militärs, die an der Operation von Tbilissi beteiligt waren, all das aufgenommen haben, doch Generalleutnant der Justiz A. Katussew antwortete. Seine Antwort verdient es, zitiert zu werden.

„Es war nun einmal bei uns üblich, daß es sich viele Jahre lang Personen, die eine dominierende Stellung in den politisch-gesellschaftlichen und den staatlichen Strukturen einnahmen, erlaubten, Würde und Ehre derjenigen, die einige Stufen auf der hierarchischen Leiter tiefer standen, zu erniedrigen. Das gehörte zur Tagesordnung ebenso wie das familiäre Duzen, das sich der Chef gegenüber seinen Vorgesetzten erlaubte, während letztere ihn siezen mußten. Ich meinte, die Umgestaltungsprozesse in unserer Gesellschaft in den vergangenen fünf Jahren würden einen solchen Stil verdrängen, doch Ihr Interview für das Magazin ‚Ogonjok‘ (Heft 11/1990) unter der Überschrift ‚Mit der Wahrheit zu überzeugen suchen‘ demonstriert, daß sich leider wenig verändert hat – zumindest für Sie persönlich...“

Ja, mutig gesagt – das kann man nicht bestreiten. Er hat keine Angst... Und wie wenig er seine Vorgesetzten schont!

Die in hohen Rängen anzutreffende Grobheit, die absolute Straflosigkeit der Partei- und Staatsspitze, das gewaltsam durchgesetzte Schweigegebot für die Presse: über Personen von einer gewissen Ebene an nur Gutes, als seien das keine lebendigen Menschen, sondern Gottheiten – all das kennzeichnet unser politisches Leben schon seit langem. Und wenn ein gemeiner Sterblicher plötzlich, sich selbst überwindend, die herrschenden Verhältnisse herausfordert, dann sind unsere Sympathien zweifellos auf der Seite des Herausforderers.

Doch, ehrlich gesagt, kann ich mir Generalleutnant der Justiz A. Katussew in der Rolle dieses Herausforderers nur schwer vorstellen – seinem Rang und seiner Funktion nach muß ich bei ihm eher an die „eiserne Hand“ denken. Zu den Aufgaben der Mitarbeiter der Justiz gehört zweifellos der Schutz des einzelnen vor Willkür von oben. Nichtsdestoweniger erhob unser Held, soweit mir bekannt ist, seine Stimme erstmals so laut, als es darum ging, seine eigene wertvolle Person zu verteidigen. Natürlich nimmt das seinen Bemühungen etwas von ihrem Wert, doch dafür ist das in der heutigen Situation berechtigt genug. Zu populistischen Argumenten (alle da oben seien ja von dieser Art) greifen jetzt auch schon jene, die selbst ganz oben sitzen. Und obwohl „Kritik um jeden Preis“ und „Destruktivität“ oft genug als krankhafte Leidenschaft der Presse gegeißelt wurden



– wie viel Bitterkeit, giftige Bitterkeit, gegenüber dem System insgesamt ist doch bisweilen in der Brust von Militärstaatsanwälten verborgen. Und so hat die Perestroika die schönen Hoffnungen des Genossen Katussew nicht wahr werden lassen, da es jemand wagt, ihn zu kritisieren.

Und dann kommen beliebige Mittel zum Einsatz – bis hin zu Giftfeilen wie in der Steinzeit. Wie sich herausstellt, fühlt sich Katussew nicht nur getroffen, Schaden zugefügt wurde der Einrichtung der Militärstaatsanwaltschaft als solcher! Es wurden ja „ungesunde Einstellungen gegenüber ihrem rechtspflegerischen Wirken“ hervorgerufen. Schewardnadse erwähnte am Rande noch, daß der Gouverneur des Zaren in Georgien ein kluger Mann und Diplomat gewesen sei, Katussew aber lasse deutlich werden, „wie haltlos unter unseren Bedingungen die Idee ist, Militärgouverneur sein zu wollen,“ und das verlange eine öffentliche Antwort. So leicht sei es eben, einen, natürlich politischen, Fall zu konstruieren, selbst gegen ein Mitglied des Politbüros. Was wollen wir dann von den beiden kleinen Untersuchungsführern, wenn uns jemand, der für die gesamte Untersuchungsführung im Lande verantwortlich war, deren Methoden in vollem Glanz demonstriert.

Den Behauptungen seines Opponenten sucht A. Katussew mit folgenden Argumenten entgegenzutreten.

Er habe die Untersuchung nicht behindern und Handlungen der Militärs nicht vertuschen wollen, da er in jenen April-Tagen, als er, Katussew, zusammen mit Schewardnadse in Tbilissi war, noch nicht Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der UdSSR und Oberster Militärstaatsanwalt, sondern Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der UdSSR für die Untersuchungsführung war. Und überhaupt habe gerade er, Katussew, „früher als andere die Vermutung geäußert, Militärangehörige hätten möglicherweise sowohl Pionierspaten als auch Giftgas eingesetzt, worauf er unverzüglich angeordnet habe, eine Untersuchung zur Ermittlung dieses Tatbestandes einzuleiten“.

Das ist ein interessantes Argument, doch es überzeugt kaum ganz. Nehmen wir es dem beleidigten Staatsanwalt ab, daß gerade er als erster auf die Spur der Spaten und auf den Gasgeruch stieß und eine Untersuchung anordnete. Doch da möchte man, zumindest jetzt, ein Jahr nach den tragischen Ereignissen, wissen: Was sind die

Ergebnisse dieser Untersuchung? Wer ist schuld und auf welcher Ebene sind die Schuldigen? Wer wurde für Verbrechen bestraft? Und wer für die Vertuschung von Verbrechen, für Lügen?

Oder geschah das, was leider oft in unserem Leben geschieht: Katussew erhielt eine neue Funktion, und der Fall „interessiert nicht mehr“? Möglicherweise treibt sein Nachfolger Sabotage? Gilt denn für den Militärstaatsanwalt, in dessen Zuständigkeit die Untersuchung der entsprechenden Verbrechen fällt, worauf Katussew in seinem polemischen Brief besonders besteht, eine Anweisung eines stellvertretenden Staatsanwalts der UdSSR überhaupt nicht? Mit anderen Worten, dem heutigen Genossen Katussew hat der gestrige Genosse Katussew keine Anweisung zu erteilen, das sind zwei verschiedene Genossen. Obwohl es andererseits doch ein Genosse ist, und würde man ihm sagen, daß er auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR eine entsetzliche Rede gehalten hat, in der er versuchte, die Angreifer zu verteidigen, wodurch er jene beleidigte, die überfallen wurden – die Lebenden und die Toten –, dann wird er sofort entgegnen, gerade er habe die Untersuchung wegen der Pionierspaten und des Giftgases angeordnet.

Die Diskussion über die Tragödie von Tbilissi auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR fand hinter verschlossenen Türen statt. Weder Sobtschaks noch Katussews Bericht wurden in der Presse veröffentlicht, doch die Abgeordneten, mit denen ich sprach, verhehlten ihre Empörung über die Rede des Militärstaatsanwalts nicht: Seiner Logik zufolge waren es nicht die Militärs, die nachts ein unerlaubtes Meeting vieler Tausender Bürger der Stadt mit Mitteln und Methoden, die zu zahlreichen Opfern führten, „auflösten“, sondern die Einwohner von Tbilissi selbst sollen die Armeeeingeborenen in eine Sackgasse gelockt und sie plötzlich angegriffen haben, wobei sie eine Panik mit tödlichen Folgen auslösten. Ein Deputierter sagte mir, er habe bis heute folgendes Paradebeispiel staatsanwaltlicher Demagogie nicht vergessen: „Unbewaffnete, völlig wehrlose Soldaten, unsere wie eure Kinder, die unsere gemeinsame Ruhe schützen, stehen auf einmal Hunderten wüster Rowdys allein gegenüber“.

Eduard Schewardnadse fand die Kraft, dem Militärstaatsanwalt bis zu Ende zuzuhören. Viele auf dem Kongreß der Volksdeputierten fanden diese Kraft nicht und verließen demonstrativ den Tagungssaal. In der diesbezüglichen Resolution findet sich glücklicherweise keine Spur von Katussews Behauptungen, sie wurden ganz offensichtlich dessen nicht für würdig befunden, was ihn aber heute, die Vorzüge der Demokratisierung nutzend, keineswegs hindert, seine alles andere als demokratische Position zu verteidigen.

Und wo tut er das? Natürlich in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ – wo denn sonst?

(Ein kleiner Exkurs. Im Zusammenhang

mit einem frei werdenden Sessel in der „Iswestija“ kam das Gerücht in Umlauf, er könne vom jetzigen Chefredakteur der „Sowjetskaja Rossija“ eingenommen werden. Die „Iswestija“ bringt eine demokratische, progressive Haltung zum Ausdruck – und in dieser Richtung profiliert sie sich immer mehr. „Sowjetskaja Rossija“ hingegen profiliert sich als Sprachrohr konservativer Ansichten – und wird dabei immer aggressiver. Eine Gehirnantransplantation ist meiner Meinung nach recht riskant, besonders wenn man den Spender und die Akzeptanz vergißt. Man kann nicht verlangen, daß Gerüchte rationaler Art sind, doch allein schon der Umstand, daß ein so merkwürdiges Gerücht auftaucht, zeugt davon, daß es die Gesellschaft gewohnt ist, vom administrativen System die verschiedensten Experimente zu erwarten).

Doch zurück zu unserem Thema.

Zwei Logiken prallen in der Polemik aufeinander. Zwei Logiken schweben über der Einschätzung der Tragödie von Tbilissi sogar heute noch, ein Jahr danach. Zwei Logiken ringen in all unseren Ereignissen und Entscheidungen um die Zukunft – die gewohnte autoritäre und die neue demokratische Logik.

Die autoritäre Logik lehnt a priori die Möglichkeit ab, daß die Regierung, der Staat, die Armee nicht recht zu haben brauchen, und wenn die Tatsachen eine andere Sprache sprechen, dann um so schlimmer für die Tatsachen. Von daher rührt die Negierung des Offensichtlichen: des Einsatzes von Pionierspaten und von Giftgas, des ungesetzlichen Charakters der Entscheidung über den Einsatz militärischer Gewalt und der Tatsache, daß die konkreten Befehle absolut undurchdacht waren. Und so erklärt sich auch, daß man Schreckensvisionen aufzubauen und mit ihnen die Gesellschaft einzuschüchtern sucht. Bereits am Morgen verbreiteten offizielle Quellen Versionen von geheimen verbrecherischen Komplotten und Terroristenbanden, die zu allem bereit gewesen seien...

Demokratische Logik versteht, daß die Menschen auf dem Platz – Männer und Frauen, Erwachsene und Kinder, Hungerstreikende und Protestierende, die die verschiedensten extremsten Losungen schrien – keine Zusammenrottung und erst recht keine Bande von Gewalttätern ist. Es ist das Volk. Und diese Menschen sollte man sich bemühen zu verstehen. Mit ihnen muß man reden, muß eine gemeinsame Sprache suchen. Gegen das eigene Volk führt man nicht Krieg, man versucht, es zu überzeugen – oder man verliert es, und dann verliert man auch die Macht.

Es ist zu bedauern, wenn aufgebrachte Menschen die Macht schmähen. Wenn aber die Macht – die Menschen, die mit der Macht ausgestattet sind, die ideologischen Institute, die offizielle Presse – die Menschen verleumdet?! Das gilt als annehmbar, als normal. Es muß ja bewiesen werden, daß eine „Strafoperation“ ebenso wie eine chirurgische Operation notwendig war. Eine schwierige Aufgabe. Und deshalb schreckt autoritäre Logik nicht vor der Dif-

famierung von Menschen zurück. Erwarten sie von ihr keine Entschuldigung, keine Reue – nicht einmal ein Jahr danach. Sie wird bis zuletzt auf dem ihren beharren.

Demokratische Logik ist kein Allheilmittel. Pluralismus und Toleranz können in einer von Problemen gequälten Gesellschaft dem Extremismus einzelner und informeller Organisationen den Weg bahnen. Gerade solcher Extremismus hielt wochenlang das politische Klima im Zentrum von Tbilissi am Kochen – bis zum 8. April v. J. In der Nacht zum 9. April aber erlebte der Platz im Zentrum von Tbilissi etwas viel Schlimmeres und Gefährlicheres – den Extremismus unkontrollierter staatlicher Macht. Autoritäre Logik triumphtierte zu einem entsetzlich hohen Preis. Und dabei hat der Staatsextremismus den Extremismus einzelner und informeller Organisationen keineswegs beseitigt, nicht einmal niedergehalten. Er hat ihn nur weiter geschürt, hat das glimmende Feuer zur offenen Flamme werden lassen.

Oft wird von einer „eisernen Hand“ als beste Methode gesprochen, Entscheidungen zu treffen und für Ordnung zu sorgen. In der Situation in Georgien wurden die Entscheidungen autoritär, im Geist einer „eisernen Hand“ getroffen. Infolgedessen war auf verschiedenen Ebenen die gleiche Verantwortungslosigkeit zu beobachten: Keine Entscheidung wurde mehr von den gesellschaftlichen Einrichtungen kontrolliert, nicht einmal von den Entscheidungsträgern. Ein verhängnisvoller Mechanismus lief an.

Wie die Aufgabe auch formuliert wurde – „einen Platz von Menschen zu räumen“ oder „für Ordnung in einer Republik zu sorgen“ –, sie wurde nicht erfüllt, sondern die Situation verschlechterte sich vielmehr grundlegend. Dieser Platz wird jetzt schon niemals mehr geräumt werden können. Die Verhältnisse in der Republik können nicht einmal zu der Situation vor dem 9. April 1989 zurückkehren. In anderen Regionen – so in Litauen – verhärtete sich die Auffassung, daß man mit Moskau besser nicht zu tun haben sollte, was dort auch über die Perestroika gesagt werden mag.

Wer Ansichten vertritt wie diejenigen, die Katussew verteidigt, betrachtet sich als Verteidiger der Armee, des Staates, der Gesellschaft gegen Anarchie und Willkür. In Wirklichkeit kann man sich schlimmere Propaganda gegen die Armee, gegen den Staat, gegen die Gesellschaft gar nicht denken. Die Fehler und Verbrechen, die in der tragischen Nacht in Tbilissi Opfer verlangten, haben ihre konkreten Schuldigen – in Uniform und ohne sie. Wenn sie nicht als Schuldige bezeichnet und genannt werden, wenn ihre Schuld vielmehr vor den Augen aller ehrlicher Menschen vertuscht werden soll, dann hat bereits die ganze Armee, der ganze Staat, die ganze Gesellschaft diese Schuld zu tragen. Das ist nun einmal so. Eine „eisernen Hand“ kann nur zu einer Tragödie führen.

Bereits vor etwa 2 Jahren wurde in der Gesellschaft „Memorial“ die Frage aufgeworfen, das KGB-Gebäude auf dem Dzierzynski-Platz solle als Museum für die Opfer der Repressalien, als Bibliothek, als allgemein zugängliches Archiv und als Forschungszentrum dienen. Damals hörte sich das geradezu utopisch an – doch kurz vor unserer jetzigen Begegnung im KGB richteten Iren Andrejewa und andere Deputierte konkrete Anfragen an das Komitee für Staatssicherheit. Gerade das wurde zum Anlaß für die Begegnung Ende März.

Dazu ist zu sagen, daß „Memorial“ jetzt nicht mehr auf einer Übergabe des Gebäudes besteht. Das hat mehrere Gründe. Ich weiß, daß viele ältere Menschen, die „Memorial“ aktiv unterstützen, die in Stalins Lagern gelitten haben, sagen: Die Lubjanka ist ein Ort des Schreckens, man sollte dort keine Gedenkstätte einrichten. Natürlich kann man den Einwand erheben, daß es zum Beispiel in Auschwitz eine Gedenkstätte gibt... Der zweite Grund ist folgender: „Memorial“ ist unzufrieden damit, wie das KGB seine Beziehungen zu unabhängigen Organisationen darzustellen sucht, und vertraut deshalb dem KGB als Verhandlungspartner nicht sonderlich. Ein markantes Beispiel: Am 30. Oktober v. J., am Tag der sowjetischen politischen Häftlinge, führte „Memorial“ eine Aktion durch – man bildete eine Menschenkette, deren Teilnehmer brennende Kerzen in den Händen hielten, um die Lubjanka. Doch in den Artikeln einiger zentraler Zeitungen wurde dies fast als gemeinsame Aktion mit dem KGB hingestellt! Es wurde betont, daß die Aktion von den Moskauer Stadtbehörden und vom KGB erlaubt worden sei. Doch das war einfach nicht wahr. „Memorial“ hatte den Mosowjet nur von seinen Plänen in Kenntnis gesetzt – und auch das nur zwei Tage vorher – und keine Antwort erhalten. Was das KGB betrifft, so war rechtlich seine Erlaubnis überhaupt nicht erforderlich. Andrej Sacharow informierte Wladimir Krjutschkow nur telefonisch darüber, was geplant war...

Die Anhänger von „Memorial“ haben auch einen dritten Grund. Das KGB-Gebäude ist so groß, daß es für „Memorial“ einfach zu teuer ist... Übrigens soll die Gesellschaft bald schon ein anderes, bescheideneres Gebäude erhalten – ebenfalls am Dzierzynski-Platz.

Wie dem auch sei, bei der Begegnung am 23. März wurde viel über das Schicksal des KGB-Gebäudes gesprochen. Die Deputierten Iren Andrejewa, Alexander Kudrjawzew und Ales Adamowitsch ergriffen das Wort... So meint Iren Andrejewa, die Übergabe des KGB-Gebäudes wäre von großer symbolischer Bedeutung – und das läßt sich nicht abstreiten. Sie richtete unsere Aufmerksamkeit darauf, wie sich die Beziehungen zwischen der Staatssicherheit und der Gesellschaft in der heutigen DDR entwickelten: Dort wurde der Hauptsitz des Ministeriums für Staatssicherheit von der Menge demoliert. Das ist ein keineswegs positives Beispiel –

Kommt das KGB aus dem Untergrund?

Drei Hefte hintereinander (in NZ 13 – 15) berichtete unsere Zeitschrift über **Sergej KOWALJOW**, einen ehemaligen politischen Häftling, jetzt Volksdeputierter der RSFSR. Und nun gab es eine überraschende Fortsetzung. Sergej Kowaljow äußert sich zu der Begegnung (an der auch er teilnahm) einer Gruppe von Deputierten mit dem Vorsitzenden des KGB der UdSSR **Wladimir KRJUTSCHKOW**.

und man sollte sich Gedanken über Schritte machen, die helfen würden, derartiges zu vermeiden...

Der KGB-Vorsitzende antwortete sehr ausführlich: Er ist der Meinung, daß das Gespräch über die Zukunft des Hauses an der Lubjanka fortgesetzt werden kann, doch eine solche Übergabe wäre sehr kompliziert, langwierig und würde teuer sein. Das ist offenbar tatsächlich so.

Das KGB bietet jetzt 2 bis 3 Millionen Rubel aus seinen Fonds an, um „Memorial“ zu helfen, eine Gedenkstätte zu gestalten. Doch ich meine nicht, daß eine solche finanzielle Beteiligung in der jetzigen Situation von „Memorial“ akzeptiert werden kann.

Ehrlich gesagt, mir scheinen andere Themen, die bei der Begegnung im KGB berührt wurden, interessanter zu sein. Ich versuchte in meinem Diskussionsbeitrag die Frage nach den Dokumenten aufzuwerfen, die die Tätigkeit des KGB früher und jetzt regeln. Insbesondere interessierte mich die Briefzensur. Ich sprach ferner von der Verantwortung des KGB für die Verbrechen der Stalin-Zeit und von der Verantwortung der 5. Verwaltung des KGB für spätere Handlungen. Ich wollte wissen, wie der KGB-Vorsitzende zu den Funktionen einer politischen Polizei, die das KGB spielte, steht, und ob es Garantien dafür gibt, daß das KGB diese Funktionen nicht mehr ausüben wird.

Wladimir Krjutschkow antwortete, die

Handlungen des KGB seien stets von geheimen, nicht veröffentlichten Verordnungen geregelt gewesen. Die Verordnung von 1959 ist bis heute gültig. Der KGB-Vorsitzende äußerte die Hoffnung, daß zwei jetzt in Ausarbeitung befindliche Gesetze – über die Staatssicherheit der UdSSR und speziell über das Komitee für Staatssicherheit der UdSSR – offen sein und öffentlich erörtert werden und das KGB in gewissem Sinne „aus dem Untergrund“ herausführen werden.

Und dann wurde ein sehr eingehendes Gespräch über die heutigen politischen Häftlinge geführt. Ich nannte insbesondere die Namen von Bogdan Klymischak, der tatsächlich gegen das Gesetz verstoßen hat – er überquerte illegal die Grenze –, doch wegen „Hochverrats“ und zudem noch wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ (Art. 64 und 70 des damaligen StGB der RSFSR) zu 15 Jahren verurteilt wurde, sowie von Michail Kasatschkow und Leonid Lubman, die der Spionage beschuldigt wurden. Hier ist zu konkretisieren: Niemand verlangt, unverzüglich und vorbehaltlos alle Häftlinge des 35. Lagers, des letzten politischen, freizulassen. Es geht vielmehr darum, ihre Fälle auf gesetzliche Weise zu überprüfen, darum, daß die Öffentlichkeit Zugang zu einer solchen Überprüfung hat und sich ein Urteil darüber bilden kann, ob die Urteile begründet sind. Ich sprach von den alten Menschen, die „wegen Kriegsverbrechen“ in

unseren Lagern sitzen, von der Willkür der gerichtlichen Voruntersuchung, die in den Nachkriegsjahren bei diesen Fällen erfolgte. Verglichen mit ihnen sind unsere Prozesse – nach Art. 70 – die verkörperte Gerechtigkeit. Als Beispiel nannte ich Michail Tarachowitsch aus Belorussland, mit dem zusammen ich im 36. Lager einsaß. Er diente den mir bekannten Dokumenten nach 17 Tage in der Wehrmacht, in die er gewaltsam mobilisiert wurde – nach einer „Strafaktion“ in seinem Dorf. Nach 17 Tagen Dienst desertierte er und kehrte in sein Heimatdorf zurück, dort wurde er schon bald zur Sowjetarmee einberufen und kam bis nach Berlin. Noch lange diente er auf der Krim... und gelangte einige Jahre später für eben jene 17 Tage ins Lager. Andrej Sacharow verlangte seinerzeit eine Wiederaufnahme auch dieses Falles. Man antwortete ihm aus der Staatsanwaltschaft, eine derartige Person sei ihnen unbekannt, werde bei ihnen nicht geführt. Dann aber stellte sich heraus, daß man Sacharow einfach belogen hatte: Tarachowitsch verbüßte noch ein halbes Jahr nach dieser Anfrage seine Strafe...

Der KGB-Vorsitzende antwortete mir, Lubman solle schon bald entlassen werden – er sei sehr krank; bei den Fällen der anderen aber müßte erst noch geprüft werden, wie berechtigt die Urteile seien.

Schön wäre es, wenn dieses Versprechen ernst gemeint wäre. Doch schon viele derartige Versprechen wurden gegeben...

Iren Andrejewa und ich bemerkten die Losung „Die Tscheka ist der bewaffnete Trupp der Partei“ im KGB-Museum und fragten Wladimir Krjutschkow, ob das auch heute so sei. Nein, versicherte das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU. Jetzt unterstehe das KGB nur dem Staat. Das KGB, fuhr Krjutschkow fort, habe als Organ der Partei begonnen, die Parteibeschlüsse seien für das Komitee das Wichtigste gewesen, jetzt aber, nach der Beseitigung von Art. 6 der Verfassung, ist dem schon nicht so...

... Was können die Garantien dafür sein, daß die politische Bespitzelung in unserem Land nicht wiederaufgenommen wird? Vor allem klare, gesetzlich verankerte Begrenzungen der Funktionen des KGB oder eines anderen, neu zu schaffenden Organs der Staatssicherheit – ein solches Organ aber ist tatsächlich leider bislang eine Notwendigkeit. Doch es muß die äußere Sicherheit des Landes gewährleisten – nicht mehr. Die inneren Angelegenheiten dürften es überhaupt nichts angehen. So fragte ich Wladimir Krjutschkow, ob die 5. Verwaltung des KGB weiterbesteht. Er sagte, sie sei aufgelöst worden und statt dessen habe man eine neue Verwaltung, die sich mit dem Schutz der Prinzipien der Verfassung befaßt, eingerichtet. Möglicherweise ist eine solche Verwaltung tatsächlich erforderlich – doch warum im Rahmen des KGB? Ja, die Verfassung ist zu respektieren und folglich zu schützen. Doch warum sollen sich die Geheimdienste damit befassen – nicht aber die Justiz? Die Begegnung im KGB war zweifellos nützlich – doch noch sehr viele Fragen sind geblieben...



Das Gebäude am Dzierzynski-Platz: Nach wie vor Sitz des KGB. Veränderungen im Innern

Die Profi-Werbung ...

Auf den Seiten unserer Wochenzeitschrift finden Sie Informationen und Meinungen über sowjetische und internationale Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wir reservieren Ihnen jetzt auch Platz für Ihre Werbung.

„ N E U E Z E I T “

Jede Woche 48 Seiten. In 10 Sprachen in mehr als 100 Ländern. Gezielte Werbung in aller Welt. Eine Werbe-Chance für Profis. Unsere Zeitschrift auch für Sie!

... in die „Neue Zeit“

„Nova doba“: Unsere Ausgabe in der CSFR

Allen, deren Muttersprache Tschechisch ist, und allen, die diese Sprache lernen beziehungsweise ihre Tschechisch-Kenntnisse auffrischen wollen, empfehlen wir, regelmäßig „Nova doba“ zu lesen.

Wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland leben, schicken Sie Ihren Abonnementwunsch bitte an die Firma

**Kubon und Sagner GmbH,
Postfach 340 108,
8000 München 34**

■ *Das Jahresabonnement kostet 129.00 DM.*

„Neue Zeit“ in Griechisch

Seit Januar 1988 bringt die Firma Nei Keri (Athen, Griechenland) die NZ in Griechisch heraus. Erscheinungsweise: Einmal monatlich, 12 Hefte pro Jahr. Die griechische Ausgabe der NZ kann man problemlos abonnieren. Schicken Sie bitte an die Firma

Nei Keri Elladas

**(Nikis-Straße 24, 105 57, Athen, Griechenland) einen Scheck
oder überweisen Sie auf ihr Konto Nr. 104/470838-57
bei der Nationalbank von Griechenland S.A.,
Syntagma-Platz, Filiale 10, Servias-Straße 6,
das Geld für das Jahresabonnement – 25 US-Dollar
– und geben sie dabei Name, Anschrift und Telefon an.**

■ *Wie gesagt: Ein Jahresabonnement kostet 25 US-Dollar.*

*Der Einzelpreis eines Heftes beträgt 2,10 US-Dollar
(incl. Postgebühren).*

Wie man eine blühende Gesichtsfarbe erhält



Tatjana
Iwanowa

**Warum einige
Deputierte die
Übertragung der
Tagungen des
Obersten Sowjets
verbieten wollen**

Haben Sie schon bemerkt, daß unser Volk nicht ausschläft? Und das Tag für Tag. Haben Sie nicht daran gedacht, daß sich unser Volk von der ständigen Übernächtigung die Gesichtsfarbe verderben kann? Daran haben Sie nicht gedacht... Weil Sie Ihr Volk nicht lieben wie es sich gehört, sich nicht darum sorgen wollen. Es gibt aber zum Glück Leute, die das können, sich sorgen und lieben!

Sie konnten sie hören, als die laufende Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR eröffnet wurde. Erinnern Sie sich? Sie sagten, daß die Übertragungen von den Sitzungen eingestellt werden müssen, weil das Volk nicht mehr richtig ausschlafen könne. Sie haben allerdings, aufgrund der Ernsthaftigkeit des Anlasses, darauf verzichtet, die Gesichtsfarbe zu erwähnen. Sie sprachen von dem durch ständige Übermüdung bedingten Rückgang der Arbeitsproduktivität. Das war richtig, durchaus männlich. Es muß doch jedem klar sein, daß wegen dieser berühmten Übertragungen die Arbeitsproduktivität immer mehr zurückgeht. Früher gab es so etwas nicht, da hatten wir eine hohe Arbeitsproduktivität. Wohin man schaute – Wurst, Traktoren bestellen üppige Äcker, Blockwalzwerke, neue Bewässerungskanäle... Das sozialistische Lager wurde von Stunde zu Stunde stärker.... Keiner dachte an den Austritt aus der Union... Es war wunderbar!

Unsere sowjetischen Menschen waren die rotbäckigsten in der Welt!

Wenn man die Glasnost endlich verbieten würde, dann würden wir gleich wieder an Frische gewinnen!

Genug der Alberei. Mir ist nämlich in Wirklichkeit überhaupt nicht zum Lachen zumute. Einige Deputierte, und das sind nicht wenige, beharren wirklich auf der Abschaffung der Übertragungen. Argument: Das sei, wie schon gesagt, die ständige Übermüdung des Volkes. Einige Volksdeputierte seien nur darauf aus, vor dem Bildschirm schön zu tun, und überhaupt „verabschieden wir Gesetze, und das ist schon unsere innere Angelegenheit. Wir brauchen eine wirkliche Arbeitsatmosphäre“. Andere Argumente gibt es nicht. Das Schlimme ist aber, daß auch diese so manchem glaubhaft erscheinen...

Wollen wir nicht vergessen, daß das nicht der erste Versuch ist, Glasnost zu unterbinden. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Rundfunk und Fernsehen selbst trat für die völlige Einstellung der Übertragungen ein. Der Präsident

konnte jedoch dessen Motive abwenden, sowie sie erklangen, und er tat das entschlossen und unwiderlegbar. Andere Deputierte haben dann den Gedanken des Präsidenten allseitig weiterentwickelt. So wurden wir von der „führungsmaßige“ Sorge um unsere Gesichtsfarbe erlöst.

Was bedeuten denn nun die Übertragungen für die Menschen und das Land wirklich? Überlegen wir einmal. Warum nimmt ein Volk dafür ständige Übernächtigung in Kauf?

Erstens ist es das Interessanteste, was unser Fernsehen heute zu bieten hat. Selbst wenn die Übertragung von den Sitzungen mit den einzigen, bis jetzt noch nicht endgültig abgewürgten Sendungen „Wsgljad“ und „Pjatoje Kolesso“ zusammenfällt, fällt die Knopfdruckerei bei der Senderwahl im Endeffekt zu Gunsten der Übertragung aus. Die Leute verbringen ja überwiegend die Abende am Bildschirm. Was sollen sie sonst machen? Die Straßen sind finster und gefährlich, die Geschäfte schließen zeitig, fürs Theater bekommt man keine Karten und wenn, weiß man nicht, wie man gefahrlos nach Hause kommt. In der Stadt steckt kaum einer abends seine Nase heraus. Was soll man da erst von den Städtchen, Siedlungen und Dörfern sagen...

Die Übertragungen sind interessant, weil wir vom Bildschirm herunter unsere eigenen Gedanken hören. Die Volksdeputierten, unsere Volksvertreter sagen das, was wir gesagt hätten. Dafür haben wir sie ja auch gewählt. Sie sagen das besser, als wir es gesagt hätten, weil sie klüger und gebildeter sind als wir. Wir haben ja die Besten gewählt. Und wir sehen, wie schwer es sein kann, unsere Wahrheit zu behaupten. Es schien uns doch einmal so, als genüge es, die Wahrheit zu sagen, und die Wahrheit würde siegen, als genüge es, ein überzeugendes Argument anzuführen, und alle wären überzeugt.

Wir lernen unser Land kennen. Lernen es kennen und begreifen uns selbst besser. Wir sehen, wer von unseren Ausereignissen mutig ist, wer feige, wer arbeitet und wer sich vor der Verantwortung drückt und in der Stille abwarten will. Wir lernen Standhaftigkeit und die Kunst des Streitens, wir lernen dazu, stärken unseren Geist, trauern, fühlen mit, werden zornig, freuen uns, triumphieren, werden klüger. Das alles gibt uns die Übertragung!

Eines der heute am häufigsten verwendeten Begriffe ist „geistiger Reichtum“. Man sagt, in der Gesell-

schaft würde es daran mangeln. Was könnte uns aber geistig mehr bereichern als diese Übertragungen? Mit ihrer Hilfe erwirbt die Gesellschaft menschliche Würde, lernt Staatsbürgerlichkeit, beginnt zu begreifen, was das ist – Freiheit.

Um was in der Welt kann man die Gesellschaft der Möglichkeit berauben, sich zu entwickeln und klüger zu werden? Etwa um der Rotbäckigkeit willen? Natürlich nicht. Die Deputierten, die gegen eine Übertragung sind, kämpfen für eine dosierte Propaganda (Die Reportagen von den getrennten Sitzungen der beiden Kammern sind nämlich dosierte, zielgerichtete Propaganda: eine halbe Minute Buatschidse, eine halbe Minute Igitian, Schewtschenko dagegen in vollem Umfang...). Sie kämpfen gegen die Information, gegen eine Information in vollem Umfang und ohne Schnitte.

Diejenigen, die es nicht ans Rednerpult zieht, wollen, daß wir sie nicht von Angesicht kennen, und wollen nicht, daß wir die das Rednerpult Belagernden mehr lieben als sie. Sie sind der Meinung, daß es ein Ausdruck von Bescheidenheit sei, wenn sie still die Tagungen absitzen und mit der Mehrheit stimmen; Bescheidenheit sei jedoch wiederum die beste Eigenschaft des Sowjetmenschen. Die Übertragungen stören sie dabei, sich von dieser ihrer Meinung nach besten Seite zu zeigen. Und sie machen jeden schlecht, der sich so benimmt, wie es ihm das Volk auftrug: um die Wahrheit kämpfen und sie verteidigen. Das ist nicht gut möglich, ohne das Rednerpult zu stürmen. Wir lassen uns nicht täuschen, wir wissen, daß diese Leute nicht um schön zu tun das Rednerpult belagern. Wir sehen alles, es gibt ja die Übertragungen!

Das Niveau des freien Wortes auf Kongressen und Tagungen ist noch unerreichbar für die Presse... Es hilft aber den Journalisten, der Glasnost immer mehr zu ihrem Recht zu verhelfen. Wenn dieser Kanal der Freiheit versperrt wird, wenn man die Übertragung einstellt, wird auch die Presse an Frische verlieren... Und Blockwalzwerke, Traktoren, üppige Felder, neue von Menschenhand geschaffene Meere und Bewässerungskanäle – hoffentlich bricht das dann nicht wieder über uns herein...



Katyn

Dokumente.
Indizien.
Versionen

Ein Ereignis, das die sowjetisch-polnischen Beziehungen schon immer schwer belastet hat, ist der Tod von etwa 15 000 polnischen Bürgern in Katyn während des zweiten Weltkrieges. Bis heute ist ihr Schicksal noch nicht endgültig geklärt, denn das Archivmaterial über diese Menschen war für die Forschung gesperrt. Vieles ist auch verbrannt oder wurde vernichtet. Erst in letzter Zeit bekamen Wissenschaftler einige Dokumente in die Hand, die einiges Licht auf Ereignisse werfen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen, auf das tragische Schicksal von polnischen Kriegsgefangenen, deren Massengräber im Wald von Katyn, 14 Kilometer westlich von Smolensk, entdeckt worden waren. Wir stellen die Auffassung zweier sowjetischer Wissenschaftler vor, der Historikerin Frau Dr. habil. **Valentina PARSADANOWA** und des Militärwissenschaftlers Dr. **Juri SORJA**

Kriegsgefangene, die nicht gekämpft hatten

Juri Sorja: Am 17. September 1939 betrat die Rote Armee polnisches Territorium. Das Oberkommando der polnischen Armee gab den Befehl aus, der Roten Armee keinen Widerstand zu leisten. Der Befehl wurde ausgeführt, und der größte Teil der polnischen Militärangehörigen legte freiwillig seine Waffen nieder. Deshalb gab es eigentlich auch keinen Grund, sie als Kriegsgefangene anzusehen. Trotzdem wurde am 19. September 1939 die Verwaltung für Internierte und Kriegsgefangene beim Volkskommissariat des Inneren (NKWD) der UdSSR gegründet. Diese Verwaltung unterlag noch strengerer Geheimhaltung als die GULAG, die Hauptverwaltung für Lager. Die neue Verwaltung führten der Hauptmann der Staatssicherheit P. Soprunko, sein Stellvertreter Leutnant I. Chochlow, der Kommissar dieses Amtes und Chef der politischen Abteilung Regimentskommissar S. Nechoroschew. Die Verwaltung unterstand dem stellvertretenden Volkskommissar für innere Angelegenheiten, Brigadekommandeur Tschernyschew, der Berija, dem Volkskommissar des Inneren, persönlich unterstellt war. Die Verwaltung war verpflichtet, Lager zu organisieren und zu führen, und die polnischen Kriegsgefangenen unterzubringen, zu unterhalten und zur Arbeit einzusetzen.

Valentina Parsadanowa: Die Gesamtzahl der Internierten festzustellen ist schwer. 130 242 polnische Militärangehörige, die 1940 aus dem Baltikum Übergebenen eingeschlossen, waren in Lagern interniert.

Anfangs gab es bis zu 150 Sammelstellen, später wurden einige Auswahl- und Verteilungslager gebildet, unter anderem Starobelsk, Koselstschina, Putiwl (Ukraine), Oranki (Gebiet Gorki), Ostaschkow (Gebiet Kalinin), Koselsk (Gebiet Smolensk). Die Organisation der Lager und ihre materielle Ausstattung lief sehr schwerfällig an. Es gab kaum Baracken, Inventar, Bettzeug, nicht einmal Pritschen.

In einer Anordnung von Berija vom 3. Oktober 1939 hieß es, daß polnische Soldaten, Bewohner der Westukraine und Westbelorußlands, nach Hause entlassen werden sollten. „Einige Kategorien“ von Soldaten aus Volkspolen sollten bis auf Widerruf in den Lagern Koselsk und Putiwl konzentriert werden, „bis die Frage ihrer Rückführung gelöst ist“.

Im Oktober 1939 beschloß die Regierung der UdSSR, mit Deutschland einen Austausch von Kriegsgefangenen und Internierten vorzunehmen. Die Übergabestellen wurden festgelegt: eine in Belorußland und zwei in der Ukraine.

Deutschland nahm nur Kriegsgefangene entgegen, die in der „deutschen Einfluß-

zone“ gelebt hatten. Gemäß dieser Bedingung wurden 42 492 Soldaten und Unteroffiziere, „die den Wunsch auszureisen geäußert hatten“, repatriert, wie es in einem sowjetischen Sammelbericht von 1941 heißt. Als nämlich die Internierten zu ihren Wohnorten zurückgeschickt werden sollten, weigerten sich viele, sich in den Machtbereich der deutschen faschistischen Okkupanten zu begeben. Sie mußten in die örtlichen Verwaltungen des NKWD gebracht werden, wo über ihre Unterbringung und Arbeitseinteilung entschieden wurde. In der Praxis war das die dritte Welle der Deportation im Sommer 1940.

Am 19. November 1939 erfolgte ein Befehl von Berija, die verbleibenden (oder von Deutschland nicht Angenommenen?) Offiziere in den Lagern Starobelsk und Koselsk zu konzentrieren und die Dienstränge der Polizei, der Gendamerie, des Grenzschutzes und der Aufklärung im Lager von Ostaschkow zusammenzulügen, dem ehemaligen Kloster Nilowa Pustyn auf einer Insel im Seliger-See. Hierhin wurden auch die „Widerständigen“ und „straffällig Gewordenen“ verlegt.

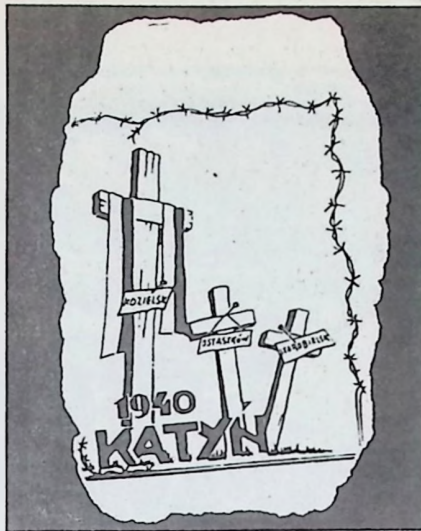
J. S. Die Belegung dieser Lager stabilisierte sich erst Anfang Dezember 1939 endgültig. Das beweisen Dokumente über die materielle Ausstattung zweier Lager für das Offizierscorps in den Gebieten Woroschilowgrad und Smolensk. 9010 Personen, und eines Lagers für Angehörige der Polizei und der Gendamerie im Gebiet Kalinin, 5962 Personen.

In den Lagern wurden die Kriegsgefangenen eingehend unter die Lupe genommen. Diejenigen, die von „operativem Interesse“ waren, wurden nach Moskau geschickt. Viele von ihnen traten später auf sowjetischem Territorium der polnischen Armee von General Anders bei.

Seit Ende 1939 begannen Untersuchungsbrigaden aus Moskau unmittelbar in den Lagern zu arbeiten. Sie stellten die Akten über Kriegsgefangene zusammen, die später der Sonderberatung beim NKWD übergeben worden.

V. P. Deutsche Dokumente, die der polnische Historiker Madajczyk veröffentlicht hat, bezeugen, daß Anfang 1940 zwischen der UdSSR und Deutschland Verhandlungen über einen weiteren Austausch von Kriegsgefangenen stattgefunden haben. Die dazu in der polnischen Literatur angeführten Mitteilungen sind widersprüchlich, und keine einzige konnte dokumentarisch erhärtet werden. Einige schreiben, die UdSSR hätte sich geweigert, 50 000 Einwohner aus der westlichen Ukraine und aus Westbelorußland zu übernehmen, andere behaupten, daß Deutschland sich geweigert habe, die polnischen Offiziere zu übernehmen, was sich dann auf deren Schicksal ausgewirkt habe.

Man kann nur soviel sagen, daß die Führung der UdSSR die Frage der weiteren Existenz von Lagern im März 1940 entschieden hat. In Dokumenten wird die Verlegung von



Internierten aus dem Donbass und aus dem Becken von Kriwoi Rog in die nördlichen Regionen der UdSSR und an die westlichen Grenzen erwähnt, wo sie für militärische und Straßenbauvorhaben eingesetzt werden sollten. Dorthin wurden diejenigen geschickt, die in ihren Freilassungsgesuchen erklärt hatten, daß sie dem Sozialismus ergeben seien und ihrer neuen Heimat dienen wollten, um „ihre Worte durch Taten zu beweisen“. Auch medizinisches Personal wurde dorthin entsandt, um seinem Beruf gemäß eingesetzt zu werden.

Auch die Lager für Offiziere wurden verlegt. Aus Koselsk zog der erste Eisenbahnzug am 3. April, der zweite am 6. April 1940 ab. Aus Starobelsk rückte der erste am 5. April 1940 ab. Der Kommissar des Lagers Starobelsk wußte, daß die Züge nach Charkow gehen sollten. Der Kommissar des Lagers Koselsk meldete, die Internierten wüßten, daß sie nach Smolensk gebracht würden. Das geht auch daraus hervor, was die Polen an die Waggonwände geschrieben hatten. Daß sie nach Smolensk verlegt werden sollten, hatte den Gefangenen ein sowjetischer Offizier gesagt, der die Kolonnen begleitete, Politleiter Fjodorow, der dafür bestraft wurde. Es ist nicht gelungen, Dokumente zu finden, die den Verlauf und die Bestimmung der Evakuierung des Lagers Ostaschkow beschrieben hätten. Es ist nur bekannt, daß von dort 6787 Personen abgezogen worden sind. Von diesem Lager sind 112 Kriegsgefangene übriggeblieben. Aus Koselsk wurden 4404 Personen abtransportiert, übriggeblieben sind 205. Aus Starobelsk wurden 3896 Personen abgeführt, und 78 blieben übrig. Insgesamt sind den Angaben von 1940 zufolge 14 587 Personen aus den drei Offizierslagern abtransportiert worden.

Es waren Polen, Ukrainer, Belorussen, Russen, Deutsche und Angehörige anderer Nationalitäten. Nach dem Gesetz über die Staatsangehörigkeit von 29. November 1939 war die Hälfte von ihnen Bürger der UdSSR geworden. Von 8980 Offizieren der polnischen Armee haben 4500 ständig auf dem Territorium der westlichen Ukraine und Westbelorußlands gelebt.

Noch sind keine Befehle gefunden wor-

den, aus denen der Abtransport oder die Vernichtung von Menschen hervorgegangen wären, die sich in den erwähnten Lagern befunden haben. Möglicherweise hat eine mündliche Anordnung vorgelegen. Möglich ist auch, daß die Offiziere nach einer Verteilung durch die Sonderberatung des NKWD als „Klassenfeinde“ hingerichtet worden sind.

J. S. Alles ging im Verborgenen vor sich. Einen Monat vor dem Abtransport aus den Lagern ist angeordnet worden, die ein- und ausgehende Post der Kriegsgefangenen einzubehalten, das innere Regime zu verschärfen und die Bewachung zu verstärken. Bis Juni 1940 war die Evakuierung der Kriegsgefangenen aus allen drei Lagern abgeschlossen. Nach dem Abtransport ist kein einziger von diesen Kriegsgefangenen mehr in irgendwelchen Statistiken oder Namenslisten erfaßt worden.

Wie es gemacht wurde

Einige Auszüge aus den Erinnerungen von Jozef Czapski, der an der Formierung der polnischen Armee auf dem Territorium der UdSSR unmittelbar beteiligt war:

Im Lager Starobelsk befanden sich am 5. 4. 1940, dem Tag der Evakuierung, insgesamt 3920 Personen. Von allen diesen Kriegsgefangenen ist es 70 Mann gelungen, dem Blutbad zu entkommen, einer davon war ich. Alle anderen sind spurlos verschwunden, trotz der wiederholten und beharrlichen Versuche, die seitdem unternommen worden sind, um ihren Aufenthaltsort in Erfahrung zu bringen.

Ich bin am 12. Mai in einer Gruppe von 16 Mann aus Starobelsk abgefahren. An der Decke und an den Wänden der Waggons standen Inschriften mit den letzten Daten: „Wir sollen in der Umgebung von Smolensk aussteigen“, „Wir werden nach Smolensk geschickt“. Nach einer langen Fahrt über Charkow und Tula kamen wir in Smolensk an. Wir wurden in einem Lager in einem großen Wald untergebracht. Es hieß Pawlistschew Bor und war von wunderschönen Bäumen umstanden. Dort trafen wir auf 200 Kameraden aus Koselsk, 120 aus Ostaschkow und 63 aus Starobelsk. Diese waren am 25. April evakuiert worden, unabhängig von der übrigen Gruppe im Eisenbahnzug. Damals war der strenge Befehl ergangen, daß sie sich gesondert von den anderen halten sollten, weil sie unter besonderen Bedingungen evakuiert werden mußten. Diese Gruppe von 63 Mann, dazu unsere von 16 Mann und ungefähr noch 10 Offiziere, die man im Winter evakuiert hatte, waren alle, die von den 4000 Kriegsgefangenen in Starobelsk übriggeblieben sind.

Im Lager Pawlistschew Bor waren wir ungefähr 400 Mann. Wenige Wochen später wurden wir nach Grjasowez bei Wologda gebracht, wo wir bis September 1941 interniert waren. Wir hatten das Recht, einmal im Monat an unsere Angehörigen zu schreiben.

Aus Briefen konnten wir schließen, daß wir seit Sommer 1940 die einzigen Gefangenen aus den drei Lagern waren, über die nach dem April 1940 in ihrer Heimat etwas bekannt geworden war.

Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Vertrages vom Juli 1941 und nach der sogenannten Amnestie im August wurde die Gründung der polnischen Armee auf dem Territorium der UdSSR verkündet, und wir brachten alle unsere Bereitschaft zum Ausdruck, ihr beizutreten. Wir haben schon damals gehört, daß wir Privilegierte waren. Damals haben wir aus dem Gedächtnis eine Namensliste zusammengestellt. Das war die erste Liste von Internierten aus den Lagern Starobelsk, Koselsk und Ostaschkew. Wir sind auf 10 000 Namen gekommen.

Im September 1941 wurde mit der Aufstellung der polnischen Armee in Tatitschewo begonnen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die sowjetische Regierung alle, selbst die zum Tode verurteilten Polen begnadigt. Sie kamen aus den entlegensten Gebieten Rußlands, sogar aus Kolyma, von wo in der Regel noch niemand zurückgekommen war. Alle diejenigen Offiziere und Mannschaften aus Tausenden von Lagern, die vom Polarkreis bis nach Kamtschatka über ganz Rußland verstreut waren, und die noch nicht verhungert oder erfroren waren, stellten den Stamm der polnischen Armee. Hier gab es auch Polen aus den neuen Lagern Koselsk 2 und Starobelsk 3.

General Anders, der eben erst mit der Organisation seiner Armee begonnen hatte, wandte sich mit der Bitte an die sowjetische Regierungsspitze, über diejenigen Gefangenen Auskunft zu geben, die noch nicht gefunden worden waren. Als Antwort erhielt er jedoch nur liebenswürdige, zweideutige und unverbindliche Versprechungen.

Die Erinnerungen von Czapski lassen sich ergänzen durch die Aussagen von Stanislaw Swianiewicz, der auf einen Befehl von Berija vom 28. April 1940 hin unverzüglich aus einem Gefängniswaggon mit Kriegsgefangenen herausgeholt wurde, weil er „von operativem Interesse“ war.

Oberleutnant Swianiewicz war bis zu seiner Mobilisierung Professor an der Stephano-Bathory-Universität in Wilno und Fachmann auf dem Gebiet der Wirtschaft Deutschlands und der UdSSR. Er war zu 8 Jahren Haft verurteilt worden und hatte seine Strafe in der ASSR der Komi verbüßt, noch Anfang 1942 und trotz der Amnestie für alle polnischen Bürger. Die polnische Botschaft in Kuibyschew beantragte seine Freilassung aus dem Lager, und die polnische Exilregierung wandte sich aus diesem Anlaß an den sowjetischen Botschafter in England. Im April 1942 meldete sich Swianiewicz in der polnischen Aufnahmestelle in Kirow. Noch im selben Jahr konnte er die UdSSR verlassen und vor der polnischen Regierung aussagen.



Öffnung von Massengräbern im Wald von Katyn

Am 29. April 1940 war Swianiewicz in der aus 300 Mann bestehenden 18. Kolonne aus Koselsk abtransportiert worden. Man hatte die Gefangenen vorsorglich gegen Unterleibstypus geimpft. Sie wurden in „Stolypin“-Waggons transportiert, in denen es keine Fenster, sondern nur Lüftungsschlitze unter der Decke gab. Fast alle waren davon überzeugt, daß man sie den Deutschen übergeben würde. Sie versuchten so gut sie konnten, ihre Uniformen in Ordnung zu bringen, um sich dem Feind würdig zu präsentieren. Den Gefangenen fiel das ungewöhnlich rüde Verhalten der Wachtruppen auf. Als sie das Lager verließen, hatten sie ungute Vorahnungen. In dieser Kolonne befanden sich auch die Leutnants Leonard Korowajczyk und Tadeusz Tucholski sowie Professor Zoltowski. Nach den Angaben von Swianiewicz sind sie später alle in den Massengräbern von Katyn gefunden worden. Am 30. April hielt ihr Zug auf dem Bahnhof Gnesdowo. Ein Oberst mit „blauem Gesicht“ betrat den Waggon und rief Swianiewicz mit Nachnamen auf. Man brachte ihn sofort in einen anderen Waggon und schloß ihn in einem leeren Abteil ein. Swianiewicz kletterte auf die obere Pritsche und beobachtete von dort aus durch einen Schlitz, was sich draußen abspielte. Die Station war von stark bewaffneten Wachtruppen eingekreist. Jede halbe Stunde kam ein Autobus, der 30 Mann faßte, vor die Waggontür gefahren. Die Fenster waren mit Kalk bestrichen. Der Bus hielt so, daß die gefangenen Offiziere direkt aus den Waggons einsteigen konnten. Danach verschwand der Bus in einem nahegelegenen Wald. So wurde zügig entladen.

Erst später erfuhr Swianiewicz, daß Gnesdowo sich nur drei Kilometer von der Stelle befand, wo im Wald von Katyn die Massengräber von Gefangenen entdeckt worden waren. Die örtlichen Bewohner nannten diesen Teil des Waldes Ziegenberge. Swianiewicz hatte keine Pistolenschüsse gehört. Er schrieb, er habe nicht im Traum daran gedacht, daß in nächster Nähe Offiziere erschossen würden.

Katyn und die Politik

V. P. Am 13. April 1943 meldete der deutsche Rundfunk, daß unweit von Smolensk im Wald von Katyn die Massengräber von 10 000 polnischen kriegsgefangenen Offizieren, die im Frühjahr 1940 erschossen worden waren, entdeckt worden seien. Später wurde diese Zahl auf 12 000 erhöht. Die deutsche Regierung wußte, daß diese Massengräber schon im Sommer 1942 von Polen entdeckt worden waren, die im Raum Smolensk in der Organisation Todt gearbeitet hatten. Damals war das für die Nazis nicht von Interesse, denn ihre Truppen stießen gerade zur Wolga vor. Im Frühjahr 1943 aber hatten sie schon die Zerschlagung und Gefangennahme der Paulus-Armee erlitten, und die militärpolitische Lage veränderte sich zugunsten der Antihitlerkoalition.

Die Faschisten zogen unter Zuhilfenahme von Rundfunk und Presse eine wahre Propagandaschlacht um die Massengräber von Katyn auf. Zahlreiche Exkursionen wurden organisiert, und man chauffierte Kommissionen nach Katyn, an denen sich alle möglichen, unter anderem auch illegale, polnische Organisationen beteiligten. Die erste polnische Delegation kam am 11. April 1943 nach Katyn. Die Delegation von polnischen Intellektuellen, die von dem deutschen Offizier Slovenzik begleitet wurde, der später wegen Beteiligung an einer Verschwörung gegen Hitler erschossen worden ist, sah jedoch mehr, als den Veranstalter der Exkursion genehm war. Sie brachte beispielsweise deutsche Patronenhülsen und Kugeln mit, mit denen polnische Armeeangehörige erschossen worden waren. Außerordentlich beunruhigt hat diese Tatsache Goebbels, der meinte, daß ihre Veröffentlichung den ganzen Propagandaeffekt zunichte machen könnte. Die Delegation machte auf die Zeitspanne zwischen der Entdeckung der Massengräber und ihrer Veröffentlichung aufmerksam sowie auf die Tatsache, daß die Faschisten, ohne alle Massengräber geöffnet zu haben, die Zahl der Erschossenen auf die Anzahl der in der UdSSR internierten polnischen Offiziere gesteigert hätten.

Die Reaktion der Antihitlerkoalition auf die faschistische Demarche bestand darin, ihre politische Resonanz zu begrenzen und kein Auseinanderbrechen der Koalition zuzulassen. Die gemeinsamen Interessen der

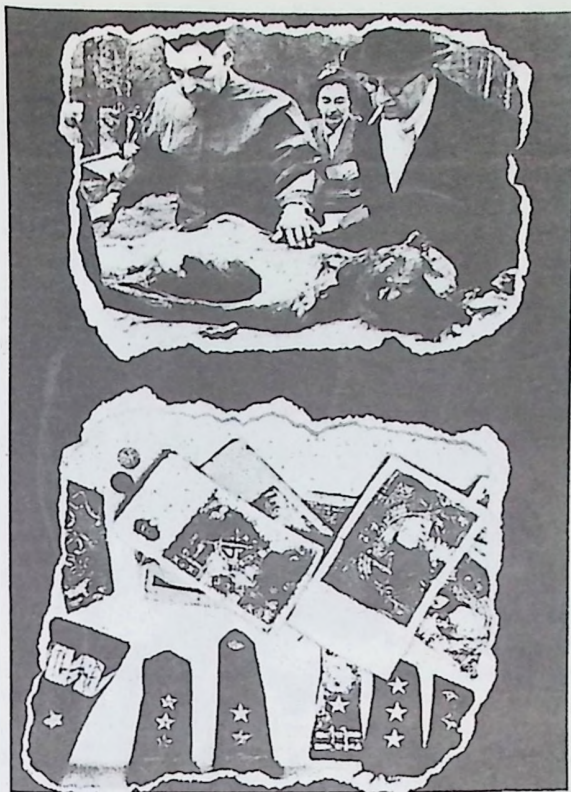
Die Reaktion der Antihitlerkoalition auf die faschistische Demarche bestand darin, ihre politische Resonanz zu begrenzen und kein Auseinanderbrechen der Koalition zuzulassen. Die gemeinsamen Interessen der

Alliierten standen in diesem Augenblick höher als die Erkundung der Wahrheit. Das kommt auch in dem Schriftwechsel zwischen Churchill und Stalin zum Ausdruck. Die englische Regierung versuchte vergeblich, im Interesse der Einheit auf die polnische Regierung einzuwirken.

Die sowjetische Führung argwöhnte, daß die polnische Regierung eine Absprache mit dem Dritten Reich anstrebe, und erklärte am 25. April 1943, daß sie ihre Beziehungen zur Regierung Sikorski abbreche. Am 27. April 1943 stellte die „New York Times“ fest, daß sowohl die Russen als auch die Polen den Nazis in die Falle gegangen wären. In den Beziehungen der Alliierten untereinander entstand die „polnische Frage“. Die Faschisten hatten erreicht, was sie wollten: Sie hatten Unstimmigkeiten in der Antihitlerkoalition ausgelöst. Unseligerweise konnten die Faschisten zur Erreichung dieses Ziels auf durchaus reale Fakten zurückgreifen.

Die internationale Ärztekommision und die sogenannte Technische Kommission des polnischen Roten Kreuzes, die sich von April bis Anfang Juni beide mit der Exhumierung und Identifizierung der Leichen befaßten, stellten fest, daß im Wald von Katyn schon seit längerem sowjetische Bürger erschossen worden waren. Bei den Ausgrabungen war man auch auf ihre Leichen gestoßen, die schon 5 bis 15 Jahre in der Erde gelegen hatten. Im Wald von Katyn wurden auch acht polnische Massengräber geöffnet. 1943 wurden die Leichen aus sieben von ihnen vollständig exhumiert, während aus dem achten nur einige wenige Leichen ausgegraben worden waren. Das Grab wurde schnell wieder zugeschüttet und die Arbeiten eingestellt. Warum? Es gibt mehrere Antworten: Weitere Ausgrabungen hätten die faschistische Version widerlegen können, daß 12 000 polnische Offiziere in Katyn ermordet worden waren. Außerdem befürchteten die Deutschen eine sowjetische Offensive, denn die Front verlief nur noch 30 bis 40 Kilometer von Smolensk entfernt.

J. S. Insgesamt wurden im Wald von Katyn die sterblichen Überreste von etwa 4200 Personen gefunden. Die meisten konnten anhand ihrer Ausweispapiere identifiziert werden. Sie stammten aus dem Lager Koselsk. Die Arbeit der polnischen und deutschen Kommissionen erbrachte Tausende von materiellen Beweisstücken. In den Taschen der Opfer fand man Hunderte sowjetische Zeitungen vom April 1940, 3184 Dokumente, und das letzte Datum, das darin gefunden wurde, war der 6. Mai 1940. An den Leichen wurden diverse kleinere Gegenstände, sogar aus



In den Gräbern gefundene Knöpfe, Banknoten und Rangabzeichen polnischer Offiziere

Edelmetall, gefunden. Das spricht dafür, daß man es mit den Erschießungen eilig hatte und es nicht mehr schaffte, alle diese Gegenstände zu entnehmen.

Besonders interessant waren Kalender und Notizbücher. Mit Tinte Geschriebenes war schon verwischt, Bleistifteintragungen aber waren noch lesbar. Besonders aufschlußreich war das Notizbuch von Adam Solski, in dem er schreibt: *8. April 3.30 Uhr Transport vom Bahnhof Koselsk nach Westen. 9.45 Uhr Bahnhof Jelnja. 8. April 1940: ab 12 Uhr Smolensk, Abstellgleis. 9. April: Wecken im Gefängniswagen und Fertigmachen zum Aussteigen. Wir sollen in Lastwagen irgendwohin gefahren werden. Wie geht es weiter? Beim Morgenrauen fängt der Tag schon so merkwürdig an. Wir werden in Käfigwagen abgeholt. Entsetzlich! Wir werden irgendwo in den Wald gefahren, sieht aus wie eine Wochenendsiedlung. Wir werden sorgfältig abge sucht. Man fragt mich nach meinem Ehe ring, nimmt mir meine Rubel, meinen Gürtel, mein Taschenmesser und meine Uhr ab, auf der es gerade 8.30 Uhr ist.“*

V. P. Kurz nach der Befreiung von Smolensk nimmt in Katyn eine Kommission die Arbeit auf, die von Akademiemitglied Nikolai Burdenko geleitet wird. Die Kommission hat vom 16. bis zum 23. Januar 1944 gearbeitet und 925 Leichen exhumiert. Die von der polnischen Roten-Kreuz-Kommission umgebetteten Leichen trugen Metallschilder, deren Nummern mit denen in einer neuangefertigten Liste überein-

stimmten. Die Metallschilder werden in den Bekanntmachungen der Kommission nicht erwähnt, aber sie hat davon gewußt. Der Kommission stand ein deutscher Bericht zur Verfügung, was aus einem Brief vom 18. Januar 1944 von Nikolai Schwernik an Burdenko hervorgeht, in dem von der Absendung des betreffenden Materials die Rede ist und noch der Rat angefügt wird, nicht gegen die deutsche „Fälschung“ zu polemisieren.

Aufgrund von Ergebnissen der Exhumierung, von Untersuchungen der Materialien, der Befragung von Augenzeugen und der bei den Leichen gefundenen Dokumente kam die Burdenko-Kommission zu dem Ergebnis, daß die Polen bis September 1941 einschließlich im Gebiet Smolensk verblieben und im Herbst 1941 von den Faschisten im Wald von Katyn erschossen worden waren. Dazu muß man sagen, daß diese Ergebnisse schon damals nicht ganz glaubwürdig waren. Unter den Materialien, die 1951 und 1952 von einer Kommission des Repräsentantenhauses des US-Kongresses über Katyn zusammengestellt worden sind, befindet sich die Aussage des todkranken

Burdenko, der einem nahen Angehörigen gesagt hatte, daß man seine Kommission gezwungen habe, formale Grundlagen zu erstellen, um die Deutschen anklagen zu können. Trotzdem ist es nicht möglich, von vornherein die Tatsache auszuschließen, daß die Burdenko-Kommission bei den Leichen Dokumente gefunden hat, die aus dem Jahr 1941 datieren. Es gibt die Aussagen von zwei Personen, ehemaligen Einwohnern von Teschen und Lodz, des Internierten Alois Szebest und Adolf Aher, die für die Faschisten gearbeitet hatten. Sie sagten aus, daß die Faschisten nach der Einnahme von Smolensk im Sommer 1941 in Katyn die internierten Polen und ihre sowjetischen Bewacher, die nicht mehr rechtzeitig evakuiert werden konnten, erschossen haben.

Komplikationen in Nürnberg

J. S. Die von den Deutschen in Katyn gesammelten Dokumente wurden nach Krakow gebracht, wo im gerichtsmedizinischen Institut eine Gruppe unter der Leitung des Gerichtsmediziners Dr. Jan Robel mit ihrer Untersuchung anging. Als im Januar 1945 sowjetische Truppen nach Krakow vorstießen, wurde die Katyn-Dokumentation in 14 Kisten auf zwei Lastwagen abtransportiert. Anfang Mai befanden sich alle Kisten in einem Lagerraum des Dresdner Bahnhofs. Als die sowjetischen Truppen auf Dresden vorrückten, steckte der Lagerverwalter alle 14 Kisten in Brand. Auf

diese Weise gingen die Dokumente von Katyn verloren. Nur wenige Fotokopien sind erhalten geblieben.

Ein Zeuge, der den Deutschen 1943 in Katyn Hinweise gegeben hatte, war der dort ansässige Iwan Kriwoserzew. Bei dem Rückzug der Deutschen floh er zusammen mit ihnen. Nach dem Krieg ließ Kriwoserzew sich als Michail Loboda in England nieder. Im Oktober 1947 wurde er in einem Haus bei London erhängt aufgefunden.

1945 beauftragte die polnische Regierung den Staatsanwalt Roman Martini aus Krakow, Material über Katyn zu sammeln, um zu beweisen, daß die Deutschen den Mord an den polnischen Kriegsgefangenen zu verantworten hatten. Martini stellte Zeugenaussagen und Dokumente zusammen, die eindeutig die deutsche Version unterstützten. Am 28. März wurde Martini in seiner Wohnung von zwei jungen Männern ermordet. Der Fall wurde als Raubmord gehandelt.

Dieser Mord geschah zu einem Zeitpunkt, da die Verteidigung beim Nürnberger Prozeß Material anzweifelte, das von der sowjetischen Anklage im Fall Katyn vorgelegt worden war. Damit stand auch in Frage, ob es rechtens sei, diesen Punkt in die Anklageschrift aufzunehmen.

Im Entwurf für die Anklageschrift für den Nürnberger Prozeß wurde das faschistische Deutschland des Mordes von 952 polnischen Offizieren in Katyn beschuldigt. Das entsprach der Anzahl der von der Burdenko-Kommission exhumierten Leichen. Im Verlauf der weiteren Arbeit an der Anklageschrift wurde diese Zahl auf 11 000 erweitert, was selbst für den Generalstaatsanwalt der UdSSR Konstantin Gorschenin, der an der unmittelbaren Vorbereitung des Nürnberger Prozesses beteiligt war, überraschend kam.

Die ausführliche Anklage im Fall Katyn legte der Stellvertretende Hauptkläger der UdSSR Juri Pokrowski vor. Sein Plädoyer bestand aus einer Darlegung der Materialien der Burdenko-Kommission. Die Schlußfolgerungen der Kommission wurden als Dokument der Anklage vorgelegt, das keiner zusätzlichen Beweise mehr bedurfte. Die Verteidigung erwirkte jedoch die Zustimmung des Tribunals, zusätzliche deutsche Zeugen vorzuladen. Das hat die Anklage dermaßen verunsichert, daß sie keine weitere Diskussion zu Katyn mehr anstrebte.

Es folgt ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Sonderkommission, die unter dem Vorsitz von Wyschinski in Moskau arbeitete.



Feierliche Zeremonie: Offiziere der polnischen Armee entnehmen den Massengräbern von Katyn Erde

21. III. 1946

Anwesend: Gen. Wyschinski, Gen. Merkulow, Gen. Abakumow, Gen. Gorschenin, Gen. Rytschkow, Gen. Lawrow.

Nach einer Information des Gen. Wyschinski über den Prozeßverlauf beschloß die Kommission, Material zur Katyn-Frage vorzubereiten.

1. Bulgarische Augenzeugen beschaffen. Dazu wird unser Vertreter nach Bulgarien abkommandiert. Ausführung: Gen. Abakumow.

2. Drei bis fünf von unseren Augenzeugen und zwei medizinische Experten (Prosorowski, Semjonowski, Smoljaninow) beschaffen. Ausführung: Gen. Merkulow.

3. Polnische Augenzeugen und ihre Angaben beschaffen. Ausführung: Gen. Gorschenin (über Gen. Safonow und Gen. Sawizki).

4. Orginaldokumente, die bei den Leichen gefunden worden sind, sowie Protokolle der Obduktion dieser Leichen beschaffen. Ausführung: Gen. Merkulow.

5. Dokumentarfilm über Katyn vorbereiten. Ausführung: Gen. Wyschinski.

6. Gen. Merkulow beschafft einen deutschen Zeugen, der an der Provokation von Katyn teilgenommen hat.

Protokoll: I. Lawrow

Das eine oder andere konnten Merkulow und Abakumow ausrichten. Damit war aber die Situation nicht mehr zu ret-

ten. Eine besondere Stellung unter den Zeugen der sowjetischen Anklage im Fall Katyn hatte der Astronomieprofessor Boris Basilewski. Vor dem Krieg hatte er an der Pädagogischen Hochschule Smolensk gelehrt und vertrat eine Zeitlang unter den Deutschen den Bürgermeister Boris Menschagin, einen ehemaligen Rechtsanwalt. Seinerzeit hatte Basilewski der Burdenko-Kommission Angaben gemacht und sich dabei auf eine Aussage bezogen, die Bürgermeister Menschagin ihm gegenüber Ende September 1941 gemacht hatte: „Mit den Polen ist es aus. Das hat mir von Schwetz (Militärkommandant von Smolensk) gesagt. Die sind irgendwo bei Smolensk erschossen worden.“ Basilewski sagte in Nürnberg aus, wo er Wort für Wort wiederholte, was er der Kommission 1944 gesagt hatte. Auf die Frage von Rechtsanwalt Otto Stammer, ob er irgend etwas über Menschagins Verbleib wisse, antwortete Basilewski, daß jener mit den Deutschen zusammen geflohen sei. Darüber hinaus sei ihm nichts bekannt.

Es ist durchaus möglich, daß Basilewski, als er die Frage des Rechtsanwalts beantwortete, wirklich nichts über Menschagins Schicksal wußte. Sehr genau wußten darüber allerdings Berija und Wyschinski Bescheid, die den Befehl gegeben hatten, Zeugen für den Fall Katyn zu beschaffen. Inzwischen konnte genau festgestellt werden, daß Menschagin tatsächlich mit den Deutschen aus Smolensk



Auszeichnungsurkunden polnischer Offiziere, die in ihren Uniformen gefunden worden sind

geflohen war. Danach war er eine Zeitlang Bürgermeister von Bobruisk. Bei Kriegsende war er mit seiner Familie in Karlovy Vary, wo er von den Amerikanern interniert wurde. Wenige Tage später ließen sie Menschagin laufen, und er kehrte in das bereits von sowjetischen Truppen besetzte Karlovy Vary zurück. Weil er irrtümlich annahm, daß seine Familie verhaftet war, stellte sich Menschagin der sowjetischen Kommandantur am 28. Mai 1945. Er wurde nach Moskau überführt. Wenig später verurteilte man ihn zu 25 Jahren Freiheitsstrafe. Im Gefängnis von Wladimir hat er seine volle Strafzeit verbüßt, davon 23 Jahre in Einzelhaft. 1984 ist er gestorben.

Im Gefängnis wußte er nicht, was beim Nürnberger Prozeß verhandelt wurde. Einige Tage nach seiner Freilassung erinnert sich Menschagin an Katyn: „Am

11. April 1943 wurde mir gemeldet, daß in der Nähe von Krasny Bor in der Gegend von Gnesdowo die Massengräber von erschossenen Polen geöffnet worden seien und daß die Deutschen das als Verbrechen der Sowjetmacht darstellen. Am 17. April kam nach der Arbeit Sonderführer Schulle zu mir und schlug mir vor, zu diesen Gräbern hinzufahren, damit ich mich persönlich davon überzeugen und mir die Erschossenen ansehen konnte. Am nächsten Tag begaben wir uns in die Propagandazentrale und fuhren von dort in Personenwagen über die Witebsker



Am 26. November 1989 ehrte der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki das Andenken der Opfer von Katyn

Landstraße ins Gebiet Gnesdowo. Außer mir fuhren noch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Diakonow und Borissenkow, der Chefredakteur der von den Deutschen herausgegebenen Zeitung „Nasch Putj“, ich glaube, Dolgonenkow und noch einige Propagandaleute, Russen, mit.

Nach 15 Kilometern bogen wir nach links ab. Uns schlug sofort starker Verwesungsgeruch entgegen. Wir sind noch etwas gefahren und sahen dann diese Massengräber. In ihnen haben russische Kriegsgefangene die letzten Sachgegenstände herausgeharkt. An den Rändern haben die Leichen gelegen. Alle hatten graue polnische Uniformen an und Konföderations-Käppis auf. Sie hatten alle die Arme auf dem Rücken gefesselt und wiesen Einschußlöcher im Genick auf. Sie sind mit einem einmaligen Genickschuß erschossen worden. Das sah nicht so aus, als hätten das Deutsche getan, denn die schossen gewöhnlich wahllos drauflos. Hier aber war methodisch getötet worden, mit Genickschuß, und dazu noch die gefesselten Arme.

Die Angaben, die mein Stellvertreter Basilewski in Nürnberg gemacht hat, stimmen absolut nicht mit der Wirklichkeit überein. Äußerst merkwürdig, daß ich kein einziges Mal nach Basilewski gefragt worden bin. Schließlich haben alle Untersuchungsführer mich doch gefragt, was ich über Katyn wußte. Ich habe ihnen das selbe gesagt wie jetzt. Auf die Frage, wer geschossen habe, habe ich gesagt, ich wußte es nicht. Darauf wurde mir gesagt: „Darauf kommen wir später zurück, und dann schreiben wir Ihre Angaben auf.“

Während des Nürnberger Prozesses war Menschagin also im Gefängnis an der Lubjanka. Scheinbar ist es nicht gelungen,

ihn als Zeugen zu „beschaffen“. Das Risiko, daß er Aussagen macht, die der Version von Berija widersprochen hätten, war zu groß.

Wenig überzeugend war auch eine andere Voraussetzung, auf die sich die sowjetische Anklage stützte. Sie wurde eindeutig widerlegt durch den als Zeugen vernommenen Oberstleutnant der Wehrmacht Ahrnst, der in der Version der Anklage das Strafkommando „Einheit Nr. 537“ geführt haben soll, welches polnische Kriegsgefangene erschossen hatte. Ahrnst konnte nachweisen, daß er im Sommer 1941 keine solche Einheit kommandiert hatte, die in Wirklichkeit ein Nachrichtenregiment bei der Heeresgruppe Mitte war.

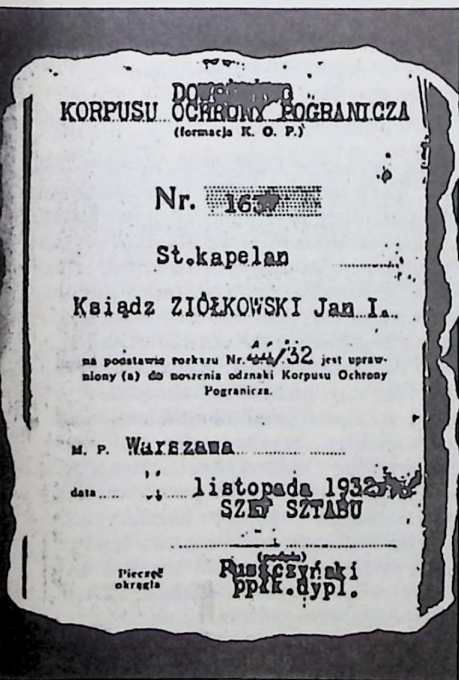
Im Urteilsspruch des Internationalen Militärtribunals war der Punkt Katyn nicht enthalten. Die sowjetische Seite hatte in ihrem Separatvotum zum Urteil keinen Protest zu dieser Frage eingelegt.

V. P. Wir müssen also zugeben, daß der Fall Katyn ein Verbrechen des Unterdrückungsregimes von Stalin und Berija war, das Völkerrechts- und Menschenrechtsnormen mißachtet hat. Die Massengräber von Katyn aus den Jahren 1929 bis 1939 und 1940 bis 1941 sind die Gräber von sowjetischen Menschen vieler Nationalitäten. Es sind auch die Gräber der polnischen Internierten. Außerdem liegen hier polnische Bürger deutscher Herkunft. Wir müssen endlich die Wahrheit sagen über ihr gemeinsames tragisches Schicksal.

Die Publikation stellte zusammen:

G. Arijewitsch

Das Bildmaterial stellte uns die Botschaft der Republik Polen in Moskau zur Verfügung



Präsentiert von
Dr. jur. habil.
Valeri SORJIN

Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des „Umbaus“. Diesen heute direkt symbolischen Titel hat eine der wichtigsten Arbeiten des deutschen Wissenschaftlers Karl Mannheim, eines Klassikers der westlichen Soziologie. Sicherlich hatte er 1935, als sein Buch herauskam, noch nicht an die sowjetische Perestroika gedacht. Damals war sie auch für unser Land nur schwer vorzusehen, genau so schwer, wie Chancen für positive Veränderungen in der ganzen Welt vorzusehen waren, in einer Welt, die bereits am Rand des Weltkriegs stand. Dennoch ging Mannheim das Wagnis ein, die Kollisionen in der ihn umgebenden Gesellschaft zu analysieren und die sozialen und kulturellen Ursachen jener Gefahren aufzudecken, die längerfristig in der gesellschaftlichen Entwicklung auftreten können. Natürlich kam es ihm auch darauf an, Grundlagen für positive Veränderungen zu finden. In jenen

Jahren, da totalitäre Diktaturen sich den Menschen und die Welt einverleibten, war eine Untersuchung dieser Art von Problemen bei weitem nicht mehr nur von akademischem Interesse.

Das Buch wurde in London zu Ende geschrieben. Nach der Machtübernahme der Faschisten in Deutschland war Mannheim gezwungen, seinen Lehrstuhl an der Universität Frankfurt aufzugeben und nach Großbritannien übersiedeln. Dort lehrte er an der berühmten Londoner Schule für Ökonomie. Mannheim, ein Schüler von Rickert und Dilthey, wurde schon zu Lebzeiten zum Klassiker. Vor allem aufgrund seiner ersten großen Arbeit „Ideologie und Utopie“, die 1929 erschien. Heute wird er von zeitgenössischen Soziologen nicht selten belächelt, weil sie einige seiner Vorstellungen, beispielsweise die „freischwebende Intelligenz“ und ihre besondere Rolle für naiv halten. Viele scheinen Mannheim jedoch nur aus hanebüchenen Vereinfachungen und Kommentaren, nicht aber im Original zu kennen. Dabei war er der Begründer einer aussichtsrei-

chen Richtung in der Soziologie, der Soziologie der Erkenntnis, die für die Soziologie als Wissenschaft, für das Verständnis soziokultureller Faktoren des kreativen Prozesses, für das Verständnis der Entstehung und Entwicklung von ideellen Grundlagen politischer Bewegungen eine große Bedeutung hatte. Obwohl Mannheim in seinen Arbeiten mehrfach den berühmten Ausspruch „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ (vor einer Vereinfachung dieser Formel haben übrigens auch ihre Autoren mehrfach gewarnt) zitiert, ist Mannheims Ansatz an das Problem der sozialen Bedingtheit politischer Ideen keineswegs primitiv oder einseitig. Er betrachtet auch die gegenseitige Durchdringung verschiedener ideeller Konstruktionen, ihre Abhängigkeit voneinander sowie die Beziehungen, Positionen und Einwirkungen ihrer materiellen Träger untereinander.

Lange Zeit haben Marxisten die soziologische Konzeption Mannheims, die der marxistischen im Prinzip sehr nahe kam, verkannt. Sie haben sie verkannt, weil gemäß der von ihm vorgeschlagenen Methode

Politische
Gedanken

des **20.**
Jahrhunderts

auch die marxistische Lehrmeinung sich ständig selbst kritisch betrachten und ihre Einstellung zur Wirklichkeit verändern muß. Eine kritische Analyse des Phänomens des falschen Bewußtseins führt unweigerlich auch zu einer veränderten Wahrnehmung der Realität und schließlich zu einer veränderten Einstellung des historischen Subjekts zu sich selbst. Von daher könnte man Mannheim durchaus zu den Wegbereitern heutigen neuen Denkens zählen.

Wir veröffentlichen Auszüge aus Mannheims „Ideologie und Utopie“, in denen der Autor die ideellen Grundlagen einiger politischer Strömungen charakterisiert. Diese Analyse dürfte ihre Bedeutung auch heute noch nicht verloren haben.

Ideologie und Utopie

Karl Mannheim (1893 – 1947)

Es soll daher unser Bemühen sein, an einem bestimmten Beispiel aufzuweisen, wie sich das politisch-historische Denken, entsprechend den verschiedenen politischen Strömungen, jeweils verschieden gestaltet.

Das läßt sich leicht ersehen, wenn man die verschiedenen sozialen und politischen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts zu Worte kommen läßt. Als die wichtigsten idealtypischen Repräsentanten mögen hier auftreten: 1. der bürokratische Konservatismus; 2. der konservative Historismus; 3. das liberal-demokratisch bürgerliche Denken; 4. die sozialistisch-kommunistische Konzeption; 5. der Faschismus.

Beginnen wir hierbei mit der Denkweise der bürokratischen Konservativen. Die grundlegende Tendenz eines jeden bürokratischen Denkens ist die Umformung der Probleme der Politik in solche der Verwaltungslehre.

Das Bestreben, das Gebiet der Politik durch das Phänomen der Verwaltung zu verdecken, erklärt sich daraus, daß der Wirkungskreis des Beamten erst aufgrund des zustande gekommenen Gesetzes einsetzt. Die Entstehung des Gesetzes fällt seinem Arbeitsbereich entsprechend nicht in seinen Kompetenzkreis. Infolge dieser sozial-vitalen, standortsmäßigen Gebundenheit sieht der Beamte nicht, daß hinter einem jeden zustande gekommenen Gesetz weltanschauliche, willensmäßige, interessenmäßige-soziale Kräfte stehen. Er setzt ohne weiteres die positive

Ordnung, die das konkrete Gesetz vorschreibt, einer Ordnung überhaupt gleich und sieht aus eigenen Kräften nicht, daß jede rationalisierte Ordnung nur eine besondere Ordnung, ein Ausgleich der metarationalen Kräfte ist, die sich im sozialen Raume bekämpfen.

Diese verwaltungsmäßig-juristische Denkweise arbeitet mit einer spezifischen Ratio: Wenn diese die noch ungebundenen Kräfte gelegentlich doch zu Gesicht bekommt, etwa in Gestalt eines Ausbruchs von Massenkräften in einer Revolution, so kann sie diese eben nur als einen Störungskoeffizienten erfassen. Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn bei jeder Revolution die Bürokratie die Tendenz hat, dem Politischen nicht auf seinem eigenen Boden zu begegnen, sondern die Abhilfe in Verordnungen zu suchen. Revolution ist hier Unregelmäßigkeit innerhalb der geregelten Ordnung, nicht aber Lebensausdruck der hinter den Ordnungen stehenden gesellschaftlichen Kräfte, welche allein Ordnungen schaffen, erhalten oder umformen. Das juristisch-verwaltungsmäßige Denken baut nur geschlossene statische Systeme und steht stets vor der paradoxen Aufgabe, die aus den unsystematischen lebendigen Kräften entstehenden neuen Gesetze in ihr System einzubauen, also so zu tun, als ob ein grundlegendes System weitergebaut worden wäre. Diese Mentalität erinnert in ihrer Ressortweisheit an jenen medizinischen Ulk: Die Operation ist glänzend gelungen, nur ist der Patient gestorben.

Jeder Bürokratie liegt also, dem eigenen standortsmäßigen

Schwergewicht entsprechend, die Tendenz nahe, das eigene Ressort zu hypostasieren bzw. nicht zu sehen, daß das Gebiet der Verwaltung und des geregelten Ablaufs nur ein Teil der gesamten politischen Wirklichkeit ist. Dabei wird aber nun das Gebiet des irrationalen Spielraums übersehen, und sobald sich dieses dennoch aufdrängt, wird es behandelt wie das „laufende Staatsleben“. Eine klassische Ausprägung dieser Denkweise enthält der folgende Satz, der aus diesen Kreisen stammt: „Wir stellen eine gute Verwaltung über die beste Verfassung.“

Neben dem bürokratischen Konservatismus bildete sich parallel eine zweite Art des Konservatismus aus, den man den historistischen benennen könnte. Sozial hatte er seinen Sitz im Adel und in allen jenen bürgerlichen Schichten der Intelligenz, die geistig und real das Land beherrschten, aber stets in einer bestimmten Spannung zu den bürokratischen Konservativen standen.

Der historische Konservatismus ist dadurch charakterisiert, daß er jenen irrationalen Spielraum im Staatsleben, der durch Verwaltung nicht ersetzt werden kann, kennt. Er sieht jenes nicht organisierte, nicht kalkulierbare Gebiet, bei dem Politik einzusetzen hat. Er richtet geradezu sein Hauptaugenmerk auf die willensmäßigen, irrationalen Bezirke des Lebens, in denen Staat und Gesellschaft eigentlich weiterwachsen. Die Kräfte nimmt er jedoch als völlig übervernünftige an, als solche, in deren Bezirk menschlicher Verstand nichts auszurichten, nichts zu leisten vermag. Hier können nur traditionell vererbter Instinkt, „still wirkende“ seelische Kräfte, der „Volksgeist“ etwas ausrichten, indem sie, aus dem Unbewußten schöpfend, das werdende gestalten.

War für den Bürokraten die Sphäre des politischen katexochen durch die Verwaltung verdeckt worden, so lebt der Adlige von vornherein in eben dieser Sphäre des Politischen. Gerade jenes Gebiet hat er von Anfang an im Auge, in dem innerstaatliche und außerstaatliche Machtsphären aufeinanderstoßen, in dem nichts ausgeklügelt und deduziert wird, also nicht die individuelle Vernunft entscheidet, sondern jede Lösung, jedes Ergebnis Ausgleich eines realen Kräftespiels ist. Die Theorie des historistischen Konservatismus, die im wesentlichen ein Reflexivwerden der altständischen Traditionen ist, hat ihre Untersuchungen über Politik in der Tat an dieser über die Verwaltung hinausragenden Sphäre orientiert. Diese Sphäre wird als eine völlig irrationale betrachtet, die nicht gemacht werden kann, sondern von selbst wächst.

Es genügt also zum politischen Führer nicht das Wissen des Richtigen, das Beherrschen bestimmter Gesetze und Normen, sondern es muß jener angeborene und durch lange Erfahrung geschärfte Instinkt hinzukommen, der das Richtige findet. Man kann diese Denkweise als die Ideologie der traditionell führenden, nicht an der Bürokratie beteiligten politischen Gruppen betrachten.

Stellt man die beiden bisher behandelten Lösungen einander gegenüber, so läßt sich sagen, daß der Bürokrat das Gebiet der Politik verdeckt, der Historist aber es um so schärfer und abschließlicher als ein irrationales sieht, wenn er auch einzig und allein die traditionelle Komponente im Geschehen und im handelnden Subjekte betont.

Damit gelangt man zu dem großen Gegenspieler dieser ursprünglich aus dem ständischen Bewußtsein aufsteigenden Theorie, zu dem liberal-demokratischen Bürgertum und seinen Lehren. Das Bürgertum kam mit einem extremen Intellektualismus auf. Unter Intellektualismus soll dabei eine Denkweise verstanden werden, die das willens-, interessen- und gefühlsmäßige, weltanschauliche Element in Leben und Denken entweder gar nicht sieht, oder aber so behandelt, als wäre

es dem Intellekt gleich und durch die Vernunft ohne weiteres zu bewältigen. Dieser bürgerliche Intellektualismus verlangt ausdrücklich nach einer wissenschaftlichen Politik. Aber nicht nur der Wille zu dieser Wissenschaft ist da, sondern das Bürgertum schreitet auch zur tatsächlichen Begründung dieser Disziplin. Genau so wie von dem Bürgertum zuerst die erste wahre Organisation der Schaubühne des politischen Kampfes in Parlamenten, Wahlsystemen und später in Völkerbundsinstitutionen geschaffen wird, so schafft es auch einen systematischen Ort für die neue Disziplin der Politik.

Die Paradoxie der bürgerlichen Gesellschaftsorganisation wiederholt sich aber auch in ihrer Theorie. Genau so wie die bürgerliche Durchrationalisierung der Welt trotz der ihr inhärierenden konsequent rationalisierenden Tendenz Halt macht vor gewissen Phänomenen, da sie durch die Sanktionierung der „freien Konkurrenz“ und der Klassenkämpfe sozusagen den neuen irrationalen Spielraum im Gesellschaftlichen erst schafft, genau so bleibt auch für dieses Denken jener in der Wirklichkeit unaufgelöste Rest bestehen. Und ferner: genau so wie das Parlament eine formale Organisation, eine formale Rationalisierung des lebendigen Kampfes ist, nicht aber eine Aufhebung dieser Phänomene, genau so gelingt in der Theorie nur eine scheinbare formale Intellektualisierung der ihrem Wesen nach irrationalen Elemente.

Das bürgerliche Denken sieht zwar diesen neuartigen irrationalen Spielraum, es ist aber insofern intellektualistisch, als es auch die hier dominierenden machtmäßigen und sonstwie irrationalen Verhältnisse, ganz als wären sie bereits rationalisiert, allein durch Denken, Diskussion, Organisation zu bewältigen versucht.

Bei der Behandlung der sozialistischen Theorie werde diesmal nicht die sozialistische von der kommunistischen getrennt. Im Kampfe mit dem bürgerlichen Gegner entdeckt der Marxismus von neuem die Tatsache, daß es in historisch-politischen Dingen keine reine Theorie gibt. Hier wird gesehen, daß hinter jeder Theorie kollektiv getragene Aspekte stehen. Marx nennt dieses Phänomen interessenmäßig sozial-vital gebundenen Denkens Ideologie.

Auch hier wird, wie so oft im politischen Kampfe, eine ganz wesentliche Entdeckung gemacht, die, einmal sichtbar geworden, bis zur letzten Klärung fortgeführt werden muß, um so mehr, als sie den Kernpunkt der Problematik politischen Denkens überhaupt in sich trägt. Durch den Begriff „Ideologie“ aber ist diese Problematik angedeutet. Sie ist jedoch noch bei weitem nicht behoben und endgültig geklärt. Will man aber in dieser Klärung radikal vorgehen, so muß man jene Einseitigkeiten, die noch der ursprünglichen Konzeption anhaften, abstreifen.

Es ist zunächst leicht aufweisbar, daß der sozialistisch-kommunistisch Denkende das Ideologische im politischen Denken nur beim Gegner beobachtet, während sein eigenes Denken für ihn unbestritten als ein überideologisches gilt. Der Soziologe hat keine Veranlassung, die durch den Marxismus gewonnene Einsicht nicht auch auf den Marxismus selbst anzuwenden und auch hier von Fall zu Fall den ideologischen Charakter zu beleuchten.

Es war einer der wichtigsten Schritte von Marx, diesen Utopismus im Sozialismus zu bekämpfen. Damit wird aber von vornherein auf eine ausführliche Zielsetzung verzichtet: eine vom Prozeß ablösbare zu erzielende Norm gibt es nicht. „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“

So ist die sozialistisch-kommunistische Theorie eine Synthese zwischen Intuitionismus und extremem Rationalisierungswillen.

Im Begriffe des „Umschlagens“ ist jenes Element der Irrationalität enthalten. Die den politischen Spielraum beherrschenden Tendenzen werden hier nicht so konstruiert, daß sich die im Spielraum akkumulierenden Kräfte einfach mathematisch berechnen lassen, sondern so, daß sie, aus ihrer ursprünglichen Tendenz herausgeschleudert, plötzlich „umschlagen“ können. Dieses Umschlagen kann natürlich niemals berechnet werden, sondern bedarf im Gegenteil noch immer der revolutionären Tat des Proletariats. Es wird also der Intellektualismus keineswegs für alle Seinslagen als legitim erklärt, sondern ganz im Gegenteil nach zwei Richtungen hin die zum Erfassen der Irrationalität nötige Intuition geradezu erweckt.

So erscheint also das Denken des Marxismus als das rationale Denken der irrationalen Tat. Positiv ist ferner, daß diese dialektisch einsetzende Denkweise sowohl die Problematik des bürgerlichen Rationalismus als die des historischen Irrationalismus in sich verarbeitet enthält.

Der zur Revolution bereite Marxismus setzt auf Intuition, hat er gesiegt, strebt er die äußerste Rationalisierung der sozialen Beziehungen an

Das fünfte uns interessierende Phänomen ist der gerade in unserer Epoche auftretende Faschismus. Der Faschismus hat eine besondere Auffassung vom Verhältnis von Theorie und Praxis. Er ist im wesentlichen aktivistisch und irrationalistisch gestimmt. Er verbindet sich mit Vorliebe mit den irrationalistischen Philosophien und politischen Theorien der modernsten Entwicklung.

Im Zentrum seiner Lehre und seiner Praxis steht die Apotheose des unmittelbaren Angreifens, der Glaube an die ausschlaggebende Tat, an die Bedeutung der Initiative einer führenden Elite. Das Wesen der Politik ist, zuzugreifen, das Gebot der Stunde zu erkennen. Nicht Programme sind wichtig, sondern die unbedingte Unterwerfung unter den Führer. Geschichte machen weder die Massen noch die Ideen noch die stillwirkenden Kräfte, sondern die sich jeweils behauptenden Eliten. Es ist dies ein völliger Irrationalismus, aber charakteristischerweise nicht jener Irrationalismus, den die Konservativen kennen, nicht jenes Irrationale, das zugleich ein Überrationales ist, nicht der Volksgeist, nicht stillwirkende Kräfte, nicht der mystische Glaube an die schöpferische Kraft der langen Zeitdauer, sondern der Irrationalismus der die Geschichte in allen diesen Bedeutungen negierenden, neu einsetzenden Tat.

All das, was die Konservativen, den Liberalismus, den Sozialismus verbindet, ist die Voraussetzung, daß in der Geschichte ein Zusammenhang der Ereignisse und Gestaltungen aufweisbar ist, wodurch alles mehr oder minder einen Stellenwert in der Geschichte hat, weswegen auch nicht alles immer möglich ist. Vom Faschismus aus aber erscheint dann auch jede Geschichtsauffassung als pure Konstruktion. Fiktion, die es zugunsten der die historische Zeitlichkeit durchbrechenden Tat abzubauen gilt.

Daß es sich hier um eine Theorie der Geschichtslosigkeit handelt, daran ändert auch gar nichts die Tatsache, daß in der faschistischen Ideologie insbesondere seit der Rechtswendung die Ideen des „nationalen Krieges“ und die Ideologie des „Römischen Reiches“ sich vorfinden. Abgesehen davon, daß sie von Anfang an als Mythen, das heißt als Fiktionen bewußt erlebt werden, bedeutet geschichtliches Denken und Handeln nicht, irgendwelche vergangenen Gehalte pathetisch zu erleben, sondern sich selbst in einem geschichtlichen Strom hineingestellt zu wissen, in einen Strom, der eine bestimmte, artikulierbare Struktur hat. Diese Artikulierbarkeit macht das eigene Eingreifen erst wirklich verständlich. Das Denken wird hier

nur als Wegbereiter zur reinen Tat erlebt. Der Überlegene, der Führer weiß, daß all die politischen und historischen Ansichten nur Mythen sind. Er ist eigentlich frei von ihnen, aber er schätzt sie, und das ist die andere Seite dieser Einsicht.

Die Kenntnis der Sozialpsychologie ist für die Führer nur als ein rein technisches Wissen von Nutzen: Sie müssen wissen, wodurch die Massen zu bewegen sind. Diese dumpfe Tiefenschicht der Seele ist bei allen Menschen gleich, sei es, daß man sich dem heutigen Menschen beobachtend zuwende oder dem Menschen des alten Roms oder dem der Renaissance. Andererseits kann man die Anfänge dieses Ideologiebegriffs, der in der Lehre von den fruchtbaren Mythen vorherrscht, weitgehend auf den Marxismus zurückführen.

Für den Marxismus existiert zwar auch der Ideologiebegriff in der Bedeutung von „Lügengewebe“, „Täuschungsgebilde“, „Fiktion“, aber unter diese Kategorie fällt nicht ein jedes Denken, das sich der Erforschung der Geschichtsstruktur zuwendet, sondern nur das diesbezügliche Wissen der gegnerischen Klassen und Schichten. Nicht jegliches Denken, nicht jegliche Ratio wird hier zur Ideologie gestempelt. Nur die einer Verhüllung bedürftigen Schichten, die aus ihrer sozialen Seinslage

heraus die wahren Zusammenhänge nicht erkennen wollen und können, verfallen der Zwangsläufigkeit der Täuschungserlebnisse. So erscheint zwar jeglicher Gedanke (auch der wahre) in seiner bloßen Denkbareit gebunden an eine bestimmte sozial-historische Seinslage, das Denken ist aber durch diese Seinsrelativierung nicht eines möglichen Wahrheitscharakters überhaupt beraubt. Demgegenüber sind für den intuitionistischen Aktivismus, der in der faschistischen Theorie, wenn auch mit anderen Tendenzen vermischt, immer wieder durchbricht, Erkennbarkeit und Rationalisierbarkeit etwas Unsicheres, Ideen etwas völlig Sekundäres.

Für diese Denk- und Erlebnisweise ist also charakteristisch, daß die Geschichte sich in Momentsituationen auflöst.

Diese Massenpsyche gehorcht in der Tat nun weitgehend zeitlosen Gesetzen, weil sie als solche am ehesten aus der Geschichte herausgestellt ist, wogegen die Geschichtlichkeit der sozialen Psyche gerade nur dort wahrnehmbar ist, wo der sozial-historisch eingegliederte Mensch erfaßt wird.

Der spezifische Praxisbegriff der faschistischen Denkweise ist gleichfalls dem eruptiv vorstoßenden Putsche eigen, während gesellschaftlich zusammengehaltene, wenn auch oppositionelle Dauerkräfte die Praxis als eine kontinuierliche Expansion ihrer Intentionen erleben. Diese Ideologie richtet sich gegen jene Führerschichten, die sich selbst als Organ der kompakten sozialen Gruppenkräfte fühlen. So haben die konservativen Führerschichten sich als Organe des Volkes, die Liberalen als Träger des Zeitgeistes, die Sozialisten und Kommunisten als Funktionäre des proletarischen Klassenbewußtseins empfunden.

An dieser Verschiedenheit der Selbstlegitimierung ist es ablesbar, daß die mit dem Gegensatz: großer Führer – Masse operierenden Gruppen aufstrebende Eliten sind, die noch sozial freischweben und ihren sozialen Ort erst schaffen müssen. Ihnen kommt es nicht primär auf Umsturz, Umformung oder Erhaltung sozialer Strukturen, sondern auf eine Verdrängung der vorhandenen führenden Eliten durch andere an. In solchen Augenblicken ist die Möglichkeit der Diktatur gegeben.

Öffentliche Verhandlung

Gerichtsprozesse sind bekanntlich keine Kundgebungen oder freiwillige Versammlungen, obwohl der Zutritt tatsächlich frei ist. Das wird durch das Gesetz garantiert, das nur in wenigen Fällen geschlossene Verhandlungen zuläßt. Jeder kann also einem Prozeß beiwohnen, aber niemand aus dem Publikum hat das Recht, eine Frage zu stellen oder einen Kommentar zu äußern. Die Menschen reagieren natürlich irgendwie, z. B. durch Unruhe oder Gemurmel im Saal. Das Gericht muß aber seiner Mission nachkommen, ohne diese Reaktionen zu berücksichtigen, auch wenn es sich um eine auswärtige Sitzung handelt, die zu erzieherischen Zwecken in einem abgelegenen Klub stattfindet.

In Wirklichkeit aber bestehen unsichtbare Verbindungen zwischen dem Gericht und dem Saal (wenn dieser von Zuschauern besetzt ist, was längst nicht immer der Fall ist). So unabhängig die Richter auch sein mögen, so sehr auch die Vertreter der Anklage und der Verteidigung von den eigenen Sorgen in Anspruch genommen werden, keiner von ihnen kann die Anwesenden im Saal außer acht lassen. Bei Gerichtsprozessen findet eine Erziehung des Publikums statt. Die Frage ist nur, in welcher Form dieser Rechtsunterricht erteilt, wie bei der Behandlung eines banalen Verfahrens wegen Rowditym oder bei Sensationsprozessen das Rechtsbewußtsein unserer Mitbürger geformt wird. Ganz besonders trifft das auf Prozesse zu, die viel Staub aufwirbeln, die die Aufmerksamkeit einer ganzen Stadt, einer Unionsrepublik oder des ganzen Landes fesseln. Erinnert sei nur an den Tschurbanow-Prozeß und ähnliche.

Der „Mann aus dem Publikum“ nimmt also nur theoretisch nicht an der Gerichtsverhandlung teil. In Wirklichkeit beteiligt er sich, sogar recht aktiv. Er wird im Gerichtssaal erzogen und berichtet anschließend vom Gesehenen und Gehörten Dutzenden Bekannten. Wenn dazu auch noch Reporter oder gar das Fernsehen anwesend sind... Schließlich richtet der Zuschauer die Richter. Uns ist es längst nicht gleichgültig, was das für ein Gericht ist. Auch wenn letztere nicht die Meinung des „stummen“ Zuschauers erfahren, sie werden dennoch gerichtet. Es ist wichtig, um es mit den bekannten Worten Lenins zu sagen, alle sozialen und politischen Fäden des Verbrechens aufzudecken und öffentlich zu beleuchten, um aus dem Prozeß Lehren für die gesellschaftliche Moral und die praktische Politik zu ziehen. Aber gerade der „Mann aus dem Saal“ ist es, der diese Lehren mit nach Hause nimmt. Im Gerichtssaal überzeugt er sich davon, daß das Gesetz unerschütterlich ist, daß hier keine Rache, sondern Vergeltung, nicht Abrechnung, sondern Rechtsprechung erfolgt. Oder aber er zieht genau die entgegengesetzten Schlüsse, was auch keine Seltenheit ist.

Das Verhalten der Richter, ihre Kleidung, ihr Auftreten, das alles wurde bislang als unwesentlich betrachtet. Ja, man spricht auch von Roben, dabei setzen sich manche Richter in Pullover und Jeans auf ihre Stühle. Verspätungen beim Sitzungsbeginn sind heute schon keine Ausnahme mehr, sondern eher die Regel. Aber das erzieht entweder zur Achtung des Gerichts oder zu dessen Nichtachtung. Kürzlich wurde das Gesetz über die Verantwortung für die Nichtachtung des Gerichts erlassen. Sein Geltungsbereich erstreckt sich ebenfalls auf die Anwesenden im Gerichtssaal. Es wäre allerdings lächerlich, eine ähnliche Verordnung über die Verantwortung des Richters für die Nichtach-



Bewirkt die Einführung der Institution der Geschworenen nicht die Verwandlung unseres Gerichts in ein Theater?

tung der Zuschauer im Saal zu verfassen. Der Richter ist im Gerichtssaal der Hausherr. Und dennoch müssen bestimmte ungeschriebene Regeln der Etikette gelten und eingehalten werden. In der Achtung gegenüber den Anwesenden bei einem Prozeß, der Fähigkeit sich zu benehmen, nicht nervös und jähzornig zu werden, kommt auch die Achtung vor sich selbst und vor der hohen staatlichen Institution zum Ausdruck.

Der berühmte Jurist Cezare Beccaria schrieb: „Formalität und Feierlichkeit sind bei der Rechtsprechung nötig, damit nichts der Willkür des Richters überlassen wird, damit das Volk weiß, daß das Gericht auf festen Regeln basiert, nicht aber unordentlich und voreingenommen entscheidet.“

Das alles erlangt eine besondere Bedeutung bei der Einführung der Institution der Geschworenen. Diese Form der Rechtsprechung hat sich inzwischen aus publizistischen Träumen in eine gesetzlich verankerte Institution der Rechtsprechung zu verwandeln. Wir haben es hier mit einer völlig neuen Form des Gerichts zu tun, so begrenzt der Kreis der Fälle auch sein mag, die vor Geschwore-

nen (oder einem erweiterten Kollegium von Gerichtsbeisitzern) verhandelt werden. Die Voruntersuchung, das Berufungs- und Aufsichtsverfahren sowie die Prozeßführung müssen jetzt ernste Veränderungen durchmachen. Das Wichtigste ist aber, daß „einfache Leute“ ohne Hilfe eines Berufsjuristen die Schuldfrage beantworten müssen.

Ich möchte hier jedoch nicht näher auf organisatorisch-juristische Fragen eingehen. Es geht um die Zuschauer im Gerichtssaal. Liest man in den Memoiren von Juristen Rußlands, bietet sich ein ergreifendes Bild. Das Gericht selbst, die Namen der Rechtsanwälte und die Schärfe der Konflikte fesselte die Aufmerksamkeit der Gesellschaft. Gerichtsverhandlungen stellten mit ihrer Leidenschaftlichkeit Theater Vorstellungen in den Schatten. Man ging ins Gericht, um Plewako, Karabtschewski oder Spassowitsch zu erleben, ebenso wie man in die Oper ging, um Schaljapin zu hören oder die Jermolowa zu sehen. Hier stellt sich natürlich die Frage: Ist das nun gut oder schlecht? Verwandelte sich nicht der Gerichtssaal, wo über das Schicksal lebendiger Menschen entschieden wurde, in eine Theaterbühne? Offensichtlich gab es solche Elemente. Dennoch äußern sich die meisten Zeitgenossen über das Geschworenengericht vorwiegend positiv.

Wird unser Gericht in der heutigen Zeit dieselbe Färbung und Anziehungskraft erringen? Schwer zu sagen. Man darf die Erfahrungen jedoch nicht unberücksichtigt lassen. Vor den Geschworenen werden sich Staatsanwalt und Verteidiger Wortduelle liefern. Und so können natürlich die Kultur und Ethik der Gerichtsverhandlungen nicht auf ihrem gegenwärtigen Niveau bleiben.

Unter allen Umständen müssen die Richter jedoch über die Leidenschaften der Massen erhaben sein. Bei Ordnungsstörungen im Prozeßverlauf hat der Gerichtspräsident das Recht, den Sitzungssaal räumen zu lassen. Vor der öffentlichen Meinung können ihnen aber selbst die strengsten Maßnahmen nicht schützen. Kultur und Ethik lassen sich nicht einfach so reglementieren, aber die Richter dürfen die Existenz von Kultur und Ethik niemals außer acht lassen.

Juri Feofanow



Das Credo des Leiters der Gruppe Analysen und Prognosen beim Obersten Sowjet der UdSSR, der 52-jährige Historiker Dr. phil. habil. **Wladimir Lukin**, lautet: Die Sachkundigkeit und Fundiertheit eines jeden Beschlusses kann nur das Leben allein beurteilen. Dennoch erarbeitet die Expertengruppe schon drei Monate lang erfolgreich Alternativvorschläge für Beschlüsse, die anschließend im Parlament erörtert werden. Jetzt wurden Lukin und seine Kollegen beauftragt, ein neues Konsultativorgan aufzubauen, ein Kabinett für Situationsanalyse beim Präsidenten.

„Das wird ein zahlenmäßig kleines Kollektiv sein. Zu den Auswahlkriterien gehören Kompetenz, organisatorische Fähigkeiten und das Vermögen, das tatsächliche wissenschaftliche Gewicht anderer Fachleute objektiv einzuschätzen. Die Aufgabe des Gremiums besteht in der Organisation wissenschaftlicher Konferenzen eines besonderen Typs, in deren Verlauf die Wissenschaftler in ruhiger Atmosphäre ihre originellen Ideen zu den verschiedensten Problemen äußern können, mit denen der Präsident konfrontiert wird.“

Wladimir Lukin hofft, ähnliche Expertengruppen für jeden Ausschuss des Obersten Sowjets zu bilden.

„Keine Expertise, einschließlich unserer, kann unabhängig sein“, meint Lukin. „Aber jede Expertise

sollte mehrere Lösungsvarianten vorschlagen. Die parlamentarische Opposition im Obersten Sowjet konsolidiert sich. Ich wünsche mir aber, sie würde weniger scharf die Behörden kritisieren und mehr durchdachte Alternativvorschläge unterbreiten.“

Drei Jahre, bis August 1968, arbeitete Wladimir Lukin in Prag in der Redaktion der Zeitschrift „Pro-

bleme des Friedens und des Sozialismus“. Dann war er fast 20 Jahre lang im USA-Kanada-Institut der AdW der UdSSR in Moskau und im Außenministerium tätig, wo er als stellvertretender Leiter der Verwaltung für Wertungen und Prognosen arbeitete. Seine neuen Aufgaben nimmt er seit Dezember des vorigen Jahres wahr.

Die Wahlen im März

brachten der Familie Lukin einen Doppelerfolg. Lukin sen. behauptete sich gegen 16 Kontrahenten und bekam einen Sitz im Parlament Rußlands. Sein Sohn, vor kurzem noch Absolvent des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen, wurde in den Moskauer Stadtsowjet gewählt.



Im Februar 1987 berichtete unsere Zeitschrift als erste in der UdSSR von der Gründung des sowjetisch-bundesdeutschen Gemeinschaftsunternehmens burda-moden und über das Erscheinen einer russischen Ausgabe dieser Modezeitschrift. Inzwischen hat in Moskau die feierliche Eröffnung des burda-moden-Salons und die Preisverleihung an die Sieger des ersten sowjetischen Wettbewerbs der Hobby-Schneiderinnen stattgefunden, die nach Schnitten der russischen Burda-Ausgabe arbeiten.

Den ersten Preis, eine Singer-Nähmaschine, gewann die Programmieringenieurin **Jelena Terechowa**, die am Tag der Preisverleihung 28 Jahre alt wurde. Jelena schneidert schon seit langem und ausschließlich nach Schnitten von burda-moden. Ihr „Preis-Kleid“ war schon fertig, als sie von der Ausschreibung des Wettbewerbs erfuhr.

Wettbewerbe dieser Art führt die Firma Burda in der BRD alljährlich durch. Eine obligatorische Bedingung ist jedoch, daß alle Modelle aus einheimischen Stoffen unter strenger Einhaltung der in der Zeitschrift angeführten Nahttechnologie geschneidert sein müssen. Beim Finale wird beurteilt, wie der Stoff gewählt wurde, wie das Kleidungsstück „sitzt“ und ob es zur Trägerin paßt. Sonderpreise werden für die beste Vorstellung eines Modells, die beste Realisierung einer

„AiF“-Fraktion



Neben dem Chefredakteur der Wochenzeitung „Argumenty i fakty“ **Wladislaw Starkow**, der schon im ersten Wahlgang siegte, errangen noch vier seiner Kollegen Mandate als Volksdeputierte der RSFSR. Die Gewählten sind einhellig der Meinung, daß sie ihren Erfolg den 33 Millionen Lesern ihrer Zeitung zu verdanken haben.

Obwohl alle vier die Wahlplattform „Demokratisches Rußland“ unterzeichnet hatten, traten sie nicht als geschlossener Block auf und hatten auch kein gemeinsames Programm.

Der 33-jährige **Andrej Uglanow** ist Redakteur der Abteilung für operative Information und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskollektivs. Er rief seinerzeit zum Streik aus, als man den Chefredakteur absetzen wollte. Er will in seinem Wahlkreis ein Experiment durchführen, nämlich eine „freie Zone“ für Kleinunternehmer schaffen. Kleine Läden, die den Alltag der Bürger angenehmer und die Schlangen kürzer machen, das ist es, was seiner Meinung nach in Moskau fehlt.

Der 35-jährige parteilose Kinderarzt **Viktor Romanenko** ist Leiter der Abteilung für soziale Probleme und Vorsitzender des Arbeitskollektivs. Er orientiert hauptsächlich auf Fragen der medizinischen Betreuung und der Unterstützung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten. Bevor er zur Zeitung kam, arbeitete er bei der SMH und anschließend im Filatow-Kinderkrankenhaus. Romanenko tritt für die Erhöhung der Subventionen für das Gesundheitswesen, für die Einführung einer medizinischen Versicherung und für die Institution des Hausarztes ein. Und vor allem setzt er sich für eine radikale politische Reform ein, die das Kräfteverhältnis im Land real ändert.

Der erste Stellvertreter des Chefredakteurs, der 39-jährige Bauingenieur **Nikolai Sjatjkow**, wurde auf dem Land geboren, lebte sieben Jahre lang im Baltikum und arbeitete im Moskauer Glühlampenwerk. Er kennt die Probleme der Bauern und Arbeiter, aber auch die nationale Frage zur Genüge. Darauf legte er sein Hauptaugenmerk.

Ein weiterer Stellvertreter des Chefredakteurs, der 43-jährige **Alexander Mestscherski**, arbeitete bei einer UNO-Organisation in Genf und im Sekretariat des RGW. Er will die Annahme eines Gesetzes über das Referendum durchsetzen, da Volksabstimmungen neben anderen positiven Momenten in der Lage sind, soziale Spannungen in der Gesellschaft zu mindern. Gegenwärtig arbeitet er an einem Programm der dringlichen Hilfe für alte Städte Rußlands.

Idee, Eleganz und Modebewußtheit vergeben. Gekürt werden außerdem das beste Modell für Kinder und das gelungenste für vollschlanke Damen.

Bei der Durchführung des Wettbewerbs in der UdSSR sah sich burdaden jedoch gezwungen, Abstriche von den strengen Regeln zu machen, da anstelle der in der Zeitschrift aufgeführten Stoffe Krepp-Satin, Lame, Samt, Seide usw. kann man in den sowjetischen Geschäften höchstens „synthetischen Kleiderstoff“ finden.



Der 61jährige Präsident der Firma Glahe International, **Jo Glahe**, hat vor, in Moskau Flugzeugsalons zu veranstalten, um damit Le Bourget Konkurrenz zu machen. Dafür wird im Herbst d. J. in Tuschino bei Moskau die erste Aeroshow stattfinden. Die Firma hat in der UdSSR ebenfalls einen Vertrag über die Rekonstruktion des Ausstellungszentrums in Sokolniki und die Umgestaltung des Parks in ein Erholungs- und Vergnügungszentrum für die Moskauer abgeschlossen.

Die Firma Glahe International wurde vor über 40 Jahren gegründet. Sie organisierte in verschiedenen Städten der UdSSR Chemie '65, Interorgtechnika '66, Systemotechnika '74, Polypack '89, Musik '89, Technologie '90. Als erfahrener Geschäftsmann meint Jo Glahe, das größte Hindernis für die Entwick-

lung der Beziehungen zwischen Ost und West sei immer noch das Mißtrauen.

„Dieses Mißtrauen wird außerdem dadurch verstärkt“, sagte er, „daß es in Ihrem Land keine Freiheit für Unternehmer gibt.“

In der fehlenden Handlungsfreiheit der Leiter verschiedener Ränge sieht Jo Glahe den Hauptgrund für das langsame Vorankommen der positiven Veränderungen in der Sowjetunion. Der Firmengründer und ständige Leiter des Unternehmens lebt in Köln. Er gehört keiner Partei an und sympathisiert mit Voltaire und Kant. In seiner Freizeit steht er gern am Reißbrett. Außerdem hat er fünf Kinder zu erziehen.



Der frühere Pilot und heutige Dichter und Publizist, **Grigori Kaljushny**, wurde Vorsitzender der Gesellschaft „Enzyklopädie der Dörfer Rußlands“.

Als er mit Aeroflot-Flugzeugen nachts Orte überflog, wo auf der Karte Siedlungen eingezeichnet waren, sah er oft dunkle

Häusermassive und nur selten ein Licht. Später entschloß er sich, die Öffentlichkeit für die Schaffung einer Enzyklopädie der dörflichen Siedlungen Rußlands zu gewinnen.

„Allein die Tatsache, daß in einem Jahrzehnt, von 1959 bis 1969, in unserem Land 136 000 Dörfer ausgestorben sind, doppelt soviel wie während des Großen Vaterländischen Krieges, vermittelt schon einen Eindruck vom Ausmaß dieser Tragödie“, sagte der 43jährige Vorsitzende.

Kaljushnys Idee wurde aufgegriffen. Zu den Gründern der Enzyklopädie-Gesellschaft gehören die Moskauer Schriftstellerorganisation, der Schriftstellerverband der RSFSR, der Verlag „Molodaja gwardija“, die Zeitschrift „Nasch

sowremennik“, die Landwirtschaftsakademie u. a.



Der Afrikaander, **Rian Malan**, der vor 13 Jahren aus Südafrika ausgewandert war, kam in seine Heimat zurück, um das Buch „My Traitor's Heart“ zu schreiben.

„Mein ganzes Leben lang spürte ich Angst“, sagte der 35jährige Autor. „Damals verließ ich Südafrika, weil ich wußte, es würde sich eine Konvulsion ereignen. Ich hatte nicht die Courage zu bleiben und zu sehen, was passieren würde.“

Das Buch beginnt mit einer langen Einführung, einer Beichte, der eine lange Reihe von Geschichten (nicht für schwache Gemüter) über schwere Verbrechen zwischen und innerhalb der Rassen in Südafrika folgt. Es ist noch unklar, ob das Buch in Südafrika erscheint, denn einige Kapitel verletzen die Zensurgesetze. Auszüge wurden jedoch schon in der südafrikanischen Zeitschrift „Leadership“ abgedruckt.

Malan gefällt es nicht, daß die Befreiungsbewegung in der RSA einen „sozialistischen Anstrich“ hat. Andererseits war er „beeindruckt“, daß im Herbst 1989 die Demokraten in Osteuropa Tausende von Menschen auf die Straße brachten, wogegen in Südafrika trotz der Aufhebung des Demonstrationsverbots längst nicht so viele engagierte Menschen aufgeboten werden können.“

N. Smirnowa

Korrespondent in Kuba

Bis vor kurzem wurden die Journalisten, die über sozialistische Länder berichteten, von den Lesern heftig kritisiert. Man beschuldigte sie der Schablonenhaftigkeit, der Wahl uninteressanter Themen und des mangelnden Wunsches, über die wahren Probleme des Landes zu schreiben. Inzwischen rangieren die Reportagen aus den sozialistischen Ländern bei den Lesern weit oben. Das trifft auch auf die Korrespondenzen des 32jährigen **Alexej Nowikow** zu, der für die „Komsomolskaja prawda“ berichtet.

Alexej kam 1981 nach dem Abschluß seines Studiums am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen zur „Komsomolskaja prawda“. Er durchlief alle Stufen vom Praktikanten in der internationalen Abteilung bis zum Beobachter. Als einer der ersten schrieb er über die Praktiken der Strafspsychiatrie in der UdSSR, darüber, wie Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen den Behörden nicht genehm waren, zwangsweise in psychiatrische Kliniken eingewiesen wurden. Dann folgten Beiträge über die Vorkriegszeit, den Molotow-Ribbentrop-Pakt... Seit Dezember 1989 arbeitete er als Korrespondent der „Komsomolskaja prawda“ in Havanna.

Sein erster Bericht erschien allerdings erst Anfang März 1990. Der Artikel trug die Überschrift „Ein Volk, das bereit ist zu sterben“ und löste eine keineswegs einhellige Reaktion aus. Es ging darin um das Verteidigungssystem des Inselstaates. Im nächsten Beitrag „Besondere Periode“ war von der Unzufriedenheit der kubanischen Führer mit den Schlußfolgerungen einer UNO-Kommission über die Wahrung der Menschenrechte auf Kuba die Rede. Weitere Beiträge folgten. In einem Artikel schrieb Alexej davon, daß Kuba ehemalige sowjetische Soldaten, die in Afghanistan verwundet wurden, bei sich aufnimmt und sie zusammen mit jenen medizinisch behandeln läßt, deren Verwundungen aus Angola und Nikaragua stammen. Kuba übernahm sämtliche Kosten dieser Behandlung.

Ein Autounfall setzte der Tätigkeit des Korrespondenten vorläufig ein Ende.

Alexej ist am Steuer kein Neuling. Bevor er das Bewußtsein verlor, bestand er darauf, daß die Ärzte den Alkoholgehalt seines Blutes analysierten. Der Korrespondent war völlig nüchtern. Jetzt liegt er mit gebrochener Wirbelsäule in einem Krankenhaus von Havanna.



Gedanken zur Osterwoche

Wozu brauchen wir Schulen der Frömmigkeit? • Eine neue Predigt des Zentrums der Mutter Gottes • Wer Rußland retten soll

Das Fest geht auf die alte Kultur des Volkes und nicht erst auf das Christentum zurück. Schon lange vorher begingen die Slawen das Frühlingsfest, malten Eier an und backen Osterkuchen. In der slawischen Mythologie wurde der Frühling mit dem Prinzip des Guten verbunden und der Winter, das Prinzip des Dunklen, rituell beerdigt. Im Christentum hat das Frühlingsfest einen neuen Sinn erhalten, als Christi Auferstehung, die den Triumph der Gerechtigkeit verkörpert, den Sieg des Guten über das Böse, denn, was die Menschen auch immer Böses getan haben mögen, letztendlich siegen Wahrheit und Liebe. Christus, der um seine Mission, die Menschheit zu erlösen, durch alle Qualen gegangen und das Böse dieser Welt an sich erfahren hat, um es zu besiegen, kehrt ins ewige Leben ein. Mit diesem Symbol schenkt die christliche Kultur jedem einzelnen die Hoffnung auf die Wiedergeburt seiner Seele.

Ich erinnere mich an die Worte eines Geistlichen: Vor Ostern herrscht die Passionszeit. Unsere Gesellschaft befindet sich jetzt mehr in der Fastenzeit als im frohen Fest der Wiedergeburt.

„Bedeutet die Zerstörung von Kirchen etwa den Tod Gottes?“ In dieser Frage scheint mir die Behauptung zu liegen, daß selbst wenn wir das Heilige ablehnen, es doch objektiv außer uns existiert. Wenn wir die Kirchen einreißen, bringen wir damit Gott in uns selbst um.

Der militante Atheismus definiert Religion als „phantastische Widerspiegelung äußerer Mächte in den Köpfen der Menschen“. Kann man es sich so leicht machen? Sicherlich werden wir nicht selten von äußeren Kräften unter Druck gesetzt. Was ist aber mit unseren inneren Kräften, haben sie nicht doch die wesentlichere Funktion? Ist nicht die Innenwelt des Menschen wichtiger als seine äußeren Umstände? Das allen bekannte Gefühl der Einsamkeit beispielsweise erfährt auch jemanden, der nach allgemeiner Auffassung glücklich, von seinen Lieben und von Freunden umgeben ist. Die Ur-Empfindung der Einsamkeit eines jeden von uns in dieser Welt, was ist das, auch äußere Kräfte? Vielleicht ist es gerade der Wunsch, sich selbst und sein eigenes Wesen zu erkennen, der den Menschen zur religiösen Lehre führt, deren Sinn darin

liegt, die inneren Kräfte zu erlangen, mit denen er den äußeren Kräften widerstehen kann?

Vor zwei Jahren schrieb man, daß man in unserer Gesellschaft endlich wieder an solche Begriffe erinnern dürfe wie Nächstenliebe, geistige Kultur, Geisteswelt oder einfache Geistigkeit. Schon daß diese Begriffe wiederbelebt wurden, bedeutete sehr viel. Es war der Anfang von Reflexion eigenen Seins und des Individuums darin. Wir wissen jetzt, daß wirkliche geistige Werte seit Jahrzehnten durch ideologische Surrogate ersetzt worden sind. Herausgekommen ist dabei, daß alle ermüdet sind vom Kampf gegen wer weiß wen, daß wir unseren Glauben an Harmonie und Licht eingebüßt haben. Eine Folge davon ist die Gleichgültigkeit, die viele erfaßt hat, Indifferenz gegenüber sich selbst, seinen Nächsten und der ganzen Welt. Diese Gleichgültigkeit führt zur Aggression. Auf diesem Weg haben wir unsere innere Freiheit und unsere Würde verloren.

Ich glaube nicht besonders an die konkrete Verkörperung jenes geistigen Prinzips, das Gott für religiöse Menschen ist. Jeder hat seine eigene Gottesvorstellung. Für den einen ist er die konkrete Gestalt, die er auf einer Ikone sieht, für den andern ist er die Verkörperung der allgemeinen Gerechtigkeit, einziger Trost, einzige Hoffnung. Religiosität ist nicht nur der Glaube an einen wirklichen Gott, sondern vor allem eine bestimmte Weltauffassung, die Reflexion seiner selbst in den Beziehungen zu dieser Welt und zu anderen. Den einen oder anderen von uns hindert diese Welt-empfindung daran, moralische Gesetze zu übertreten. Deshalb meine ich, daß Religion in unserer Gesellschaft einen würdigen Platz einnehmen sollte.

Lange hat man gepredigt, daß die Bedeutung der Religion mit der Entwicklung des Sozialismus immer geringer wird, bis jene schließlich ganz abstirbt. Wie weit haben wir es damit gebracht? Wir ersticken im Mangel an Glauben, Güte und Mitleid. Dabei kann die religiöse Lehre den einen oder anderen an alles das heranzuführen, denn das Wichtigste in der Religion ist nicht der blinde Glaube an etwas Übernatürliches, sondern die Hinwendung zum Kompliziertesten und Unerklärlichsten, zum seelischen Prinzip des Individuums. Zu diesem Zweck muß auch die Religion selbst

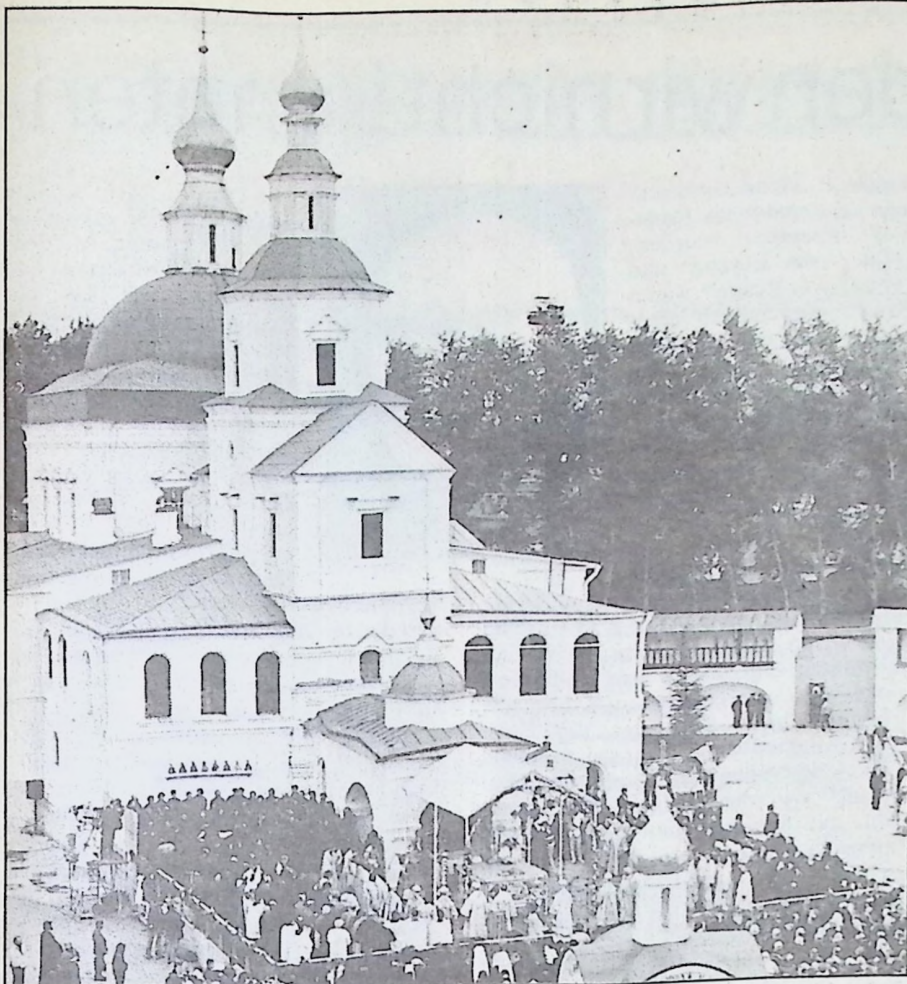
ihren natürlichen Standort in unserer Gesellschaft haben. Noch ist uns die religiöse Kultur als nicht wegzudenkender Bestandteil der gesamten Menschheitskultur wenig zugänglich. Das Zentrum der sich Verklärenden Mutter Gottes in Moskau, eine neue Bürgerinitiative, ist zu eben dem Zweck gegründet worden, uns zu helfen, diese Lücke zu schließen.

Aus der Predigt „Die Gerechten werden Rußland retten“: „Wir rufen dazu auf, Gott im Herzen einen Schrein zu errichten, die Herzen zu läutern, zu erkennen, was wirkliche Bildung ist und diese zu erwerben, geistige Bildung, die darin besteht, sich den Sinn alles Geschehenden zu erschließen, sowie in tiefer Reue.“

Die in diesem Zentrum wirkenden Geistlichen wollen alle sammeln, die die Lehre von der Reue annehmen, welche den Menschen ihrer Überzeugung nach von der Mutter Gottes gebracht wurde. Für sie besteht die Tragödie der Menschheit darin, daß sie jedes Gefühl für Anstand und Schuld verloren hat, was zu einer bisher noch nie dagewesenen Brutalisierung der Herzen geführt hat. Unsere Gesellschaft hat alles durchgemacht: einen grausamen Krieg und ein Leben in Todesangst, die uns zum Verrat bewog, zum Verrat unserer selbst und unseres Nächsten, sowie Jahrzehnte eines geistigen Vakuums, das den Verlust des Glaubens an was auch immer hervorgebracht hat. Das hat unsere Seelen dermaßen entleert und alle Kriterien dermaßen verschoben, daß die Menschen schon nicht mehr imstande sind, Scham zu empfinden. Wenn man durch das alles gegangen ist und sich an die Sünde gewöhnt hat, wessen sollte man sich dann noch schämen? Die Geistlichen vom Zentrum der Mutter Gottes meinen, daß wir alle mit denen verwandt sind, die gemordet, verraten, gelogen und denunziert haben. Nicht die offizielle Kirche, die ebenfalls in vieler Hinsicht ein Produkt der in unserer Gesellschaft herrschenden Regeln ist, auch nicht die Wissenschaft oder die Technik, nicht die Kunst und nicht einmal die Schönheit können uns mehr retten. Retten kann uns nur noch die Reue.

Aus der Predigt: „Die Herzen sind tot und schlafen, ihre Grausamkeit erreicht die Stufe der Barbarei. Wir erschlagen unsere Nächsten, im Verborgenen, mit unserer Verurteilung, die unserem zur Reue unfähigen Herzen entspringt. Wir vertun unsere Zeit, denn außer Reue und dem Durst nach der letzten Wahrheit ist alles andere leer.“

Im Zentrum meint man, daß der Weg der Reue mit der Einsicht in die eigene Sündhaftigkeit und dem Wunsch beginnt, sich ihrer zu entledigen. Früchte der Reue sind Schlichtheit der Sitten und Aufrichtigkeit; Einheit von Wort, Tat und Lebensführung; die Bereitschaft, jede Beschuldigung anzunehmen und sich dabei nicht gekränkt zu fühlen, denn unsere Feinde sehen uns besser als wir selbst; absolute Ehrlichkeit und



Beim Gottesdienst

Geradheit. Unsere Wertungen der uns umgebenden Welt sind sehr subjektiv und hängen von unserem seelischen Zustand ab. Wenn wir schlecht sind, wird man auch zu uns schlecht sein, die ganze Welt erscheint uns grausam und wird es schließlich auch. Deshalb kann man die Welt nur verändern, wenn man sich selbst verändert. Die Geistlichen des Zentrums sagen, daß unsere Gesellschaft den Veränderungsprozeß anders begonnen habe, nämlich mit einer Reue im gesamtstaatlichen und gesamt-nationalen Maßstab. Man hat viele Dinge beim Namen genannt und versucht, sich mit der jüngsten Geschichte und Politik auseinanderzusetzen. Dabei ist man beinahe zur vollen Wahrheit vorgedrungen. Ist uns davon aber wohlher, ist es in uns heller geworden? Nein, weil wir nämlich immer noch nicht individuell bereut haben. Ohne Wiedergeburt des eigenen menschlichen Ich führt dieser Weg zu nichts, höchstens zu der Auffassung, daß die Zeit, die Gesellschaftsordnung oder die Regierung Schuld hat, aber ich doch nicht.

Aus der Predigt: „Mögen unsere Herzen in der Wahrheit aufblühen, möge in ihnen das Feuer des Gewissens brennen und mögen Gerechte neuen Typs Rußland retten, solche, bei denen aus der Tiefe ihrer Herzen allumfassende Liebe, Nächstenliebe, Mitleid erstrahlen und die niemanden mehr verurteilen.“

Man sagte mir, daß der Weg der Auferste-

hung für Frauen ganz besonders schwer sein wird. Von Natur aus mit Schlaueit begabt und zu Verstandesoperationen kaum befähigt, stürzen sie sich selbst, ihre Kinder und ihre Ehemänner ins Verderben. Sie sträuben sich, sich mit ihren Männern auszusöhnen und sie zu achten. Damit ist ein Teufelskreis entstanden: Die Frau, die den Mann von vornherein verachtet, macht ihn zu einem verantwortungslosen, infantilen und psychisch verkrüppelten Wesen. Infolgedessen bleibt wirklich nichts mehr übrig, was man respektieren könnte. Unsere Gesellschaft begibt sich ihrer vollwertigen Persönlichkeiten, und das wird zu einer landesweiten Tragödie. Die Frau muß dem Mann also wieder Achtung entgegenbringen und ist zur Versöhnung verpflichtet. Nur das wird den Frieden in jedes Haus und in jede Familie zurückbringen. In der religiösen Kultur gibt es dafür das höchste Vorbild, die Mutter Gottes, ein Ideal an Selbstbeherrschung, Selbstüberwindung, Treue und Reinheit. Die von Affenliebe zu ihrem Kind erfüllte Mutter wird immer versuchen, ihm jede Entscheidung abzunehmen und es zu zwingen, nach ihrem eigenen Programm zu leben, das dem Kind oftmals völlig fremd ist, denn es hat noch gar nicht geschafft, sich selbst zu erkennen und eine selbständige Wahl zu treffen. Und was ist mit unseren Schulen? Hier herrschen immer noch überholte Vorstellungen des

militanten Atheismus, Überreste des Kommandosystems. Hier drückt man dem Kind das Sklavenmal auf und gewöhnt es daran, in der Peitsche die einzige Erziehungsmethode zu akzeptieren. Im späteren Leben wirken viele Methoden dann schon nicht mehr, zu sich bringen kann man einen solchen Menschen dann nur noch, wenn man ihn anbrüllt oder ständig antreibt.

Aus der Predigt: „Wir brauchen Lehrer eines neuen Typs. Sollte man inzwischen nicht denjenigen als Lehrer ansehen, der die Herzen erziehen kann und die Verantwortung für die Seele eines Kindes, eines Heranwachsenden, eines jungen Menschen übernimmt? Nicht nur Geistliche oder Priester sollten solche Lehrer sein, denn das Licht der Wahrheit ist notwendig für jeden, der es mit dem Heiligtum der menschlichen Seele zu tun hat, welche die Weisen einst als tabula rasa bezeichnet haben. Welche Schriftzeichen wir in diese Tafel ritzen, die im Grunde alles aufnehmen kann, was wir wollen, hängt nur von uns selbst ab.“

Um seine Absichten in die Tat umzusetzen, will das Zentrum der Mutter Gottes Schulen der Frömmigkeit einrichten, geistige Literatur herausgeben, Vorlesungen und Predigten halten und hält die Einführung von Seminaren für geistige Erziehung an den Hochschulen für zwingend geboten. Das Zentrum aber hat kein Geld und keine Räume. Als man den Direktoren der Moskauer Schulen anbot, für die Kinder Religionsunterricht zu erteilen, gab es keine Antwort. Die Angst der Offiziellen ist naheliegend, denn sie fürchten, ein Gesetz zu übertreten, das alle einschlägigen Fragen regelt. Dieses Gesetz aber gibt es noch nicht.

Aus der Predigt: „Wir übernehmen die glaubensmäßig vertretbare Verantwortung dafür, daß wir lichterfüllte gewandelte Seelen erziehen, die zur Grundlage der zukünftigen Menschheit taugen. Deshalb bitten wir um Hilfe und Unterstützung für die Organisation eines Instituts der Frömmigkeit. Früher hat es in Rußland nicht wenige solcher Lehr-einrichtungen gegeben.“

Wahrscheinlich kann man nicht gleich die ganze Weltanschauung derjenigen, die in diesem Zentrum wirksam sind, akzeptieren. Einiges erscheint auch mir zu naiv, zu rigoros und vereinfacht. Allen diesen Bemühungen liegt aber zugrunde, daß sie nach Gutem streben, daß sie die Menschen zusammenschließen wollen. Nicht von ungefähr sind Geistliche verschiedener Konfessionen, Russisch-Orthodoxe, Katholiken, im Zentrum tätig. In einer multinationalen Stadt wie Moskau ist das auch besonders wichtig. Man schlägt uns einen Ausweg vor. Bestimmt ist er nicht der einzige, hat es aber Sinn, ihn zurückzuweisen?

Aus der Predigt: „Wir haben geistige Grundlagen, Bücher, Spenden, und das Wichtigste: Begeisterung, Kraft, Energie und den höchsten Segen für konkretes Wirksamwerden bei der geistigen Erneuerung unseres Landes. Wie ärgerlich wäre es, würden wir diese uns jetzt gegebene Möglichkeit nicht nutzen! Wie viele bittere Früchte müßten wir ernten und wie viele Tränen in Zukunft vergießen!“

Tatjana Tschernowa

Der Mann, den wir nicht kannten

Allzu häufig ist er nicht in unsere Redaktion gekommen, und wenn, dann so, als wäre jedes Mal das erste Mal. Er wartete in der Vorhalle bei der Pförtnerin, bis seine treue Helferin Tamara Syrnikowa ihm seinen letzten, von ihr getippten Artikel aus dem Schreibbüro brachte. Oder er begab sich in die Bibliothek, um bei Antonina Ksenofontowa ein Buch auszuleihen, obwohl er selbst eigentlich mehr eine wandelnde Bibliothek war.

Dabei war der Mann eine Legende! Genauso einer Legende jagen unsere journalistischen Kollegen heute nach, wenn sie versuchen, die Phantasie des sowjetischen Lesers zu kitzeln, indem sie ihm wieder etwas absolut Unbekanntes oder unbeschreiblich Geheimnisvolles und Sensationelles anbieten. Ich kann mir nicht verzeihen, daß ich in den gut 40 Jahren unserer Bekanntschaft nie die Zeit gefunden habe, mich mit Semjon Rostowski hinzusetzen und die Erzählung seines Lebens aufzuschreiben.

Semjon Rostowski, Leonid, Ernst Henri, Leonidow, Lossew: Die Liste seiner Pseudonyme ließe sich noch erweitern. Ich bin nicht sicher, ob in der Personalabteilung des Schriftstellerverbands der UdSSR sein wirkliches Geburtsdatum und sein wirklicher Name festgehalten sind. Letzteres könnten wahrscheinlich nur unsere heutigen Namensforscher herausfinden, dann würden sie wirklich einmal ein gutes Werk tun. Er war kein James Bond der 20er Jahre. Es war das Leben eines Berufsrevolutionärs und Auslandsjournalisten, das ihn dazu bewog, Namen und Staatsangehörigkeit zu wechseln. Komsozolze, Kurier der Kommunistischen Jugendinternationale, Häftling in polnischen und deutschen Zuchthäusern, Mitarbeiter der berühmten „Roten Fahne“, politischer Emigrant in Frankreich und Belgien, Redakteur der in England erscheinenden sowjetischen Zeitschrift „Soviet Weekly“ während des Krieges: nur einige Stationen in einem langen und bewegten Leben, das Anfang April 1990 zu Ende ging.

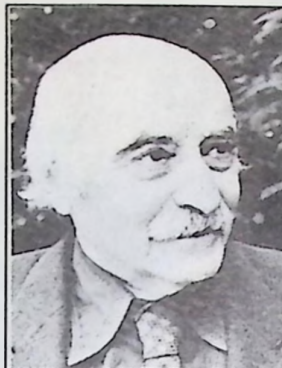
Die erstaunlichsten Taten in seinem Leben vollbrachte er unter dem Namen Ernst Henri. In den 30er Jahren, als Europa noch nicht wußte, was es erwartete, hat dieser Mann fast alles vorausgesagt. Er sagte das Wachstum des deutschen Faschismus voraus und daß dieser die Nachbarländer überfallen würde. Er sagte die Operation „Barbarossa“, ihren Verlauf und ihren Ausgang voraus, kannte zwar ihre Codebezeichnung nicht, bestimmte aber ihren politischen und strategischen Inhalt. Die beiden Bücher, die in England und den USA unter dem Pseu-

donym E. Henri herauskamen und später ins Russische übersetzt wurden, „Hitler over Europe“ und „Hitler over Russia“, waren die Prophezeiungen eines Mannes, der den Gang der Geschichte begriff und seine Zeitgenossen vor drohenden Gefahren warnte.

Mehr als einmal wurden Legenden um ihren Autor gewoben. In London lernte ich Robin Bruce Lockhart kennen, Autor von Büchern über die Tätigkeit sowjetischer Aufklärer, die vor und während des zweiten Weltkriegs in England aktiv waren. Lockhart, selbst Sohn eines berühmten Diplomaten und Aufklärers und eines treuen Dieners der Krone, war felsenfest davon überzeugt, daß Ernst Henri Mitglied wenn nicht gar führende Kraft jenes geheimnisumwobenen „Fünfterrats“ war, der Moskau über Hitlers Pläne auf dem laufenden hielt, der über innere Auseinandersetzungen in der englisch-amerikanischen Führung und vieles andere mehr berichtete. Als ich Semjon Rostowski davon erzählte, lächelte er.

Er gehörte keinem einzigen Geheimdienst an und verfügte über keinerlei geheime Informationen. Er konnte eben nur lesen und zuhören. Zusammenstellen und analysieren. Das Geheime im Offenen erschließen. Das konnten die Leute aus dem Amt von Berija nun wieder gar nicht verstehen, als sie ihn viele Jahre später, schon nach dem Krieg, als Autoren prophetischer Bücher belohnen wollten und ins Gefängnis warfen. Semjon Rostowski erzählte, wie der Untersuchungsführer ihn mit ohnmächtiger Wut fragte: Wie hat er von den deutschen Plänen, die UdSSR zu überfallen, erfahren? Welcher Geheimdienst hatte ihm diese Angaben zugespielt? Ob er nicht eher selbst Gestapo-Agent gewesen sei. Rostowski erwähnte nicht, was bei diesen Befragungen weiter geschah. Nach dem abgezeigten Äußeren dieses Mannes, der nach seiner Freilassung zu seinen alten Freunden von der „Neuen Zeit“ kam, konnte man sich allerdings das meiste dazudenken.

Die damaligen Chefredakteure der „Neuen Zeit“ Lew Leontjew und Natalia Sergejewna haben gehörigen Mut bewiesen, als sie Rostowski druckten. Damals habe ich, angehender Journalist, ihn kennengelernt und das als unwahrscheinliches Glück empfunden. Ich war froh, wenn ich Rostowski, der damals unter dem Pseudonym A. Leonidow schrieb, bei der Zusammenstellung von Material behilflich



sein durfte. Ich konnte beobachten, wie aus vereinzelten Angaben, Meldungen aus Illustrierten und Zeitungen, wie aus der Zusammenstellung grundverschiedener Quellen, unter anderem Bankinformationen, diplomatischen Kalendern und selbst Telefonbüchern, eine stringente, logisch fundierte und überzeugende Linie entstand.

Später war Ernst Henri wieder auf den Seiten der sowjetischen Presse zu finden und nahm dort die ihm gebührende Stellung ein. Das Verständnis für neue Metastasen des Faschismus machte ihn zu einer Kapazität auf diesem wichtigen Gebiet. Logik war die starke Seite in Rostowskis Prophezeiungen. Oft schienen sie einseitig zu sein. Vielleicht aber ist diese Eigenschaft besser als der Wunsch, sich nach allen Seiten zu verneigen?

Man legte Henri zur Last, daß er dem Vergangenheitssyndrom aufsitze und nur noch nach Rückfällen des Faschismus suche, womit er die verhängnisvollen Fehler der Vergangenheit wiederhole. 1962 schrieb Ernst Henri: „Die Vergangenheit zu vergessen ist jetzt gefährlicher als je zuvor.“ Manchmal schienen seine Warnungen unangebracht. Aber wir haben uns geirrt. Heute muß die Welt voller Schrecken mitansehen, wie faschistische und rassistische Theorien und Anschauungen, selbst dort wieder hochkommen, wo solches nie hätte sein dürfen, wie in der antifaschistischen DDR oder gar in dem Land, das Hitler besiegt hat. Für Ernst Henri gab es keinen größeren Schmerz und keine größere Verzweiflung, als diese Renaissance des Antisemitismus und Rassismus zu beobachten. Dennoch bewahrte er sich seinen Glauben an die Zukunft. Die Perestroika bestärkte ihn in seinem Glauben, und der Altmeister der internationalen Publizistik leistete seinen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, indem er uns an seinen Erfahrungen mit bitteren Enttäuschungen und unvollbrachten Angelegenheiten teilhaben ließ.

Er wurde mehrfach gebeten, seine Memoiren aufzuzeichnen. Er hat immer abgelehnt und nur ein einziges Mal Erinnerungen an seine jungen Jahre festgehalten. Danach hat er wieder geschwiegen. Vielleicht ist es auch besser so. Schließlich brauchen auch Journalisten ihre Legende.

Lew Besymenski

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel Leidsestraat 25 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b. Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Založba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 11, rue Christophe Plantin Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft Froschaugasse 7 8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thielallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr./ Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

Datum

Unterschrift



14 159 16 100 000 002
JANSETSCHEK, R
8800 5031 9864 SLBN 27/01/84
202

Besuchen Sie die UdSSR!

DIE SOWJETUNION —
EIN LAND
FÜR ERHOLUNG
UND TOURISMUS



Unsere Gäste lernen die malerische russische Natur, Monumente des Altertums und Kunstdenkmäler, Leben und Kultur des Sowjetvolkes heute kennen.

Ausführliche Informationen über Flüge in die UdSSR bei den Aeroflot-Vertretungen in Ihrem Land bzw. in der Internationalen Zentralagentur von Aeroflot:

125212 Moskau
Leningrader Chaussee 29.
Telefon: 245 00 02
Telex: 411922

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines